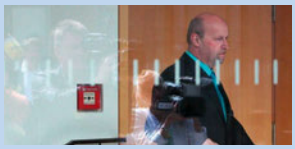
Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 5, 3. Jg., 10/2016
Im Netz: www.free21.org

Themen:



Der V-Mann-Führer
Schließung der Akte Temme im Zusammenhang mit den NSU-Morden ▶ SEITE 5

„Cowspiracy“
Eine Filmkritik ▶ SEITE 14

Das Erbe der Irak-Bombardierungen
sind tausende missgebildete Kinder ▶ SEITE 15

Oliver Stone – Agent Moskaus?
Wenn deutsche Pro-Amerikaner echte Amerikaner zu Anti-Amerikanern machen ▶ SEITE 25

Wir sind Frieden
Teilnehmerinnen der Friedensfahrt Berlin–Moskau vorgestellt ▶ SEITE 26

Schießbefehl, Druckausgleich u. Volksentscheid
Ein Kommentar zur Flüchtlingskrise von Dirk Pohlmann ▶ SEITE 48

Das Free21-Prinzip:

Weder Trump noch Clinton

(Illustration: DonkeyHotey, Flickr, CC BY-SA 2.0)

Alle vier Jahre findet in den USA eine Medien- und Materialschlacht statt, die den Eindruck erwecken soll, das amerikanische Volk stimme auf demokratische Weise über den künftigen Kurs des Landes ab. Von Ernst Wolff

▶ SEITE 3

Medien provozieren den Nuklearkrieg

Die Kriegspropaganda in den Medien bedeutet für uns alle eine große Gefahr. Sollte es zu einem Krieg mit Russland kommen, dann tragen die westlichen Journalisten einen Großteil der Verantwortung. Von John Pilger ▶ SEITE 8

Aufstieg der CIA zur **Schattenregierung**

Ein Interview mit dem Autor David Talbot zu seinem internationalen Bestseller „Das Schachbrett des Teufels“ über das Leben und Wirken des ehemaligen CIA-Direktors Allen Dulles. von Jens Wernicke ▶ SEITE 11

Zwei fürchterliche **Ereignisse in Syrien**

und ihre völlig unterschiedliche Gewichtung in der veröffentlichten Meinung in unseren Medien: Der US-Angriff auf die syrische Armee und die Zerstörung des Hilfskonvois in Syrien, kritisch hinterfragt von Wolfgang Jungmann ▶ SEITE 29

15 Jahre 9/11: Die „vergessenen“ Fakten

Auch 15 Jahre danach gilt: Die amtliche Sicht auf 9/11 ist zu einem Dogma geworden. Von Paul Schreyer ▶ SEITE 17

Warum die Araber uns **in Syrien nicht wollen**

Wir sollten die komplexeren Gründe in der Geschichte und im Öl suchen. Von Robert F. Kennedy, Jr. ▶ SEITE 32

Der **Propaganda-**Multiplikator

Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien über Geopolitik berichten. Von Swiss Propaganda ▶ SEITE 39

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 5, 3. Jg., 10/2016 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: +49 152 14 43 26 18
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Deprogrammierung

Im kleinen Land Dänemark wurde von einer rechtspopulistischen Partei Ende September ein Haarspray etikettiert als „Asyl-Spray“ verteilt, „legal und effektiv“ so der Begleittext. Damit sollten sich die dänischen Frauen gegen die Asylanten verteidigen können. Viele Dänen waren empört; die Passanten bei der Veranstaltung in der Stadt Hadersleben waren entsetzt und nahmen deutlich Abstand zu dieser menschenverachtenden Initiative.

Die Nachricht ging um die Welt und wurde mit dem Bild von einer sprühenden Frau publiziert. „Anti-Migranten-Spray“ hieß es auf CNN, „Asylanten-Spray in Dänemark verteilt“ schrieb Russia Today.

Es waren insgesamt 137 Menschen, die vor Ort die Spraydosen angenommen haben, deutlich mehr haben sie abgelehnt. Nicht **die** Dänen laufen jetzt mit Anti-Asyl-Spray herum, sondern es geht um 137 Einzelpersonen von insgesamt über fünf Millionen dänischen Bürgern.

Die Nachricht führte aber überall zu Diskussionen in den sozialen Medien. In der arabischen Welt trägt eine derartige Überschrift nicht gerade zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu Dänemark und damit dem Westen bei. Beim letzten Mal fiel das Land – abgesehen vom illegalen Irak-Krieg – aufgrund der Mohammed-Zeichnungen international auf.

So viel zu den „bösen“ Dänen. Zur Zeit macht in den sozialen Medien auch ein Bericht die Runde, dass „oberböse Muslime“ jetzt einen Angriff auf Deutschland vorbereiten: „Moslems rufen zur Vorbereitung zum großen Schlachten an Deutschen auf.“ Diese grauenhafte Nachricht bezieht sich auf ein vermeintliches Facebook-Posting, das man nicht findet und das es vermutlich nie gab. Das hat aber einige der sogenannten alternativen Medien nicht davon abgehalten, sie zu verbreiten.

Seit wann nennt man es Berichterstattung, jedem Idiot eine Plattform zu geben, nach dem Motto, je perverser desto besser? Das Einzige, was dabei gestärkt wird, ist die Angst, eine Angst, die schon jahrelang geschürt wird.

Überall werden Feindbilder aufgebaut. Jeder weiß dank tausender stereotyper Bilder mittlerweile, wie ein „Terrorist“ aussieht. Und in den letzten Jahren sind es die „bösen, bösen Islamisten“, die „Einwanderer“, die „Asylanten“ und die „Flüchtlinge“ – kein Wort aber über die tieferen Ursachen dieser Entwicklung.

Immer wieder liegt der Fokus auf dem Symptom, immer wieder füttert man die Angst und verstärkt das Fundament dieser Feindbilder.

Der ehemalige dänische Ministerpräsident und frühere NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sagte neulich, dass „die USA als natürlicher Führer dieser Welt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben einzugreifen, wenn undemokratische Kräfte den Weltfrieden bedrohen“. Eine krasse Aussage, wenn man bedenkt, dass die USA zugeben, systematisch und seit Jahrzehnten genau diese anti-demokratischen Kräfte zu unterstützen.

Anders Fogh Rasmussen wurde programmiert. Er spielt eine Rolle, die heute aber nicht mehr überzeugen kann. Nur die Leitmedien sind bereit, diese Aussage willig zu verbreiten.

Feindbilder, Angst, Spaltungen und Lösungen – all das sind Elemente einer verfeinerten Programmierung, die es schon Jahrzehnte gibt, die aber seit 9/11 auf die Spitze getrieben wurde. Tägliche Breaking News haben seriösen Journalismus fast völlig vertrieben, die westliche Berichterstattung wird im Wesentlichen von einer Handvoll großer Nachrichtenagenturen und USA-kontrollierter „Think-tanks“ gesteuert.

Wir müssen uns deshalb selbst deprogrammieren. Viele Menschen überall im Westen sind schon dabei. Die Zeit der Verdummung geht dem Ende entgegen, nur haben es die Verdummer noch nicht so ganz verstanden. Doch das klärt die Zeit. Vielleicht lesen sie ja sogar auch mal Free21.

Power to the paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Weder Trump, noch Clinton: **Die US-Politik wird von der Wall Street entschieden**

Das politische Schauspiel, das die Amerikaner derzeit erleben, ist nicht neu: Alle vier Jahre findet in den USA eine Medien- und Materialschlacht statt, die den Eindruck erwecken soll, das amerikanische Volk stimme auf demokratische Weise über den künftigen Kurs des Landes ab.

von Ernst Wolff

(Illustration: DonkeyHotey, Flickr, CC BY-SA 2.0)

In Wahrheit wird nur darüber entschieden, wer in den kommenden vier Jahren vom Weißen Haus aus die Interessen der Wall Street vertreten, das amerikanische Volk durch immer neue Scheingefechte von seinen wahren Problemen ablenken und es durch gezielte Manipulation auf weitere Kriege vorbereiten soll.

Die Unterschiede zwischen den Kandidaten Clinton und Trump spiegeln dabei die verschiedenen Standpunkte der amerikanischen Finanzindustrie wieder. Im Umgang mit Russland zum Beispiel setzt Clinton auf Konfrontation und die Fortsetzung der laufenden Kriegsvorbereitungen, während Trump den von Ex-Präsidentenberater Brzezinski propagierten Kurs der „Neuausrichtung" („realignment") der Beziehungen zu Russland verfolgt.

Brzezinskis Kurs beharrt auf der Rolle der USA als Weltmacht Nr. 1, erkennt aber an, dass das Land an Wirtschaftskraft verloren hat und seinen Status nur dann aufrechterhalten kann, wenn es einem bewaffneten Konflikt mit Russland – zumindest vorerst – aus dem Weg geht.

Hintergrund dieser Strategie ist keinesfalls eine Hinwendung zu friedlicherer Politik. Im Gegenteil - die Neuausrichtung gegenüber Russland erlaubt die Konzentration aller militärischen Kräfte der USA auf einen anderen Konflikt, der für die Wall Street derzeit Priorität besitzt: Den Krieg im Nahen Osten.

Im Gegensatz zur Darstellung in den Mainstream-Medien wird derzeit nicht der geringste Versuch unternommen, diesen Krieg zu beenden. Ganz im Gegenteil: Er wird mit unverminderter Härte angefacht, und das nicht nur wegen der strategisch wichtigen Lage Syriens (die den Konflikt entzündet hat), sondern aus einem für die US-Finanzindustrie überaus wichtigen weiteren Grund.

Das große Problem der Wall Street: Der Ölpreis

Die USA haben vor einigen Jahren mit Hilfe des Fracking den Versuch unternommen, von ÖI-Importen unabhängig und im Öl- und Gasbereich zu einem globalen Marktführer zu werden. Da der technische Fortschritt beim Fracking diese zunächst teure Art der Produktion immer ertragreicher werden ließ, stiegen zahlreiche finanzstarke Investoren in das Geschäft ein und vergaben Kredite in Höhe von mehreren hundert Milliarden US-Dollar an die aufstrebende Industrie.

Inzwischen ist klar, dass sie sich verkalkuliert haben. Der Ölpreis ist in den vergangenen zwei Jahren um mehr als 50 % gefallen. Zwar sind die Produktionskosten im Fracking erheblich gesenkt worden, aber der seit Monaten um $ 45,00 pendelnde Preis reicht nicht aus, um die zum Überleben dringend benötigten Profite zu erwirtschaften.

Zwischen Januar 2015 und Juli 2016 sind bereits 90 Öl- und Gasproduzenten Bankrott gegangen und haben einen Schuldenberg von mehr als 66 Mrd. US-Dollar hinterlassen. Da die Kredite mit Sicherheit über Kreditausfallversicherungen rückversichert waren, müssen sie erhebliche Löcher in den Bilanzen der US-Großbanken hinterlassen haben.

Wenn im Spätherbst nun die Rückzahlung des Löwenanteils der an Fracking-Firmen vergebenen Kredite fällig wird, sieht es für die Gläubiger düster aus. Auch die Zukunftsaussichten sind trüb: Der Weltmarkt stagniert, ein wirtschaftlicher Aufschwung kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Zudem ist selbst der gegenwärtig niedrige Ölpreis das Ergebnis von Marktmanipulation: Auf den Weltmeeren stauen sich bis an den Rand mit Öl gefüllte Frachter und die Lager bersten aus allen Nähten. Mit einer Drosselung der globalen Produktion ist wegen des brutalen Konkurrenzkampfes

vieler betroffener Länder ebenfalls nicht zu rechnen. Es ist also mittel- und langfristig nicht von einem Anstieg, sondern von einem weiteren Rückgang des Ölpreises auszugehen.

Die Finanzindustrie stellt sich bereits auf Krieg ein

Spätestens zum Jahresende droht damit eine Krise des US-Finanzsystems, die ähnliche Ausmaße wie die Dotcom-Krise zur Jahrtausendwende annehmen dürfte. Nur: Das US-Finanzsystem ist acht Jahre nach dem Beinahe-Crash von 2008 erheblich instabiler geworden. Die FED hat mehr als 4,5 Billionen Dollar ins System gepumpt, der Leitzins liegt fast bei Null, die Finanzspekulation im Bereich der Derivate ist auf vierstellige Billionenbeträge angewachsen, zudem sind riesige Blasen an den Anleihe-, Aktien- und Immobilienmärkten entstanden. In dieser Situation könnten die Probleme der Fracking-Industrie zum Funken werden, der das Pulverfass US-Finanzsystem (und damit das globale Finanzgefüge) hochgehen lässt.

Die Wall Street befindet sich also in einer Lage, in der ihr schieres Überleben von einer Anhebung des Ölpreises abhängt, dieser aber weder durch eine Ankurbelung der Nachfrage, noch durch Produktionsdrosselung, noch durch weitere Manipulation in die Höhe getrieben werden kann. Die einzige Möglichkeit, die in diesem Fall verbleibt, heißt: Eskalation des Krieges im Nahen Osten und Zerstörung einer großen Zahl von Ölquellen.

Wie es scheint, ist hinter den Kulissen bereits eine Entscheidung für diese Option gefallen. Betrachtet man nämlich die Entwicklung der Ramschanleihen im Ölgeschäft der USA, so stellt man seit Juni dieses Jahres nicht nur einen Anstieg, sondern fast schon einen Run auf diese Papiere fest. So wurden zum Beispiel für das Unternehmen PDC Energy, dessen Kreditwürdigkeit vier Stufen

Zwischen Januar 2015 und Juli 2016 sind bereits 90 Öl- und Gasproduzenten Bankrott gegangen und haben einen Schuldenberg von mehr als 66 Mrd. US-Dollar hinterlassen. (Foto: Wikimedia Commons CC BY-SA 3.0)

unter „kreditwürdig" liegt, $ 1,5 Mrd. für Anleihen im Wert von $ 400 Millionen geboten. Dazu sind die Prämien für Kreditausfallversicherungen auf Ramschanleihen

Das US-Finanzsystem ist acht Jahre nach dem Beinahe-Crash von 2008 erheblich instabiler geworden (Foto: Pixabay. CCo)

seit Februar um 30 % gefallen. Für die Strategen der Bank of America Meryll Lynch war der Sommer 2016 „einer der besten.... was hochertragreiche fremdfinanzierte Kredite angeht."

> „Der „Kampf gegen den Terror", die „Ausrottung des radikalen Islamismus" und die „Vernichtung von Isis" dienen ihnen gleichermaßen als Vorwand, um sich die Option der Ausweitung eines Krieges im Nahen Osten offen zu halten."

Dass Teile der Finanzindustrie also auf einen Anstieg des Ölpreises und damit auf Krieg setzen, wird sowohl von Hillary Clinton, als auch Donald Trump als klare Handlungsanweisung verstanden. Beide sind sich deshalb in ihrem vermeintlichen „Wahlkampf" in einem Punkt zu einhundert Prozent einig: Der „Kampf gegen den Terror", die „Ausrottung des radikalen Islamismus" und die „Vernichtung von Isis" dienen ihnen gleichermaßen als Vorwand, um sich die Option der Ausweitung eines Krieges im Nahen Osten offen zu halten.

Keiner von beiden wird auch nur ein Wort darüber verlieren, dass der angeblich größte Feind der USA einen erheblichen Teil seiner Anhängerschaft aus Terrororganisationen wie Al Kaida, Al Nusra und der Freien Syrischen Armee rekrutiert, die von den USA im Kampf gegen den syrischen Präsidenten Assad gefördert und mit Geld und Waffen ausgerüstet worden sind. Keiner wird erwähnen, dass es niemals zu einer internationalen Radikalisierung vieler Muslime gekommen wäre, wenn die USA und ihre Verbündeten nicht ganze Länder wie Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien durch ihre Bomben zerstört und deren Bevölkerung aufs Schlimmste terrorisiert hätten. Und nicht einer von beiden wird jemals auch nur in einem Nebensatz erwähnen, dass es bei der zukünftigen Vernichtung von Zehntausenden von Menschenleben in Wirklichkeit um nichts anderes als die Befriedigung der unersättlichen Profitgier der Wall Street geht.

Statt dessen werden sich beide Kandidaten bis zum Ende des Wahlkampfes darin ergehen, dem amerikanischen Volk die Lüge, seine Sicherheit hänge von der Vernichtung der Organisation ISIS ab, Tag und Nacht um die Ohren zu schlagen. Sowohl Clinton, als auch Trump werden sich auf diese Weise als das erweisen, was auch ihre Vorgänger waren: Ergebene Diener der Wall Street.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst auf antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_09_26_weder.htm› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=24185›

Publiziert auf Free21 am 30.09.2016, 20:30 Uhr, von Ernst Wolff auf Antikrieg.com, Lizenz: Ernst Wolff

Der V-Mann-Führer

und die politische/juristische Aufklärung in Form eines Bestattungsunternehmens

Andreas Temme alias „Kleiner Adolf“

Das Oberlandesgericht in München hat kurz vor der Sommerpause die Akte Temme geschlossen. Der V-Mann-Führer des hessischen Geheimdienstes Andreas Temme hatte sich zur Tatzeit in dem Internetcafé in Kassel aufgehalten, in dem Halit Yozgat am 6. April 2006 durch zwei Schüsse in den Kopf ermordet wurde. Die Frage, welche Rolle der V-Mann-Führer spielte, der seine Anwesenheit leugnete und vor allem durch Falschaussagen auffiel, sollte auch im Prozess in München geklärt werden. Nun ist der Fall „geklärt“: Das OLG hält Andreas Temme für glaubwürdig und unschuldig, die „Wahrheitssuche“ für abgeschlossen und weitere Beweisanträge der Nebenkläger für überflüssig.

von Wolf Wetzel

Das Oberlandesgericht in München hat kurz vor der Sommerpause die Akte Temme geschlossen. Der V-Mann-Führer des hessischen Geheimdienstes Andreas Temme hatte sich zur Tatzeit in dem Internetcafé in Kassel aufgehalten, in dem Halit Yozgat am 6. April 2006 durch zwei Schüsse in den Kopf ermordet wurde. Die Frage, welche Rolle der V-Mann-Führer spielte, der seine Anwesenheit leugnete und vor allem durch Falschaussagen auffiel, sollte auch im Prozess in München geklärt werden. Nun ist der Fall „geklärt“: Das OLG hält Andreas Temme für glaubwürdig und unschuldig, die „Wahrheitssuche“ für abgeschlossen und weitere Beweisanträge der Nebenkläger für überflüssig.

Demonstration am 13. April 2013 in München zum NSU-Prozess (Foto: Bundestagsfraktion Die Linke, CC-SA 2.0)

Stellen Sie sich einmal vor, sie bekämen folgendes Drehbuchskript zur Begutachtung:

Als junger Mann trägt der Protagonist aufgrund seiner neonazistischen Gesinnung den Spitzname ‚Klein Adolf’. Dann wird er Geheimdienstmitarbeiter beim hessischen Verfassungsschutz. Er „führt“ Neonazis als V-Leute. Er und seine als V-Leute geführten Neonazis sollen Straftaten vor ihrer Begehung verhindern. Seine Vorgesetzten bezeichnen ihn als ausgezeichneten Mitarbeiter. Dieser Mann hat einen „siebten Sinn“. Als NSU-Mitglieder in Kassel 2006 den Internetcafébesitzer Halit Yozgat mit zwei Schüssen in den Kopf hinrichten, sitzt er mittendrin. Kurz nach dem Mord verlässt er seinen Internetplatz und legt ein Geldstück auf den Tisch, der mit Blutspritzern bedeckt ist. Der Besitzer liegt tot hinter dem Schreibtisch. Wenig später wird er sich an nichts erinnern: Weder will er das Internetcafe gekannt, noch Schüsse gehört haben, geschweige denn den schwer verletzten Halit Yozgat hinter seinem Schreibtisch gesehen haben.

In den zahlreichen Vernehmungen, erst als Tatverdächtiger, dann als Zeuge bleiben mehr Falschaussagen zurück, als glaubwürdige Einlassungen. Seine Vorgesetzten halten eisern zu ihm, treffen sich mit ihm auf einer Raststätte, machen ihm Mut und erinnern ihn unentwegt an die „Kasseler Problematik,“ in der er auch ein bisschen drinstecke.

Das Verfahren gegen ihn wird eingestellt. Heute hat er einen ruhigen Job in der Rentenabteilung des hessischen Innenministeriums.

Sie würden ein solches Skript als haarsträubend konstruiert in den Papierkorb werfen. Tatsächlich hat der V-Mann-Führer Andreas Temme bis heute „einen Stein im Brett“ – nicht nur bei seinen Vorgesetzten.

Das Oberlandesgericht – ein teures Bestattungsunternehmen

Das Oberlandesgericht (OLG) hält für glaubwürdig, dass Andreas Temme, der im Nebenraum des Internetcafés saß, keine Schüsse gehört habe – ein Mann, der zum Spaß seine Freizeit im Schützenverein verbringt und im Besitz zahlreicher Waffen ist.

Es sei nachvollziehbar, dass der ca. 1,90 Meter große Andreas Temme dreimal an dem Sterbenden vorbeigegangen war, ohne den hinter seinem 80 Zentimeter hohen Tisch Liegenden gesehen zu haben.

Es hält für glaubwürdig, dass der V-Mann-Führer Andreas Temme weder den dahinter liegenden Halit Yozgat gesehen habe, noch die Blutspritzer auf dem Tisch, auf den er ein Geldstück legte.

Das OLG hält es für plausibel, dass Andreas Temme, als gegen ihn als möglichen Tatbeteiligten ermittelt wurde, erst glaubhaft bestritt, dass er das Café überhaupt kenne, dann glaubhaft leugnete, dass er an diesem Tag dort war und schließlich glaubhaft einräumte, dass er vermeiden wollte, dass seine schwangere Ehefrau davon erfährt, dass er in besagtem Internetcafé in einem „Flirtportal“ surfen gegangen ist.

Und noch plausibler hält das OLG die eigene Entscheidung, die Schmauchspuren an Handschuhen, die in seinem Zimmer (bei seinen Eltern) gefunden wurden, nicht daraufhin zu untersuchen zu lassen, ob sie identisch sind mit der verwendeten Munition der Tatwaffe.

„Sachlich, nachvollziehbar und plausibel“ finden das deutsche Richter summa summarum

und üben schon einmal für das Urteil, das bald über eine neonazistische Terrorgruppe namens NSU gefällt werden wird, die – mindestens genauso sachlich, nachvollziehbar und plausibel – aus drei Mitgliedern bestanden habe. Im Namen des deutschen Volkes.

So kafkaesk diese Wahrheitssuche auch ist, sie deckt nur mühsam zu, was der Fall Temme wie kein anderer Stolperstein in der NSU-Aufklärung belegen hilft. Er kann dazu beitragen, bestimmte, vage Ausdeutungen aus dem Weg zu räumen.

Halit Yozgat wurde in 2006 das neunte Todesopfer der NSU-Mordserie

Dazu gehört das von vielen geteilte Urteil, der Schlüssel für das „Komplettversagen" sei schlampige Ermittlungstätigkeit der Polizei und ein institutioneller Rassismus, der die Ermittlungsrichtung leite.

Der Fall Temme in Kassel belegt eindrucksvoll, dass dieser Vorwurf einiges erklären kann, aber auch einiges zudecken und verbergen hilft, wenn es um die Gründe für Ermittlungssabotage, für den Schutz möglicher Mittäter oder Personen geht, die Täterwissen haben.

Die polizeilichen Ermittlungen waren in Kassel – im Gegensatz zu anderen NSU-Tatorten – durchaus konsequent, geradezu vorschriftsmäßig: Man ermittelte tatsächlich in alle Richtungen und stieß somit sehr schnell auf den hessischen Geheimdienstmitarbeiter Andreas Temme. Aufgrund der Beweismittel wurde er als Tatverdächtiger geführt und aufgrund seiner fortgesetzten Unglaubwürdigkeit abgehört – wochenlang und äußerst ergiebig. Dass die Polizei den Verfassungsschutz abgehört hatte, ist sicherlich keine Alltäglichkeit, umso aufschlussreicher sind die Protokolle, nachdem eine von Anwälten entdeckte Manipulation rückgängig gemacht werden konnte. Sie belegen aufs Eindringlichste, wie sich sein Vorgesetzter, LfV-Direktor Lutz Irrgang, wie sich der Geheimschutzbeauftragte des LfV, Gerald-Hasso Hess, bis hin zum hessischen Innenministerium darum bemühten, die polizeilichen Ermittlungen zu sabotieren und Andreas Temme dergestalt zu coachen, dass die in Telefonaten immer wieder erwähnte „Kasseler Problematik" unter dem Teppich bleibt.

Tatort in Kassel wo Halit Yozgat ermordet wurde (Foto: DPA)

Tatorte der Mordserie (●), der Bomben-Attentate (●) und des Polizistenmords (●) *Quelle: Wikipedia*

Dass dies kein zufälliges Zusammenspiel überirdischer Kräfte ist, hat bereits im Juni 2012 Gerhard Hoffmann, leitender Kriminaldirektor des Polizeipräsidiums Nordhessen und damaliger Leiter der ›SOKO Café‹, gegenüber den Mitgliedern des NSU-Ausschusses in Berlin ausgesagt. Aus dem Gedächtnis gibt Mely Kiyak folgenden Dialog zwischen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses (UA) und dem SOKO-Chef Gerhard Hoffmann (GH) wieder:

»GH: Innenminister Bouffier hat damals entschieden: Die Quellen von Herrn T. können nicht vernommen werden. Als Minister war er für den Verfassungsschutz verantwortlich.

UA: *Er war doch auch Ihr Minister! Ist Ihnen das nicht komisch vorgekommen? Jedes Mal, wenn gegen V-Männer ermittelt wurde, kam einer vom Landesamt für Verfassungsschutz vorbei, stoppt die Ermittlung mit der Begrün-*

Faktenbox:

Halit Yozgat (1985; † 6. April 2006) war das neunte und damit mutmaßlich letzte und jüngste Todesopfer der NSU-Mordserie, die in den Jahren 2000 bis 2006 in deutschen Großstädten mutmaßlich durch die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) verübt wurde. Halit Yozgat wurde in seinem Internetcafé im Kasseler Stadtteil Nord-Holland durch zwei gezielte Pistolenschüsse in den Kopf ermordet. Zur Tatzeit war Andreas Temme, ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, anwesend, der zeitweise als Mordverdächtiger galt und festgenommen wurde, und dessen Telefon daher von der Polizei überwacht wurde. Trotz der Ermittlungen gegen Temme, seiner mehrfachen Zeugenaussagen im Münchener NSU-Prozess und in verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, dem Eintreffen von Yozgats Vater kurz nach der Tat und der sekundengenauen Rekonstruktion der Todeszeitpunkts durch die Polizei ist der Anschlag bis heute nicht geklärt. (Quelle: Wikipedia)*

Publiziert auf Free21 am 2.09.2016, 10:45 Uhr, von Wolf Wetzel auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC 2.0.

dung, der Schutz des Landes Hessen ist in Gefahr. Aus den Akten geht eine Bemerkung hervor, die meint, dass man erst eine Leiche neben einem Verfassungsschützer finden müsse, damit man Auskunft bekommt. Richtig?

GH: Selbst dann nicht …

UA: *Bitte?*

GH: Es heißt, selbst wenn man eine Leiche neben einem Verfassungsschützer findet, bekommt man keine Auskunft.«

(FR vom 30.6.2012)

Eigentlich hatte der Leiter der ›SOKO Café‹ bereits sehr früh alles Nötige gesagt, wie die ‚Aufklärung' vonstatten zu gehen hat. Er hat die ‚rote Linie' gezogen – und alle haben sich daran gehalten. Bis heute.

Dass das Gericht in München diese ‚rote Linie' ohne tödliche Gefahr überschreiten könnte, dass diese auch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Berlin und Wiesbaden übertreten könnten und müssten, wäre ihre Aufgabe, ihre Pflicht.

Dass sie es dennoch nicht tun, liegt ganz sicher nicht an mangelndem Wissen, schon gar nicht an fehlenden Möglichkeiten.

Ermittlungsmethoden

Wer sich mit polizeilichen Ermittlungstätigungen und -methoden beschäftigt, wird schnell erfahren, dass dort ›der Zufall‹ – also die Lehre vom Unwahrscheinlichen – als Erkenntnismethode nicht vorkommt. Zu Recht. Denn polizeiliche Ermittlungsmethoden gehen vom Gegenteil aus: von der Wahrscheinlichkeit eines Geschehensablaufes. Denn weder die Polizei noch ein Staatsanwalt noch ein Richter kennen die Wahrheit. Sie könnten im besten Fall nur ein Geschehen rekonstruieren – mithilfe von Indizien, Zeugen und Spuren. Ausgangspunkt ist folglich nicht ein Geschehen, ein bestimmtes, sondern verschiedene Geschehensabläufe, die sich aus den ›Beweismitteln‹ ergeben. Das bekommt – in der Theorie – den Namen: Ermittlungen in alle Richtungen.

Am Ende dieses Ermittlungsprozesses bleibt ein Geschehensablauf, der aufgrund der vorhandenen Beweismittel in sich konsistent ist, am plausibelsten rekonstruiert werden kann.

Landeskriminalamt Thüringen-Fahndung/Böhnardt, Mundlos,Zschäpe Page 1

Landeskriminalamt Thüringen

Fahndung

Landeskriminalamt Thüringen

Das Landeskriminalamt Thüringen bittet um Mithilfe:

Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens

Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos werden wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens im Bereich Jena von der Staatsanwaltschaft Gera mit Haftbefehl gesucht.

Personalien:	Personalien:	Personalien:
Beate Zschäpe, geb. Apel 23 Jahre alt letzter Aufenthaltsort: Jena	Uwe Böhnhardt 20 Jahre alt letzter Aufenthaltsort: Jena	Uwe Mundlos 24 Jahre alt letzter Aufenthaltsort: Jena
Personenberschreibung:	**Personenbeschreibung:**	**Personenbeschreibung:**
- 160 cm groß - schlank, unauffälliges Äußeres - dunkelblondes,schulterlanges, leicht gewelltes Haar	- 186 cm groß - schlank, hager - dunkelblondes, kurz geschorenes Haar	- 180 cm groß - schlank, sportliche Figur - dunkelbraunes, kurz geschorenes Haar

Fahnungsplakat Zschäpe, Böhnhardt, Mundlos aus dem Jahr 1998

Nimmt man alle uns vorliegenden Beweismittel im Fall Kassel zur Grundlage und handelt nach diesen polizeilichen Prämissen, dann kommt man zu einem recht eindeutigen Ergebnis:

Für den Geschehensablauf, den Polizei und Gericht für die Ereignisse in Kassel für plausibel halten, spricht so gut wie nichts: Es gibt keine einzige Zeugenaussage, die die NSU-Mitglieder Mundlos und Böhnhardt als unmittelbare Tatbeteiligte nahelegen.

Einzig und allein die Tatwaffe (eine Česká 83), die im Brandschutt des Hauses gefunden wurde, in dem auch die NSU-Mitglieder wohnten, lässt eine Täterschaft des NSU infrage kommen. Mehr nicht.

Das ist ein schwacher, um nicht zu sagen, hauchdünner Beweis. Denn damit ist weder geklärt noch bewiesen, dass die beiden NSU-Mitglieder auch die Täter waren – selbst wenn man davon ausgeht, dass sich die Waffe tatsächlich im Besitz der uns bekannten NSU-Mitglieder befand.

Gegen den Geheimdienstmitarbeiter Andreas Temme sprechen zahlreiche Indizien und Sachbeweise:

- Ein neonazistischer Hintergrund
- Ein Duz-Verhältnis zu dem V-Mann und Neonazi Benjamin Gärtner, der zum NSU-Netzwerk zählt
- Die Anwesenheit zur Tat- und Mordzeit
- Das Mitführen einer Plastiktüte, in der sich laut Zeugenberichten die Tatwaffe befunden haben könnte. Von dieser berichtete auch seine Ehefrau, in einem abgehörten Telefonat: »willst du nicht mal auf mich hören? Ich sage noch, ne, nimm keine Plastiktüte mit!« (tagesspiegel.de vom 8.6.2015)
- Das Auffinden von Handschuhen, an denen sich Schmauchspuren befinden, die identisch mit denen sind, die die Tatwaffe hinterlässt
- Die Verweigerung einer Zeugenschaft
- Zahlreiche Falschaussagen in Verbindung mit Absprachen von Falschaussagen
- Die Verhinderung der Aufklärung angeblicher ›privater‹ Umstände durch seine Vorgesetzten

Vergleicht man – ohne Ansehen der Person – die Indizien und Sachbeweise, die für eine Täterschaft der drei stets genannten NSU-Mitglieder und/oder für die (Mit-)Täterschaft von Andreas Temme sprechen, dann braucht man für dieses Ergebnis keine kriminalistische Ausbildung.

Geht man – gemäß der vorliegenden Beweismittel – von einer 20-prozentigen Wahrscheinlichkeit einer Täterschaft der uns bekannten NSU-Mitglieder aus, so belasten die restlichen 80 Prozent den hessischen Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme wegen möglicher Mittäterschaft bzw. Beihilfe zu Mord.

Fänden die polizeilichen Ermittlungsgrundsätze tatsächlich Anwendung, würde das Ermittlungsergebnis im Mordfall Kassel geradezu zwingend zu einer Anklage gegen Andreas Temme führen.

Dass dies bis heute nicht passiert ist, hat auch nichts mit Zufall zu tun.

Anders formuliert: Wenn die genannten „Beweismittel" hinreichend die Täterschaft der beiden NSU-Mitglieder Mundlos und Böhnhardt belegen, dann müsste Andreas Temme zehn Mal lebenslänglich erhalten.

Autor:

Wolf Wetzel

ist Autor mehrerer Bücher und publiziert in verschiedenen Medien u. a. Der Freitag, Junge Welt und NachDenkSeiten. Seit 2011 ist er stellvertretendes Vorstandsmitglied von Business Crime Control.

Dieser Text wurde zuerst auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=34749› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=23616›

John Pilger: Medien **provozieren den Nuklearkrieg**

Die gerichtliche Entlastung eines Mannes [Anm. d. Red.: Slobodan Milosevic], der für das schlimmste aller Verbrechen, den Völkermord angeklagt war, machte keine Schlagzeilen. Weder die BBC noch CNN haben darüber berichtet. Der Guardian gestattete eine kurze Erwähnung. Und dieses seltene öffentliche Eingeständnis wurde natürlich vergraben oder unterdrückt. Es würde zu viel davon offenlegen, wie die Herrschenden auf der Welt regieren. **von John Pilger**

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag hat den verstorbenen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic in aller Stille von den zwischen 1992 und 1995 begangenen Kriegsverbrechen im Bosnienkrieg (darunter das Massaker von Srebrenica) freigesprochen.

Ganz im Gegensatz zum verurteilten bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic verurteilte Milosevic tatsächlich die „ethnischen Säuberungen", stellte sich gegen Karadzic und versuchte den Krieg zu beenden, der Jugoslawien zerlegt hat. Ein 2.590-seitiges Urteil über Karadzic vom letzten Februar versteckt diese Wahrheit ganz unten und diese Wahrheit zerstört weiter jene Propaganda, die das illegale Gemetzel der NATO 1999 in Serbien rechtfertigte.

> In den 1980ern erzeugte und förderte die „Operation Cyclone" den Dschihadismus in Afghanistan – als Waffe, um die Sowjetunion zu zerstören. Die USA machen in Syrien etwas ähnliches. Genauso wie die afghanischen Mudschaheddin sind die syrischen „Rebellen" die Fußsoldaten der Amerikaner und Briten.

Milosevic starb 2006 an einem Herzversagen, alleine in seiner Zelle in Den Haag. Es geschah während eines erlogenen Gerichtsverfahrens, dem von Amerikanern erfundenen „Internationalen Tribunal". Eine Herzoperation, die sein Leben hätte retten können, wurde ihm verweigert, sein Zustand verschlechterte sich und das wurde von US-Beamten beobachtet und geheim gehalten, wie WikiLeaks seitdem offengelegt hat.

Friedhof am Srebrenica-Potočari Memorial and Cemetery to Genocide Victims (Foto: Michael Büker, CC BY-SA 3.0)

Milosevic war das Opfer einer Kriegspropaganda, die heute wie ein reißender Fluss durch die Bildschirme und Zeitungen strömt und für uns alle eine große Gefahr bedeutet. Er war das Paradebeispiel eines Dämons, als „Schlächter vom Balkan" von den westlichen Medien diffamiert, der für den „Genozid" verantwortlich sei, besonders in der abtrünnigen jugoslawischen Provinz Kosovo. Premierminister Tony Blair hat es so gesagt, den Holocaust erwähnt und Taten gegen diesen „neuen Hitler" gefordert. David Scheffer, der für Kriegsverbrechen zuständige US-Botschafter (sic!), erklärte, dass womöglich bis zu „225.000 ethnische Albaner im Alter zwischen 14 und 59" durch die Streitkräfte Milosevics ermordet wurden.

Das war die Rechtfertigung für das Bombardement der NATO, angeführt von Bill Clinton und Blair. Dabei wurden Hunderte von Zivilisten in Krankenhäusern, Schulen, Parks und Fernsehstudios getötet und die Wirtschaftsstruktur Serbiens wurde zerstört. Es stank gewaltig nach Ideologie. Auf einer berüchtigten „Friedenskonferenz" in Rambouillet, Frankreich, wurde Milosevic mit Madeleine Albright konfrontiert, der US-Außenministerin. Sie errang später zweifelhaften Ruhm mit ihrer Äußerung, dass es den Tod einer halben Million irakischer Kinder „wert war".

.Albright legte Milosevic ein „Angebot" vor, das kein nationaler Führer akzeptieren konnte. Serbien würde bombardiert, wenn er nicht einer ausländischen militärischen Besatzung seines Landes zustimmt, wobei diese Besatzungsmacht „außerhalb des Landesrechts" stehe. Und wenn nicht der neoliberale „freie Markt" eingeführt wird. Das war in einem „Anhang B" enthalten, den die Medien überlesen oder unterdrückt haben. Das Ziel war die Zerschlagung des letzten unabhängigen europäischen „sozialistischen" Landes.

Als die NATO mit dem Bombardement begann, kam es zu einer Massenflucht von Kosovaren vor „einem Holocaust". Als es vorüber war, kamen internationale Polizeitruppen in den Kosovo und exhumierten die Opfer des „Holocausts". Das FBI konnte nicht ein einziges Massengrab finden und fuhr nach Hause. Ein spanisches Forensikerteam machte das gleiche, sein Leiter sprach wütend von „einer semantischen Pirouette der Maschinerie der Kriegspropaganda". Die letzte Zahl der Toten im Kosovo beträgt 2788. Dazu zählen die Kämpfer beider Seiten und Serben und Roma, die durch die pro-NATO Kosovo-Befreiungsarmee (KLA) ermordet wurden. Es gab keinen Völkermord. Der Angriff der NATO war sowohl ein Beschiss als auch ein Kriegsverbrechen.

Bis auf wenige Ausnahmen trafen Amerikas hochgelobte „Präzisions"-Lenkraketen keine

Publiziert Auf Free21 am 01.09.2016, 13:30, von John Pilger at propagandaschau.wordpress.com, License: John Pilger, Übersetzung: FritztheCat

militärischen, sondern zivile Ziele, darunter die Sendestudios von Radio Television Serbia in Belgrad. 16 Menschen starben, darunter Kameramänner, Produzenten und eine Visagistin. Blair bezeichnete die Toten banal als Teil von Serbiens „Gefechtszentrale". 2008 enthüllte die Chefanklägerin des ICTY, Carla del Ponte, dass sie unter Druck gesetzt worden sei, die Verbrechen der NATO nicht zu untersuchen.

Das war die Blaupause für die nachfolgenden Invasionen Washingtons in Afghanistan, Irak, Libyen und heimlich in Syrien. Alle qualifizieren sich als „Kapitalverbrechen" nach Nürnberger Standard; alle waren auf Medienpropaganda angewiesen. Die Boulevardpresse tat was sie immer tut, aber es war die seriöse, glaubwürdige und oft liberale Presse, die am effektivsten war – die bibeltreue Werbung für Blair und seine Kriege durch den Guardian, die unaufhörlichen Lügen über Saddam Husseins nicht existente Massenvernichtungswaffen im Observer und in der New York Times und das zielsichere Getrommel von Regierungspropaganda durch die BBC in der Stille ihrer Unterlassungen.

Zum Höhepunkt der Bombardements hat Kirsty Wark von der BBC den NATO-Kommandeur General Wesley Clark interviewt. Die serbische Stadt Nis wurde gerade mit amerikanischen Splitterbomben beschossen, Frauen, alte Menschen und Kinder wurden auf einem Markt und in einem Hospital getötet. Wark hat dazu nicht eine einzige Frage gestellt, oder zu anderen getöteten Zivilisten.

Andere waren noch unverfrorener. Im Februar 2003, nachdem Blair und Bush den Irak angezündet haben, stellte sich der politische Redakteur der BBC, Andrew Marr, in die Downing Street und hielt so etwas wie eine Siegesrede. Ganz aufgeregt erzählte er seinen Zuhörern, dass Blair „gesagt hat, dass sie Bagdad ohne ein Blutbad einnehmen können und dass am Ende die Iraker feiern würden. Und in beiden Punkten hat sich herausgestellt, dass er absolut richtig lag." Heute, mit einer Million Toter und

Slobodan Milosevic im Gerichtssaal des Haager Tribunals.

einer Gesellschaft in Trümmern, werden die BBC-Interviews von Marr von der US-Botschaft in London empfohlen.

Marrs Kollegen standen Schlange um Blair zu „rechtfertigen". Matt Frei, der BBC Korrespondent in Washington, sagte: „Es gibt keine Zweifel, dass der Wunsch, Gutes zu bringen, amerikanische Werte in den Rest der Welt zu bringen, insbesondere in den Nahen Osten… jetzt zunehmend mit militärischer Macht verbunden ist."

Diese Unterwürfigkeit, die Vereinigten Staaten und ihren Mittäter als wohlmeinende Macht zu bezeichnen, die „Gutes tun will", ist im etablierten Journalismus des Westens tief verankert. Damit wird sichergestellt, dass die gegenwärtige Katastrophe in Syrien ausschließlich Bashar al Assad in die Schuhe geschoben wird. Ihn versuchen der Westen und Israel seit langem zu stürzen, nicht aus humanitären Erwägungen, sondern um Israels aggressive Macht in der Region zu erhalten. Die dschihadistischen Kräfte, die von den USA, Großbritannien, Frankreich, der Türkei und ihrer „Koalition" aus Stellvertretern losgelassen und bewaffnet wurden, dienen diesem Zweck. Sie versprühen die Propaganda und die Videos, die in den USA und Europa zu Nachrichten werden. Sie gewähren den Journalisten Zugang und garantieren eine einseitige Berichterstattung über Syrien.

Die Stadt Aleppo ist in den Nachrichten. Die meisten Leser und Zuseher wissen nicht darüber Bescheid, dass der Großteil der Einwohner Aleppos im von der Regierung kontrollierten Westteil der Stadt lebt. Dass sie ein tägliches Artilleriebombardement der vom Westen gesponserten al Qaeda erleiden, das kommt nicht in den Nachrichten. Am 21. Juli haben französische und amerikanische Bomber ein Dorf der Regierung in der Provinz Aleppo angegriffen, dabei starben 125 Zivilisten. Darüber wurde im Guardian auf Seite 22 berichtet, keine Fotos.

In den 1980ern erzeugte und förderte die „Operation Cyclone" den Dschihadismus in Afghanistan – als Waffe, um die Sowjetunion zu zerstören. Die USA machen in Syrien etwas ähnliches. Genauso wie die afghanischen Mudschaheddin sind die syrischen „Rebellen" die Fußsoldaten der Amerikaner und Briten. Viele kämpfen für al Qaeda und deren Ableger. Einige, wie die al Nusra Front, haben sich umbenannt, um dem Empfinden der Amerikaner nach 9/11 zu entsprechen. Die CIA hält sie am Laufen, mit Schwierigkeiten, so wie Dschihadisten auf der ganzen Welt.

Unmittelbares Ziel ist die Zerstörung der Regierung in Damaskus, die nach der glaubwürdigsten Umfrage (YouGov Siraj) von der Mehrheit der Syrer unterstützt wird. Oder der sie sich wenigstens für Schutz zuwenden, trotz des Barbarismus in seinem Schatten. Das langfristige Ziel ist es, Russland einen Schlüsselpartner im Nahen Osten zu verwehren. Das ist Teil eines Zermürbungskriegs der NATO gegen die Russische Föderation, was zu ihrer Zerstörung führen soll.

Das atomare Risiko ist offensichtlich, wird aber in den Medien der „freien Welt" unterdrückt. Die Chefredakteure der Washington Post, die schon das Märchen der Massenvernichtungswaffen im Irak verbreitet haben, verlangen, dass Obama Syrien angreift. Hillary Clinton, der in aller Öffentlichkeit bei ihrer Rolle als Henkerin bei der Zerstörung Libyens einer abging, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass sie als Präsidentin „weiter gehen" würde als Obama.

Gareth Porter, ein Samisdat-Journalist der aus Washington berichtet, hat kürzlich die Namen genannt, die vermutlich auf der Kabinettsliste Clintons stehen werden, die einen Angriff auf Syrien vorhaben. Alle von denen haben eine kriegerische Geschichte im Kalten Krieg. Der frühere CIA-Direktor Leon Panetta sagte: „Der nächste Präsident wird über zusätzliche Spezialkräfte vor Ort nachdenken müssen."

Das bemerkenswerte an dieser Kriegspropaganda, jetzt wo sie auf voller Flamme brutzelt, ist ihre offenkundige Absurdität und Banalität. Ich habe mich durch die Filmarchive der 50er in Washington gearbeitet, als Diplomaten, Bundesbeamte und Journalisten durch den Senator Joe McCarthy gejagt und vernichtet wurden, weil sie die Lügen und die Paranoia über die Sowjetunion und China in Frage gestellt hatten. Und der anti-russische Kult ist wie ein Krebsgeschwür zurückgekehrt.

In Britannien ist es Luke Harding vom Guardian, der die Russenhasser in seiner Zeitung anführt. Mit einer endlosen Reihe journalistischer Parodien, die Wladimir Putin für jede Schieflage auf der Welt verantwortlich macht. Als die Panama-Papers veröffentlicht wurden, da war Putin auf der Titelseite, mit einem Foto. Scheißegal, dass Putin in den Leaks an keiner Stelle erwähnt wurde.

Wie Milosevic ist Putin der Dämon Nummer Eins. Es war Putin, der den malaysischen Passagierjet über der Ukraine vom Himmel geholt hat. Schlagzeile: „Meiner Meinung nach war es Putin, der meinen Sohn getötet hat." Beweise braucht es nicht. Es war Putin, der für den nachweislich von Washington inszenierten Umsturz der gewählten Regierung in Kiew 2014 verantwortlich war. Der folgende Terrorfeldzug faschistischer Milizen gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine war das Ergebnis der „Aggressi-

on“ Putins. Weitere Beispiele von Putins „Aggressionen“: Dass aus der Krim keine Raketenbasis für die NATO wurde und dass er die vorwiegend russischsprachige Bevölkerung schützte, die in einem Referendum für eine Rückkehr zu Russland stimmte – die Krim wurde annektiert. Das Anschwärzen der Medien wird unweigerlich zu einem Krieg der Medien. Sollte es zu einem Krieg mit Russland kommen, absichtlich oder versehentlich, dann tragen die Journalisten einen Großteil der Verantwortung.

In den USA hat der Feldzug gegen Russland virtuelle Ausmaße erreicht. Der Kolumnist der New York Times, Paul Krugman, ein Ökonom mit einem Nobelpreis, nannte Donald Trump einen „sibirischen Kandidaten“, weil Trump der Mann Putins sei. Trump hatte es gewagt, in einem lichten Moment vorzuschlagen, dass ein Krieg mit Russland eine schlechte Idee sei. Ja, er ging soweit und hat die amerikanischen Waffenlieferungen an die Ukraine aus dem Republikanischen Programm gestrichen. „Wäre es nicht wunderbar, wenn wir mit Russland auskommen könnten?“, sagte er.

Aus diesem Grund hasst ihn das kriegshetzerische liberale amerikanische Establishment, Trumps Rassismus und seine wirre Demagogie haben nichts damit zu tun. Bill und Hillary Clintons Liste an Rassismus und Extremismus schlagen Trump an jedem Tag. (Diese Woche ist der 20. Jahrestag von Clintons Wohlfahrts-“Reform“, die den Afroamerikanern den Krieg erklärt hat.) Und zu Obama: Während amerikanische Polizisten seine afroamerikanischen Brüder über den Haufen schießen, hat die große Hoffnung im Weißen Haus nichts für ihren Schutz getan, nichts um ihre Armut zu lindern. Aber er hat vier raubgierige Kriege und einen beispiellosen Mordfeldzug geführt.

Die CIA verlangt, dass Trump nicht gewählt wird. Generäle im Pentagon haben verlangt, dass er nicht gewählt wird. Die Kriegszeitung New York Times – mal eine Abwechslung zu der unaufhörlichen, billigen Putin Schmierenkampagne – verlangt, dass er nicht gewählt wird. Etwas ist im Busch. Diese Vertreter von „endlosem Krieg“ haben die Hosen voll, dass das Multi-Milliardengeschäft des Krieges, mit der die Vereinigten Staaten ihre Dominanz aufrechterhalten, durch Geschäfte Trumps mit Putin und dann mit Chinas Xi Jingpin unterminiert werden. Ihre Panik, dass die großen Weltmächte über Frieden reden könnten – und sei es noch so unwahrscheinlich – wäre zum totlachen, wenn es nicht so ernst wäre.

„Trump hätte Stalin geliebt!“, bellte der Vizepräsident Joe Biden auf einer Wahlveranstaltung für Hillary Clinton. Clinton nickte und er rief: „Wir werden niemals nachgeben. Wir werden nicht einknicken. Uns gehört das Zielband. So sind wir. Wir sind Amerika!“

In Großbritannien hat Jeremy Corbyn unter den Kriegsfürsten der Labour-Partei und den Medien, die seine Vernichtung wollen, eine Hysterie erzeugt. Lord West, ein ehemaliger Admiral und Labour-Minister, hat es auf den Punkt gebracht. Corbyn nimmt eine „irre“ Anti-Kriegs-Position ein, „denn das verschafft ihm die Stimmen der ungebildeten Massen.“

Abweichender Journalismus und Forschung wurden systematisch verbannt oder eingemeindet, die demokratischen Ideen ausgehöhlt und durch „Identitätspolitik“ ersetzt. Dort verwechselt man Gender mit Feminismus, und öffentliche Angst mit Befreiung. Und die staatliche Gewalt und Waffengeschäfte, die unzählige Leben in weit entfernten Orten zerstören, werden wissentlich ignoriert, wie in Jemen oder Syrien.

In einer Debatte mit seinem Herausforderer Owen Smith wurde Corbyn von der Moderatorin gefragt: „Wie würden Sie auf die Verletzung eines NATO-Mitglieds durch Wladimir Putin antworten?“

Corbyn antwortete: „Zuerst einmal sollte man verhindern, dass so etwas passiert. Man sollte einen guten Dialog mit Russland herstellen … Wir würden versuchen, eine Demilitarisierung an den Grenzen zwischen Russland, der Ukraine und den anderen Staaten an der Grenze zwischen Russland und Osteuropas zu erreichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Reihe heikler Truppenverstärkungen auf beiden Seiten entsteht, was nur zu größeren Gefahren führen würde.“

Auf die drängende Frage, ob er einen Krieg gegen Russland befehlen würde, wenn es „denn sein müsse“, sagte Corbyn: „Ich will nicht in den Krieg ziehen – was ich will ist eine Welt, die nicht in den Krieg ziehen muss.“

Die Art der Fragestellung verrät viel über den Aufstieg der liberalen britischen Kriegsplaner. Die Labour Partei und die Medien haben ihnen seit langem Karrieren versprochen. Eine Zeitlang hat die moralische Entrüstung des großen Verbrechens gegen den Irak sie klein gehalten, ihre Verdrehungen der Wahrheit waren zeitweilig zu peinlich. Trotz Chilcot und einem Berg aus belastenden Fakten bleibt Blair ihre Inspiration, denn er war ein „Gewinner“.

Abweichender Journalismus und Forschung wurden systematisch verbannt oder eingemeindet, die demokratischen Ideen ausgehöhlt und durch „Identitätspolitik“ ersetzt. Dort verwechselt man Gender mit Feminismus, und öffentliche Angst mit Befreiung. Und die staatliche Gewalt und Waffengeschäfte, die unzählige Leben in weit entfernten Orten zerstören, werden wissentlich ignoriert, wie in Jemen oder Syrien. Und die Erkenntnis zu einem Nuklearkrieg in Europa und auf der ganzen Welt.

Die Begeisterung von Menschen aller Altersgruppen für den Aufstieg von Jeremy Corbyn bietet dem in gewisser Weise Einhalt. Er hat sein Leben damit verbracht, sich gegen die Schrecken des Krieges zu äußern. Das Problem für Corbyn und seine Unterstützer ist die Labour Partei. In Amerika war das Problem für die Tausende von Sanders-Unterstützern die Demokratische Partei, ganz zu schweigen von dem riesigen Verrat ihrer großen weißen Hoffnung. In den USA, der Heimat der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegungen, sind es BlackLivesMatter und Sachen wie Code Pink, die das Fundament für eine moderne Version legen.

Denn nur eine Bewegung, die alle Straßen füllt und grenzübergreifend ist und nicht aufgibt, kann die Kriegshetzer aufhalten. Nächstes Jahr werden es hundert Jahre, dass Wilfred Owen Folgendes schrieb. Jeder Journalist sollte es lesen und sich daran erinnern:

„Wenn du hören könntest,
wie bei jedem Stoß das Blut
gurgelnd aus seinen
schaumgefüllten Lungen läuft,
ekelerregend wie der Krebs,
bitter wie das Wiederkäuen
von Auswurf, unheilbare Wunden
auf unschuldigen Zungen,
mein Freund, du erzähltest nicht
mit so großer Lust Kindern,
die nach einem verzweifelten
Ruhmesglanz dürsten,
die alte Lüge:
Dulce et decorum est
Pro patria mori“
(Wilfred Owen; 1. Weltkrieg)

[Übersetzung: „Süß und ehrenvoll ist’s, für’s Vaterland zu sterben.“]

Autor:

John Pilger

ist ein australischer Journalist und Dokumentarfilmer. Von 1963 bis 1986 war Pilger Leiter der Auslandsredaktion des „Daily Mirror“. Seitdem arbeitet Pilger als freier Journalist. Mit zahllosen Journalismus-Preisen ausgezeichnet, gehört Pilger zu den prominentesten englischsprachigen Journalisten. Quelle: Wikipedia

www.johnpilger.com

Dieser Text wurder zuerst auf propagandaschau.wordpress.com am 27.08.2016 unter der URL ‹https://propagandaschau.wordpress.com/2016/08/27/counterpunch-john-pilger-medien-provozieren-den-nuklearkrieg/› veröffentlicht. Lizenz: John Pilger, Übersetzung FritztheCat

‹http://www.free21.org/?p=23605›

Publiziert Auf Free21 am 01.09.2016, 13:30, von John Pilger at propagandaschau.wordpress.com, License: John Pilger, Übersetzung: FritztheCat

Der Aufstieg der CIA zur **Schattenregierung der USA**

„Alle, die sich bisher über Verschwörungstheorien lustig gemacht haben, dürften ihre Meinung nach Lektüre dieses Buches ändern“, schreibt der Boston Globe – und hat recht. Denn der internationale Bestseller „Das Schachbrett des Teufels“ über das Leben und Wirken des ehemaligen CIA-Direktors Allen Dulles ist nicht nur ein spannender Spionage-Thriller; er verdeutlicht auch die Machenschaften sowie die Logik eines geheimdienstlichen Unterdrückungsapparates, der weltweit seinesgleichen sucht. Jens Wernicke sprach mit dem Autor David Talbot hierzu.

von Jens Wernicke

JENS WERNICKE: *Herr Talbot, Sie sind ein bekannter und wichtiger Autor und Journalist. Warum jetzt dieses Buch – und warum ausgerechnet zu Dulles und der CIA? Was ist Ihre Intention?*

DAVID TALBOT: Im Grunde befanden sich die Vereinigten Staaten während meines gesamten Lebens im Krieg – ein Syndrom, das Menschen auf der gesamten Welt Leid gebracht und unser eigenes demokratisches System und unsere nationale „Seele“ kontinuierlich zersetzt hat. Ich hatte immer schon die Vermutung, dass die Ermordung Kennedys ein entscheidender Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte war, da mit ihm der letzte US-amerikanische Präsident beseitigt wurde, der die Vorherrschaft einer kriegsbesessenen nationalen Sicherheitselite ernstlich angegriffen hat.

Aufgrund der Recherchen zu meinem früheren Buch Brüder: Die geheime Geschichte der Kennedy-Jahre war mir bekannt, dass es ein tiefes Misstrauen gegenüber der offiziellen Version zum Kennedy-Attentat gibt – nicht nur in der Gesellschaft insgesamt, sondern auch innerhalb der Führungselite in Washington, der Familie Kennedy selbst und insbesondere bei Robert F. Kennedy, dem Bruder des ermordeten Präsidenten und oberstem Gesetzeshüter im Land.

Bobby Kennedys Verdacht richtete sich gegen die verdeckte Operation der CIA in Kuba, die dort fortwährend versuchte, Fidel Castro zu ermorden. Bobby glaubte, dass diese Geheimdienstoperation gegen seinen Bruder gerichtet

Präsident John F. Kennedy mit CIA Direktor Allen Dulles und Mitarbeiter John McCone (Foto: John F Kennedy Presidential Library and Museum)

wurde, der sich zunehmend gegen den Kurs Washingtons im Kalten Krieg wandte, da er den Ausbruch eines Atomkriegs mit der Sowjetunion befürchtete. Aufgrund der Recherchen teilte ich zunehmend das Misstrauen von Bobby Kennedy gegenüber der CIA und wollte herausfinden, wer in der Welt der Geheimdienste die Autorität und das Kaliber hatte, um solch einen traumatischen Angriff auf die US-amerikanische Demokratie vorzunehmen.

Mein Augenmerk fiel letztlich auf Allen Dulles, den legendären Meisterspion, der einer Vielzahl von US-Präsidenten diente, dessen Macht die seiner Vorgesetzten aber oft überstieg. Dulles‘ und Kennedys Beziehung erlitt einen irreparablen Bruch nach der desaströsen Schweinebuchtoperation der CIA in Kuba. Kennedy feuerte Dulles als Chef der CIA, aber Dulles machte einfach weiter wie gehabt. In Das Schachbrett des Teufels ist zum ersten Mal dokumentiert, dass Dulles, selbst nachdem er von Kennedy gefeuert wurde, den Geheimdienst von seinem Haus in Washington aus noch immer führte – und er wurde zunehmend mutiger in seiner Subversion gegen die Präsidentschaft Kennedys. Ich glaube, dass dieser sich verschärfende Konflikt zwischen dem Geheimdienstzirkel um Dulles und dem Weißen Haus mit Kennedy am 22. November 1963 in Dallas endete.

JENS WERNICKE: *Was natürlich für ein Engagement auch der CIA in dieser Sache – wie übrigens auch in Bezug auf die Ermordung von Papst Johannes Paul II., wie ein deutscher Filmemacher unlängst belegte – spricht…?*

DAVID TALBOT: Ja, wie ich in Das Schachbrett des Teufels schreibe, glaube ich, dass das Mordkommando der CIA – eine todbringende Abteilung, die bereits gegen ausländische Staatsführer wie Fidel Castro in Cuba und Patrice Lumumba im Kongo operierte – auf unseren eigenen Präsidenten, John Kennedy, angesetzt wurde, nachdem er der nationalen Sicherheitselite in Bezug auf den Kalten Krieg die Kooperation aufkündigte. Als ehemaliger Chef der CIA hatte Allen Dulles noch immer großen Einfluss auf das Mordkommando der CIA, unter ihnen Männer wie William Harvey, Howard Hunt und David Morales.

Aber die Ermordung von JFK sollte nicht nur als CIA-Operation gesehen werden. Dulles und seine ehemaligen Kollegen hätten niemals gehandelt ohne eine breite Unterstützung der amerikanischen „Machtelite“ – wie sie von Charles Wright Mills, dem führenden US-amerikanischen Soziologen der Zeit genannt wurde. Mächtige Familien wie die Rockefellers, die Erdölindustrie in Texas, die Finanzwirtschaft der Wall Street, der militärisch-industrielle Komplex … all diese Schlüsselstellen des amerikanischen Machtgefüges waren der Ansicht, dass die Präsidentschaft Kennedys ihre Interessen auf verschiedene Art und Weise bedrohe, dass er ein abnormaler Präsident sei und dass er die Sicherheit und das Wohlbefinden der Vereinigten Staaten bedrohe, wobei sie damit ihre eigene Macht und Profite meinten. Und Dulles war, in gewissem Sinne, der oberste Henker dieses mächtigen Netzwerkes. Er handelte in seinem Sinne.

JENS WERNICKE: *Das Stigma des „Verschwörungstheoretikers“*

wurde, was viele nicht wissen, eben in diesem Kontext zum ersten Mal geheimdienstlich genutzt: um Kritiker und Fragensteller mundtot zu machen. Federführend war, Sie wissen es sicher bereits: die CIA, zu deren Aufgaben eben auch die Manipulation der öffentlichen Meinung gehört. Was halten Sie von diesem Begriff? Und: Hat man auch Sie bereits mit ihm attackiert?

DAVID TALBOT: „Verschwörungstheoretiker" ist ein Propagandabegriff, der dazu benutzt wird, Herrschaftskritik zu diskreditieren, und er wurde in der Tat zuerst von der CIA benutzt, um Forschung zur Ermordung von John F. Kennedy zu kontern, die die Glaubwürdigkeit des Warren-Berichts zerstörten, der ja der offizielle Versuch war, das Verbrechen allein dem „einsamen Schützen" Lee Harvey Oswald zuzuschieben.

Der Begriff wird regelmäßig gegen all diejenigen angewandt, mich inklusive, die die offiziellen Erzählungen angreifen, mit deren Hilfe die Regierung oder die Wirtschaftswelt versuchen, die Wirklichkeit zu verdrehen. Einige dieser „Verschwörungstheorien" sind natürlich gut begründet und werden schlussendlich zur allgemein akzeptierten Version der Geschichte – das gilt auch für die „Theorie", dass Präsident Kennedy von Verschwörern auf der höchsten Ebene des amerikanischen Machtgefüges ermordet wurde.

Übrigens werden einige der gefährlichsten Verschwörungstheorien von der amerikanischen Regierung selbst verbreitet – wie etwa der „Angriff" im Golf von Tonkin auf Kriegsschiffe USA, der von der Administration unter Lyndon Johnson als Rechtfertigung für die Ausweitung des Vietnamkrieges benutzt wurde, oder die Panikmache mit Massenvernichtungswaffen durch die Bush-Cheney-Regierung, mit der die Unterstützung von Medien und Öffentlichkeit zum illegalen Einmarsch im Irak erzwungen wurde. Prinzipiell ist die Regierung der größte Verschwörungsfreak von allen.

JENS WERNICKE: *Was sind denn einige der Dinge, die man bisher als „Verschwörungstheorien" diskreditiert hat, die inzwischen aber als wahr belegbar sind?*

DAVID TALBOT: Etwa die sogenannte "Oktober-Überraschung", die Ronald Reagan half, Jimmy Carter bei den Präsidentschaftswahlen 1980 zu besiegen. Vom Reagan-Lager eifrig als Verschwörungsdenken abgetan, wird heute allgemein anerkannt, dass es sich hierbei um die Wahrheit handelt: Abgesandte Reagans hatten in der Tat eine geheime Abmachung mit der Putsch-Regierung im Iran getroffen, US-Gefangene erst nach der Wahl freizulassen – im Gegenzug wurden dem Iran Waffenlieferungen versprochen.

Ich glaube, dass sich als nächstes die explosiven Verschwörungstheorien um den 11. September und um die Verbindungen der Saudis und vielleicht sogar des US-amerikanischen Geheimdienstes zu zumindest einigen der Flugzeugentführer vor dem Angriff von 2001 als wahr herausstellen werden. Die 28 Seiten der offiziellen Untersuchung, die nun – nachdem sie lange zurückgehalten wurden – endlich freigegeben wurden, weisen auf jeden Fall in diese Richtung.

Die Macht operiert üblicherweise gerne im Schatten, ohne Transparenz und Aufsicht. Der Verschwörungsmodus ist der Normalzustand der Macht, ihr Wesenskern.

JENS WERNICKE: *Wie kann es sein, dass all dies keine juristischen und sonstigen Konsequenzen hatte und hat? Das ist doch, nehme ich an, auch bei Ihnen im Land durchgehend extralegal?*

DAVID TALBOT: Weil diejenigen, die die Macht haben, den Rahmen der Untersuchung bestimmen. Sei es durch sogenannte „Expertenkommissionen" mit „angesehenen" Volksvertretern – wie im Falle der Warren-Kommission, die die Ermordung Kennedys untersuchte – oder durch die obersten Gerichte oder Untersuchungsausschüsse des Kongresses, die sich mit der nationalen Sicherheit beschäftigen.

Im Falle der Warren-Kommission war es so, dass die Mitglieder entweder Teil der nationalen Geheimdienstelite oder politisch abhängig von Diensten wie der CIA oder dem FBI waren. Allen Dulles war ein erbitterter Feind von JFK; er wurde von ihm von seinem Posten bei der CIA gefeuert. Trotzdem kontrollierte Dulles schließlich die Warren-Kommission, zusammen mit einem weiteren ehemaligen Geheimdienstoffizier, John McCloy, der der Kennedy-Regierung den Rücken gekehrt hatte, weil er glaubte, dass diese nicht hart genug gegen die Sowjets vorging.

CIA-Direktor Allan Dulles (Foto: Wikimedia Commons/Prologue Magazine, spring 2002 NARA, 306-PS-59-17740)

Wenn es um folgenschwere Verbrechen wie die Tötung Kennedys geht, wird oft genug den Füchsen die Klärung des Chaos im Hühnerstall überlassen, also die Recherche und Aufarbeitung bezüglich blutiger Federn und alledem.

JENS WERNICKE: *Im Buch sprechen Sie auch über die Kooperation der CIA mit Nazigrößen. Welche Kooperationen gab es? Und darf ich zutreffend folgern, dass zumindest einigen Teilen der US-Elite der Faschismus in Europa nicht wirklich unsympathisch gewesen ist?*

DAVID TALBOT: Die Kooperation zwischen den Nazis und einigen Teilen der US-Geheimdienstelite sowie der Finanzwelt der Wall Street, die mit den Geheimdiensten eng verbunden ist, geht sogar zurück auf die Zeit vor der CIA, zurück in die Zeit vor dem Krieg. Die Wall-Street-Kanzlei der Dulles-Brüder, Sullivan & Cromwell, machte ein Vermögen mit den Geschäften von Unternehmen, die mit dem Naziregime verbunden waren. Während des Krieges, als Allen Dulles für das Office of Strategic Services, die Geheimdienstorganisation der USA zu Kriegszeiten, in der Schweiz stationiert war, nutzte er seine komfortable Positionierung, um weiterhin die Interessen seiner deutschen Klienten zu fördern – genauso wie sein enger Freund Thomas McKittrick, ein Wall-Street-Kamerad, der die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich führte. Mit ihrem Firmensitz in Basel wurde die Bank während des Krieges als die „Nazibank" bekannt, da sie Goldeinlagen akzeptierte, die Deutschland in Europa geplündert hatte. Das erlaubte es Hitler, wichtige Materialien auf dem Weltmarkt zu kaufen.

Männer wie die Dulles-Brüder waren wohlwollend, wenn nicht unmittelbar gegenüber Hitler und seinem engsten Kreis, dann zumindest doch gegenüber der deutschen Wirtschafts- und Sicherheitsdienstelite. Die amerikanischen und deutschen Eliten waren sich einig in ihrer Ablehnung gegenüber den Russen, die sie als den eigentlichen Feind ansahen. Die Dulles-Clique bestand nicht aus so überzogenen Antisemiten wie die Nazielite, hatte aber ebenfalls wenig Mitgefühl angesichts der Hilferufe der Juden während des Holocaust. Obwohl Dulles viele frühe Berichte über das schreckliche Schicksal der Juden in Europa erhielt, hat er buchstäblich nichts unternommen, um dieses wachsende Unheil zur Priorität der US-Regierung zu machen. Er war sehr viel mehr damit beschäftigt, in Deutschland ein starkes Bollwerk gegen die Sowjetunion zu bewahren.

Schlussendlich hatten Dulles und sein Zirkel keine Bedenken dabei, später Nazi-Kriegsverbrecher wie Reinhard Gehlen zu rekrutieren, der Hitlers Geheimdienste an der Ostfront überwacht hatte. Mit Dulles' Unterstützung wurde Gehlen später zum Chef des deutschen Nachkriegs-Geheimdienstes und arbeitete gemeinsam mit ihm daran, eine paranoide Sicht der Sowjetunion zu verbreiten, was zu einem noch höheren Verteidi-

Publiziert auf Free21 am 15.9.2016, 12:00 Uhr, von Jens Wernicke auf den Nachdenkseiten. Lizenz: CC BY-NC 2.0 DE

gungsbudget im Westen und einer dauerhaften Atomangst führte.

JENS WERNICKE: *Sie skizzieren die CIA als US-Schattenregierung. Wie begründen Sie das? Und welche Wechselwirkungen gibt es zwischen der CIA und dem sogenannten „Militärisch-industriellen Komplex“?*

DAVID TALBOT: Ich glaube, dass die CIA in ihrer Geschichte – zusammen mit den Banken und Kanzleien an der Wall Street, die einen großen Anteil des ursprünglichen Führungspersonals des Geheimdienstes stellten – in der Tat als Schattenregierung operierte.

Diese „Machtelite“ dominierte Washington während des Kalten Krieges, egal welcher Präsident oder welche Partei gerade das Weiße Haus besetzte. Nach der desaströsen CIA-Operation in Kuba versuchte Kennedy, die CIA zu zerschlagen. Stattdessen wurde aber seine Präsidentschaft beendet.

Während der Ära Dulles gab es eine beträchtliche Überschneidung zwischen der CIA, dem Pentagon und dem militärisch-industriellen Komplex, und wichtige Beamte und Agenten pendelten zwischen diesen Welten hin und her. Die CIA unter Dulles allerdings war der dominante Akteur. Er hat es geschafft, seine Agenten überall in der Geheimdienstwelt Washingtons „einzupflanzen“, genauso wie im militärischen Sektor.

JENS WERNICKE: *Und heutzutage? Ist die CIA inzwischen so etwas wie die Exekutive für die Speerspitze der neokonservativen Elite?*

DAVID TALBOT: Historisch gesehen war die CIA das „vollstreckende“ Organ der Wall Street und jener amerikanischen Konzerne, die Topklienten der Banken und Kanzleien an der Wall Street waren – insbesondere große Erdölunternehmen, Bergbaugesellschaften und Agrar-Giganten wie etwa United Fruit.

Das Machtgefüge in den Vereinigten Staaten ist heute allerdings komplexer als noch zu Dulles‘ Zeiten. Heute gibt es eine Vielzahl von Geheimdiensten – öffentliche wie private -, und nicht mehr nur die CIA. Und als die Bush-Cheney-Regierung versuchte, den Geheimdienst ideologisch zu unterwandern, um eine neokonservative Agenda im Mittleren Osten durchzusetzen, wurde die CIA zu einem Zentrum des Widerstands gegen die Pläne der Neocons. Sie ließ Informationen zu den Invasionsplänen der Regierung im Irak und zu weiteren schädigenden Geschichten an Journalisten wie Seymour Hersh durchsickern.

Diese Spannungen in Bezug auf die US-amerikanische Politik im Mittleren Osten setzten sich unter der Obama-Regierung fort, allerdings nicht im selben Ausmaß.

JENS WERNICKE: *Im Buch fokussieren Sie sehr auf die Person Allan Dulles. Das klingt ein klein wenig nach „Dieser eine Irre hat den ansonsten guten und wertvollen Geheimdienst korrumpiert“ – eine Erzählung, die man sich in gewissen Kreisen bei uns im Lande gern über, bitte entschuldigen Sie den Vergleich, Hitler erzählt: Ein gutes Volk und eine gute Elite wurden von einem „irren Diktator verführt“…*

DAVID TALBOT: Ich glaube nicht, dass Dulles ein Superschurke war, der Amerikas Sicherheitssystem korrumpierte. Er war die logische Personifizierung dieses Systems, das nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen war, den Willen der Vereinigten Staaten dem Rest der Welt aufzuzwingen.

Dulles hatte breite Unterstützung innerhalb der Machtelite des Landes. Er genoss fürstliche Abendmale zusammen mit Generälen, Bankdirektoren, Öl-Mogulen, Führern der Medienbranche – und darüber hinaus auch mit ausländischen Staatsführern, Königsfamilien und Despoten. Er war eine angesehene Figur innerhalb dieser Elitenwelt, dessen Mitglieder ihn mit dem Schutz ihrer Interessen betrauten.

JENS WERNICKE: *Einer der profiliertesten Geheimdienstkritiker Deutschlands sprach unlängst im Interview mit mir von einem globalen „Informationskrieg der Geheimdienste“, in welchem wir uns befänden, und der zunehmend zu einer Transformation gen totalitärem Staat führe. Seine These lautet konkret: „Das Szenario aus wechselseitiger Digitalspionage, Massenüberwachung und militärischen Interventionen deutet meines Erachtens darauf hin, dass wir uns in einem globalen und geheimen Cyber- und „Informationskrieg“ der Geheimdienste befinden. Oder anders und allgemeiner ausgedrückt: in einem permanenten und präventiven Ausnahmezustand, der seinen Ausnahmecharakter längst verloren hat und zum staatlich-gesellschaftlichen Normalzustand geworden ist.“ Stimmen Sie zu?*

DAVID TALBOT: Ja, wie Glenn Greenwald, der amerikanische Journalist, der dabei half, die Geschichte von Edward Snowden zu veröffentlichen, gesagt hat: Der „Krieg gegen den Terror“ sei zu einem Begriff geworden, der nichts bedeute und alles rechtfertige.

Wir befinden uns in einem riesigen und unaufhörlichen Kriegs- und Ausnahmezustand, der die repressivsten und gefährlichsten Teile unserer Gesellschaft auf brachiale Art und Weise ermächtigt hat. Die amerikanische Demokratie wird sicher keine weiteren 15 Jahre dieses fabrizierten Belagerungszustandes überleben.

JENS WERNICKE: *Inzwischen frage ich mich: Wenn stimmt, was Sie sagen – ja, kann man dann überhaupt noch von „Demokratie“ sprechen, wenn man von den USA spricht?*

DAVID TALBOT: Die Demokratie in den USA ist heute eine geschwächte Institution, wie wir zuletzt während des Wahlkampfes 2016 gesehen haben, als Bernie Sanders von den Machthabern der Demokratischen Partei und den Mainstream-Medien sabotiert wurde.

Die einzigen Führer, denen es erlaubt ist, auf nationaler Ebene zu reüssieren, sind jene, die die Interessen der Oligarchie vertreten – die Interessen der großen Zentren wirtschaftlicher, militärischer und geheimdienstlicher Macht, die den Kurs des Landes bestimmen.

Das Wahlsystem ist hoffnungslos von Geld und antidemokratischer Betrügerei korrumpiert. Wie Sanders und andere Progressive gesagt haben: Es wird schon eine Art politischer Revolution nötig sein, um diese düsteren Umstände im heutigen Amerika zu ändern.

JENS WERNICKE: *Welche Hoffnung verbinden Sie mit Ihrem Buch und was wünschen Sie sich von der Zivilgesellschaft?*

DAVID TALBOT: Mein Buch wurde von den Mainstream-Medien in den USA, inklusive der New York Times und der Washington Post, wo ein Redakteur meinem Verleger erklärte: „Wir werden dieses Buch nicht anrühren“, schlicht ignoriert.

Trotzdem wurde „Das Schachbrett des Teufels“ zu einem New-York-Times-Bestseller, vor allem aufgrund progressiver Pressekanäle, den sozialen Medien sowie der „Mund-zu-Mund-Propaganda“, die von Tausenden verbreitet wurde, die sich zutiefst um die Zukunft des Landes sorgen.

Ich wünsche mir von Büchern wie meinem, dass sie die Debatte über Macht und Demokratie anregen – eine Debatte, die unser Land dringend benötigt und die zu einem fundamentalen Wandel unseres politischen Systems und unserer militarisierten Kultur führen muss.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

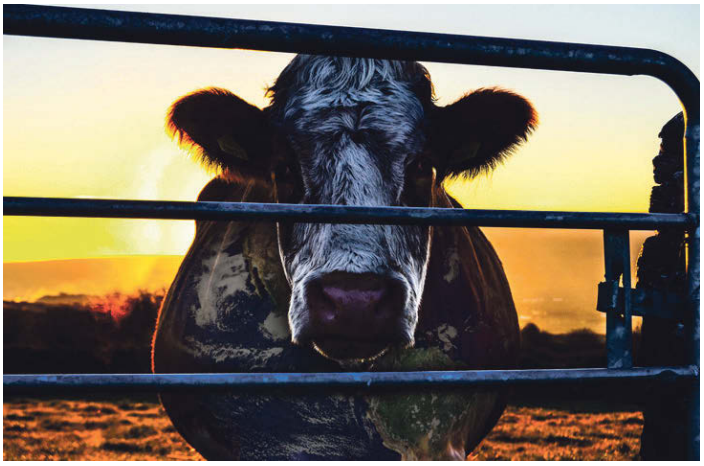
In Interview:

David Talbot

ist Gründer des bekannten Internetmagazins salon.com. Er arbeitete als Redakteur beim San Francisco Examiner, war Herausgeber von Mother Jones und schrieb unter anderem für The New Yorker, Rolling Stone, Time, The Guardian und andere Zeitungen.

Dieser Text wurde zuerst am 9. September 2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=34928› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=23834›



„Cowspiracy“ – große Bilder

Dass „Cowspiracy“ phasenweise eher Dokutainment als ein Dokumentarfilm ist – er transportiert die Fakten sehr emotional mit großen Bildern – spricht viele Menschen sicher an. Ob man so etwas mag, ist natürlich auch Geschmacksache, was zählt, sind die Fakten.

von Andrea Drescher

Industriell betriebene Viehzucht und Agrarwirtschaft sind unser Klimakiller Nummer Eins und damit hauptsächlich für die globalen Umweltprobleme verantwortlich. Dies geht aus einem offiziellen Bericht des Worldwatch Institutes hervor. Demzufolge werden weltweit mindestens 51 % aller in die Erdatmosphäre freigesetzten Treibhausgas-Emissionen durch Nutztiere verursacht, während lediglich 13 % auf den vielgeschmähten Transportsektor entfallen. Aber warum wird diese wichtige Tatsache selbst von namhaften Umweltorganisationen wie Greenpeace, Sierra Club, Surfrider Foundation oder dem Rainforest Action Network mehrheitlich ausgeblendet? Genau das wollten die Dokumentarfilmer Kip Andersen und Keegan Kuhn herausfinden, als sie mit ihren Recherchen zu diesem wichtigen und wegweisenden Film begannen und eben erwähnte Umweltschutzorganisationen mit unbequemen Fragen konfrontierten. Enthüllend wie „Blackfish“, inspirierend wie Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“: „Cowspiracy“ deckt die verheerenden Auswirkungen der industriellen Viehwirtschaft auf unserem Planeten auf und bietet nachhaltige Alternativen an, mit dem Ziel, Mutter Erde vor dem Kollaps zu bewahren.

Die engagierten Filmemacher Andersen und Kuhn präsentieren erschreckend aufschlussreiche Zahlen und unglaubliche Fakten: So wird z. B. für die Produktion von einem Kilo Rindfleisch über 15.000 Liter Wasser (für 1 Kilo Reis sind es 2.500 Liter) benötigt; 91 % der Rodung des Amazonas-Regenwaldes geht auf das Konto der Nutztierhaltung; 30 % des anbaufähigen Bodens wird weltweit für die Fleischproduktion, d. h. für Weideland und den Anbau von Futtermitteln, verwendet. Doch der einerseits schockierende, andererseits sympathisch und durchaus humorvoll erzählte Dokumentarfilm beinhaltet nicht nur trockenes Zahlenwerk, sondern auch interessante Interviews und anschauliche Vergleiche: 2 Monate Duschen verbraucht beispielsweise ca. 2.500 Liter Wasser – die gleiche Wassermenge wie bei der Erzeugung eines Burgers! Eine Farm mit 2.500 Milchkühen produziert genauso viel Müll wie eine Stadt mit 411.000 Einwohnern!

> Cowspiracy“ wurde mit dem Publikumspreis auf dem Südafrikanischen Eco Film Festival 2015 bedacht und mit dem Preis für den „besten ausländischen Film“ beim zwölften Festival de films de Portneuf sur l‘environnement prämiert.

Soviel zum Klappentext, den die PR-Agentur versendet, welche die Vermarktung des Filmes unterstützt. Und der ist auch nicht falsch – davon konnte ich mich – dank Medien-Preview – selbst überzeugen und habe ihn deshalb unverändert als Einstieg übernommen. Wer einen Eindruck über die Folgen industrieller Landwirtschaft und die Macht derjenigen, die das betreiben, gewinnen möchte, ist nach meinem Eindruck bei diesem Film genau richtig.

„Cowspiracy“ transportiert das wichtige Thema Umweltzerstörung aufgrund der landwirtschaftlichen Ausbeutung der Natur sehr überzeugend. Er ist in meinen Augen emotional genug, um Menschen anzusprechen, die bis dato keinen Zugang zum Thema hatten, vermeidet aber die Härte von Filmen wie Earthling. Diese können Einsteiger meist nicht so gut verkraften. Mit „Cowspiracy“ kann man für das Thema sensibilisieren, ohne dass der Widerstand zu heftig wird.

Der Film geht pointiert auf die mangelnde Bereitschaft seitens der Umweltschutzorganisationen ein, die industrielle Landwirtschaft kritisch zu hinterfragen, eine Tatsache, die Umweltaktivisten vermutlich irritieren wird und – wie so oft – die Frage nach deren Finanzierung aufwirft. Ganz politisch inkorrekt – zumindest in den USA – und auch sehr mutig wird auf die Meinungsunterdrückung durch den US Patriot Act bis hin zur Lebensbedrohung von Aktivisten eingegangen.

Da auf der Webseite www.cowspiracy.com umfangreiche Quellenangaben zu finden sind, kann man die teilweise schier unglaublichen Fakten selbst überprüfen, was das Ganze sehr überzeugend macht. Allerdings muss ich gestehen, ich habe mir nicht die Zeit genommen, dies in Bezug auf alle genannten Informationen zu tun. Beim näheren Blick auf diese angegebenen Quellen bin ich allerdings auf zahlreiche gestoßen, die in meinen Augen zumindest kritisch hinterfragt werden sollten. Ob Weltbank, WorldWatch oder Huffington Post – hier bin ich über die Jahre etwas skeptisch geworden.

Was mir sofort negativ aufstieß, ist die Tatsache, dass in „Cowspiracy“ der wissenschaftlich heftig umstrittene, vom Mainstream aber „eindeutig belegte“ Klimawandel als unumstößliches Faktum dargestellt wird. Wenn sich die Wissenschaftler weltweit nicht einigen können, kann es sich nicht um ein unumstößliches Faktum handeln. Der Film beginnt damit – was zunächst den Eindruck einer reinen Mainstream-Dokumenation erweckt: nicht schlecht, aber auch nicht wirklich kritisch. Ein Eindruck, der dann im Laufe der knapp 90 Minuten verwischt, aber gegen Ende, wenn erneut der Klimawandel hervorgehoben wird, als ungutes Gefühl (zumindest bei mir) zurückkehrt.

Bei mir blieb der Eindruck zurück, dass von den Machern sehr viel Herz in dieser Dokumentation steckt und dass sie das, was sie vermitteln wollen, ehrlich meinen. „Cowspiracy“ hat mir Informationen geboten, die ich noch nicht kannte, obwohl ich mich schon länger mit diesen Themen beschäftige. Er war für mich ein Impuls, meine derzeitige Ernährung erneut zu hinterfragen, ohne allzu sehr mit dem erhobenen Zeigefinger zu arbeiten.

Der Film:

Trailer: *<www.youtube.com/watch?v=Rw4RS3b0XiI >*

Download oder DVD: *<http://www.cowspiracy.com>*

‹http://www.free21.org/?p=24103›

Publiziert auf Free21 am 28.09.2016, 21:29 Uhr, von Andrea Drescher

Die Bombardierung des Irak hinterließ **Erbe von missgebildeten Babys**

Erinnern Sie sich an Fallujah? Diese Stadt im Zentralirak war im Jahr 2004 Schauplatz von zwei wütenden Angriffen durch amerikanische Marines. Im Frühling bombardierten sie und schossen herum wie wild, um die Tötung und Verstümmelung von vier amerikanischen Söldnern zu rächen. Anstatt gegen die schätzungsweise 2.000 Insurgenten vorzugehen, machten die Marines die 300.000 Einwohner zählende Stadt fast dem Erdboden gleich, ohne sie zu erobern.

von Haroon Siddiqui

Erinnern Sie sich an Fallujah? Diese Stadt im Zentralirak war im Jahr 2004 Schauplatz von zwei wütenden Angriffen durch amerikanische Marines. Im Frühling bombardierten sie und schossen herum wie wild, um die Tötung und Verstümmelung von vier amerikanischen Söldnern zu rächen. Anstatt gegen die schätzungsweise 2.000 Insurgenten vorzugehen, machten die Marines die 300.000 Einwohner zählende Stadt fast dem Erdboden gleich, ohne sie zu erobern. Sieben Monate später unternahmen sie einen neuen Angriff mit Artillerie und Bomben in einer Art und Weise, die als der blutigste innerstädtische Kampf von Amerikanern seit dem Vietnamkrieg beschrieben wurde.

Erinnern Sie sich an Basra? Diese Stadt im Süden des Irak hat gelitten seit dem ersten Golfkrieg 1991. Radioaktive Rückstände von den 800 Tonnen Bomben und einer Million Geschosse zeigten sich bald in Babies, die geboren wurden mit großen Köpfen, abnormal großen Augen, verstümmelten Armen, aufgeblähten Bäuchen und defekten Herzen. Später in den 1990ern wurde Basra im Rahmen der Aufrechterhaltung der flugfreien Zone gegen Saddam Hussein angegriffen. Neuerlich angegriffen wurde es im Rahmen des amerikanisch-britischen Einmarsches 2003 und der nachfolgenden Okkupation.

Jetzt sehen wir, dass die Kinder von Fallujah und Basra in einem erschreckend steigenden Ausmaß an Geburtsdefekten leiden, hauptsächlich verursacht durch die Metalle, die von Bomben, Kugeln und Geschossen stammen – der Staub gelangt in Nahrungsmittel, Wasser, Luft, Boden und Feldfrüchte.

Eine vor kurzem erfolgte Untersuchung durch einen Umwelttoxikologen der Universität von Michigan führt die Defekte zurück auf hohe Werte von Blei, Quecksilber und anderen Schadstoffen in den Körpern beider Elternteile und deren betroffenen Kindern.

Sie unterstreicht, was entsetzte Ärzte des Krankenhauses von Fallujah seit 2005 berichtet haben. Im September 2009 hatten sie die UNO ersucht, zu untersuchen, warum ein Viertel der 170 dort in diesem Monat geborenen Babies innerhalb von sieben Tagen gestorben sind und warum horrende 75% der toten Babies Missbildungen aufwiesen.

Der „Highway of Death" in Irak, 1991. Radioaktive Rückstände von den insgesamt 800 Tonnen Bomben und einer Million Geschosse in der Region zeigten sich bald an Babys, die mit Geburtsdefekten geboren wurden (Foto: Staff Sgt. Dean Wagner, US Departement of Defense)

2010 berichtete die Universität von Ulster, dass die Zuwächse bei angeborenen Geburtsdefekten, Leukämie und Kindersterblichkeit in Fallujah höher waren als die 1945 in Hiroshima und Nagasaki.

Später im selben Jahr veröffentlichte Mozhgan Savabieasfahani von der Schule für Öffentliche Gesundheit der Universität in Michigan eine epidemiologische Studie, in der ebenfalls erschreckende Anteile von Geburtsschäden bei Kindern in Fallujah nachgewiesen wurden.

Seit damals haben sie und ihr Team von Ärzten im Irak und im benachbarten Iran ihre Untersuchungen in Fallujah und Basra ausgeweitet. Im vergangenen Monat veröffentlichten sie ihre Ergebnisse im Bulletin of Environmental Contamination (Umweltvergiftung) and Toxicology.

Sie untersuchten 56 Familien aus dem Krankenhaus von Fallujah und tausende von Akten der Abteilung für Geburtshilfe und Gynäkologie im Entbindungsspital von Basra.

Zwischen 2004 und 2006 führte fast die Hälfte der Schwangerschaften in diesen Familien in Fallujah zu Fehlgeburten. Zwischen 2007 und 2010 hatte über die Hälfte der in diesen Familien geborenen Kindern den einen oder anderen Geburtsdefekt (im Vergleich zu weniger als 2% in 2000). Die Missbildungen umfassten Herzdefekte, missgebildete oder fehlende Glieder, Wolfsrachen, geschwollene Köpfe, Einäugigkeit, aufgeblähte Bäuche und Organe, die aus defekten Unterleiben herausquollen.

> „Es ist eindeutig bewiesen, dass die horrenden Anstiege bei Geburtsdefekten im Irak auf neurotoxische Metallverseuchung aufgrund der wiederholten Bombardierungen zurückzuführen sind. Es gibt keine andere Erklärung.

Bei den Kindern mit Geburtsschäden waren die Bleiwerte fünfmal und die Quecksilberwerte sechsmal höher als bei normalen Kindern.

In Basra stiegen die Geburtsdefekte 2003 auf 23 pro 1.000 Geburten, eine 17-fache Steigerung seit 1994.

Die Quecksilberwerte bei Kindern mit Defekten waren dreimal so hoch wie bei normalen Kindern. Der Zahnschmelz des Milchgebisses eines Kindes mit Geburts-

schäden wies nahezu dreimal so hohe Bleiwerte auf als die Zähne von Kindern in anderen Gebieten. Ihre Eltern wiesen 1,4mal höhere Bleiwerte im Zahnschmelz auf im Vergleich zu Eltern von normalen Kindern.

Mit Sicherheit kann man sagen, dass die Daten das epidemische Ausmaß untertreiben, sagt Savabieasfahani. Viele Eltern neigen dazu, ihre Kinder mit Defekten und Abnormitäten zu verstecken.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs versuchen, von derartig vernichtenden Studien abzulenken, indem sie sagen, sie „wüssten nichts davon" oder dass die Ergebnisse noch nicht endgültig sein dürften.

Frau Sabieasfahani sagte mir jedoch in einem Telefongespräch aus Ann Arbor, Michigan, dass es „einen klaren Fußabdruck von Metall in der Bevölkerung" von Fallujah und Basra gibt. „Es ist eindeutig bewiesen, dass die horrenden

Seit Jahrzehnten sind Babys in den Irak mit großen Köpfen, abnormal großen Augen, verstümmelten Armen, aufgeblähten Bäuchen und defekten Herzen geboren worden (Foto: Federaljack.com)

Anstiege bei Geburtsdefekten im Irak auf neurotoxische Metallverseuchung aufgrund der wiederholten Bombardierungen zurückzuführen sind. Es gibt keine andere Erklärung. Zum Beispiel gab es keinen Vulkanausbruch."

Inzwischen untersucht auch die Weltgesundheitsorganisation die Krisen nicht nur in Fallujah und Basra, sondern auch in sieben weiteren „Hochrisiko"-Städten im Irak. Ihr Bericht soll im kommenden Monat herauskommen.

Die Lektüre dieser Studien sollte für jeden verpflichtend sein, der sich noch immer darüber wundert, warum die arabische und muslimische Welt weiterhin so aufgebracht ist über Amerika und seine Alliierten.

Autor:

Haroon Siddiqui

Haroon Siddiqui ist ein kanadischer Journalist. Er erhielt 1983 den Preis National Newspaper Award und hat beim Press Trust of India und The Toronto Star gearbeitet.

Dieser Text wurde zuerst am 14. August 2016 auf antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_08_14_dieamerikanische.htm› veröffentlicht. Lizenz: (Antikrieg.com)

‹http://www.free21.org/?p=23497›

Dokumentation: **Deadly Dust**

Die Dokumentation von Frieder Wagner erzählt von einem Kriegsverbrechen: dem Einsatz der Uranmunition im Irak, im Bosnienkrieg und im Kosovo.

Ab 2003 drehte der Filmemacher Frieder Wagner über die Auswirkungen von Uranmunition die Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra", die in der WDR-Reihe „Die Story" ausgestrahlt wurde. Dafür erhielt er den Europäischen Fernsehpreis bei der ÖKOMEDIA 2004.

In seinem mit eigenen Mitteln finanzierten 93-minütigen Kinodokumentarfilm „Deadly Dust – Todesstaub" von 2007 beschreibt Wagner seine Recherchen zu dem Thema und insbesondere auch die Erfahrungen des Mediziners Siegwart Horst Günther, der seit 1991 den Gebrauch von abgereichertem Uran in Munition als Ursache des Golfkriegssyndroms und Missbildungen infolge von Gendefekten untersucht und beklagt. „Deadly Dust – Todesstaub" ist die wohl umfangreichste filmische Dokumentation über den Einsatz von Uranmunition und deren Folgen

Diese „Wunderwaffe der Alliierten durchdringt einen feindlichen Panzer wie ein Messer die Butter. Dabei verbrennt das radioaktive Uran, das zudem hochgiftig ist und eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren hat, zu winzigsten Nanopartikelchen. Eingeatmet können sie tödliche Krebstumore verursachen und den genetischen Code aller Lebewesen für viele Generationen deformieren. In den betroffenen Ländern sind dadurch inzwischen ganze Regionen unbewohnbar geworden.

Zerstörter Panzer im Irak.

Der deutsche Tropenarzt und Epidemiologe Dr. Siegwart-Horst Günther machte nach dem Golfkrieg 1991 als erster auf die verheerenden Folgen von solchen Urangeschossen aufmerksam und wurde dafür in Deutschland diskreditiert und verfolgt. Der Film begleitet ihn und seine amerikanischen Kollegen bei ihren Untersuchungen im Kosovo, in Bosnien und im Irak. Überall dort hatten amerikanische Truppen die gefährliche Uran-Munition eingesetzt.

Der Film zeigt bislang wenig bekannte Langzeitfolgen unter denen besonders die Kinder in den Kriegsgebieten zu leiden haben. Nach dem Ende des jüngsten Irak-Krieges entdeckten die Experten in der Umgebung von Basra kontaminierte Kriegsschauplätze, deren radioaktive Verseuchung die natürliche Erdstrahlung um das 20.000-fache übertrifft.

Quelle: Wikipedia und Filmbeschreibung

Uran-Munition.

15 Jahre 9/11: Die „vergessenen“ Fakten

Die Terroranschläge vom 11. September 2001, für die sich das Kürzel „9/11“ durchgesetzt hat, bleiben für jeden Journalisten und Autoren, der sich kritisch dazu äußert, ein Minenfeld. Auch 15 Jahre danach gilt: Wer Fragen oder Zweifel anmeldet, der wird in der Regel ohne Umschweife oder weitere Debatte zum „Verschwörungstheoretiker“ und damit gleichsam für „verrückt“ erklärt. Die amtliche Sicht auf 9/11 ist zu einem Dogma geworden.

von Paul Schreyer

Eine offene und kontroverse Debatte findet in den großen Medien bis heute nicht statt. Unter vier Augen meinte ein führender Journalist der Wochenzeitung „Die Zeit“ mir gegenüber vor zwei Jahren wörtlich, eine solche offene Debatte, in der unterschiedliche Sichtweisen zum 11. September zur Sprache kämen, würde „unsere Leser verunsichern“.

Unabhängig davon, was man von einer solchen Aussage halten mag, und welches journalistische Selbstbild darin aufscheint, sollte eines klar sein: Nicht jeder, der an der Richtigkeit der offiziellen Darstellung von 9/11 zweifelt, so wie sie von der US-Regierung verbreitet wurde, kann wohl ein „Spinner“ oder „verrückter Verschwörungstheoretiker“ sein. Wäre es so, dann hieße das, die offizielle Sichtweise sei in ALLEN ihren einzelnen Aspekten, Behauptungen und Schlussfolgerungen eine nicht hinterfragbare „endgültige Wahrheit“ – oder mit anderen Worten: ein Dogma.

Wer ehrlich genug ist, einzuräumen, dass die Bewertung der Hintergründe eines historischen Ereignisses keine ewige Wahrheit beanspruchen kann, sondern, so wie alle Bewertungen, ob nun in Politik oder Wissenschaft, auf Fakten fußt, deren Kenntnis, Verbreitung und Einschätzung sich mit der Zeit ändert, der wird auch zugestehen, dass nicht alle Zweifler zu Verrückten erklärt werden können. Ehrlicher wäre es, die Zweifel im Einzelnen zu untersuchen und ihre jeweilige Schlüssigkeit oder auch Unschlüssigkeit differenziert zu diskutieren. Davon sind wir heute leider immer noch weit entfernt.

Die Zerstörung von den zwei Zwillingstürmen am 11. September 2001 war nahezu absolut.

Das Dogma, demzufolge die von den USA verbreitete Interpretation der Ereignisse in allen ihren Einzelheiten die abschließende und endgültige Wahrheit sei, ist auch deshalb weiterhin so mächtig, weil es von vielen – gerade auch von vielen Journalisten – eben nicht als Dogma erkannt und benannt wird.

Gibt es „die“ Verschwörungstheoretiker?

Ein wichtiger und die Diskussion beherrschender Aspekt ist dabei, dass alle Menschen, die alternative Ansichten zu 9/11 vertreten, in den Medien häufig als homogene Gruppe betrachtet werden – eben als „die“ Verschwörungstheoretiker oder „die“ Skeptiker. Wie aber kann man Menschen, die zum Beispiel lediglich darauf hinweisen, dass einige Grundfragen rund um die Anschläge bis heute ungeklärt sind, mit anderen Menschen in einen Topf werfen, die – aus welchen Gründen auch immer – etwa behaupten, das World Trade Center sei mit einer Atombombe gesprengt worden oder es seien gar keine Flugzeuge in die Türme geflogen? Was bitte schön verbindet die Einen mit den Anderen? Es existieren da keine gemeinsam vertretenen Thesen und Ansichten. Verbunden werden diese Menschen allein durch ihre Abweichung von der offiziellen Sicht. Wenn aber schon eine solch minimale Gemeinsamkeit eine kollektive Gruppenzugehörigkeit begründen soll – und zwar eine, die dazu führt, dass insbesondere die vernünftigeren Fragen und Thesen von „Abweichlern“ überhaupt nicht diskutiert werden –, dann, so denke ich, haben wir es eindeutig mit einem Dogma zu tun, einem „verordneten Glaubenssatz“, der offenbar mit allen Mitteln verteidigt werden soll.

Lücken in der Untersuchung

Viele wichtige Fakten rund um die Anschläge sind auf seltsame Weise „vergessen“ oder überhaupt nie zur Kenntnis genommen worden – was man zunächst den Medien anlasten muss, die in Sachen 9/11 von Anfang durch eine weitgehend unkritische Wiedergabe offizieller Erklärungen „glänzten“. Einige dieser „vergessenen“ Fakten sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Vielen Menschen ist dabei unbekannt, dass die amtliche US-Untersuchungskommission zu den Anschlägen, die sogenannte „9/11 Commission“, einige wesentliche Aspekte der Anschläge von vornherein ausklammerte und gar nicht auf der Agenda ihrer Nachforschungen hatte. Vielen ist nicht bewusst, dass daher einige Kernfragen, etwa zur Finanzierung der Anschläge, bis heute überhaupt nicht offiziell untersucht worden sind. Es existiert zwar ein mehr als 500 Seiten langer Abschlussbericht, dessen Lücken aber sind bei näherer Betrachtung so atemberaubend, dass sich ein unbefangener Beobachter wundern mag, weshalb nach der Veröffentlichung des Berichtes im Jahr 2004 in den Medien kaum jemand kritische Fragen stellte – und auch bis heute nicht stellt.

Ich hoffe, dass die Verbreitung der im Folgenden präsentierten Fakten und Zusammenhänge die Debatte um 9/11 ein kleines Stück voranbringen kann. Es würde sehr helfen, wenn zumindest einige Journalistenkollegen nun, nach 15 (!) Jahren, den Mut aufbrächten, kritische Fragen zu stellen und es nicht weiterhin beim bequemen Diffamieren „der Verschwörungstheoretiker“ beließen. Ehrlich gesagt glaube ich daran jedoch nicht und denke eher, dass wahrschein-

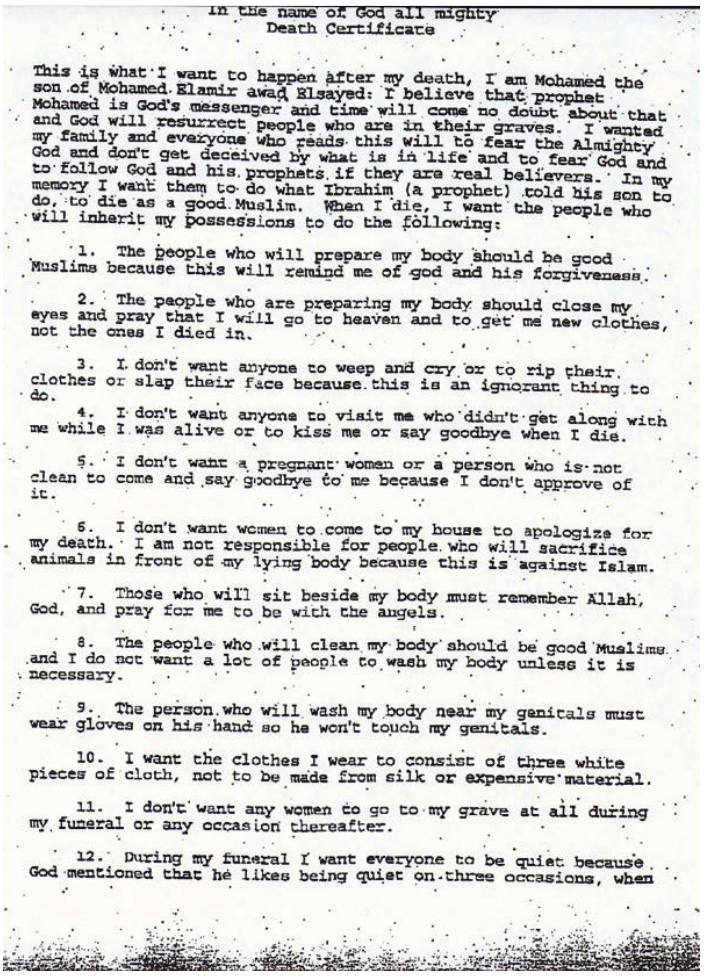
Publiziert auf Free21 am 01.10.2016, 20:16 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

lich erst ein Generationswechsel die öffentliche Debatte in Gang bringen kann. Doch wie dem auch sei: Am Ende hilft jeder Leser, der sich selbstständig informiert und mit Freunden und Bekannten darüber spricht.

1. Die offizielle Darstellung der Planung der Anschläge basiert auf Folterverhören. Stellt man die Frage, woher wir eigentlich wissen, wer für die Anschläge verantwortlich ist, so werden viele erwidern, Bin Laden selbst habe das doch öffentlich zugegeben. Schon an dieser Stelle wird es jedoch kompliziert. Fakt ist: Unmittelbar nach den Anschlägen gab es zunächst kein Bekennerschreiben. Bin Laden selbst dementierte stattdessen in mehreren öffentlichen Stellungnahmen im September 2001 seine Beteiligung an 9/11. Und anscheinend konnte in den ersten Wochen und Monaten niemand das Gegenteil beweisen. Die BBC berichtete im Oktober 2001:

„Es ist kein direkter Beweis bekannt geworden, der Osama Bin Laden mit den Anschlägen verknüpft. Bestenfalls handelt es sich um Indizien. (…) Diese werden nicht vor einem Gericht geprüft. Sie müssen lediglich Regierungen in aller Welt überzeugen, den US-geführten Krieg gegen den Terrorismus zu unterstützen, sowie in geringerem Umfang die Öffentlichkeit. Regierungsvertreter der USA und Großbritanniens haben angedeutet, dass sie aus Sicherheitsgründen nicht alle Beweise öffentlich machen können."

Dennoch fand das FBI belastendes Material. Unmittelbar nach den Anschlägen tauchten eine ganze Reihe von Indizien auf, zurückgelassen in einem Mietwagen am Flughafen sowie im Koffer des mutmaßlichen Anführers Mohammed Atta. Der Koffer war aus unerfindlichen Gründen nicht ins Flugzeug verladen worden. Er enthielt Attas Testament, einen Koran, sowie Videobänder mit Boeing-Fluganleitungen. Diese Funde schienen einige der 19 Männer mit den Flugzeugentführungen zu verknüpfen. Rätselhaft blieb dabei unter anderem, weshalb ein Selbstmordattentäter sein Testament in einen Koffer packte, von dem er annehmen musste, dass dieser zerstört werden würde. Auch einige Ermittler selbst hatten hier den Eindruck, einer absichtlich gelegten Spur zu folgen. Seymour Hersh, einer der renommiertesten Journalisten der USA, schrieb dazu Anfang Oktober 2001 im „New Yorker":



In the name of God all mighty
Death Certificate

This is what I want to happen after my death, I am Mohamed the son of Mohamed Elamir awad Elsayed: I believe that prophet Mohamed is God's messenger and time will come no doubt about that and God will resurrect people who are in their graves. I wanted my family and everyone who reads this will to fear the Almighty God and don't get deceived by what is in life and to fear God and to follow God and his prophets if they are real believers. In my memory I want them to do what Ibrahim (a prophet) told his son to do, to die as a good Muslim. When I die, I want the people who will inherit my possessions to do the following:

1. The people who will prepare my body should be good Muslims because this will remind me of god and his forgiveness.

2. The people who are preparing my body should close my eyes and pray that I will go to heaven and to get me new clothes, not the ones I died in.

3. I don't want anyone to weep and cry or to rip their clothes or slap their face because this is an ignorant thing to do.

4. I don't want anyone to visit me who didn't get along with me while I was alive or to kiss me or say goodbye when I die.

5. I don't want a pregnant women or a person who is not clean to come and say goodbye to me because I don't approve of it.

6. I don't want women to come to my house to apologize for my death. I am not responsible for people who will sacrifice animals in front of my lying body because this is against Islam.

7. Those who will sit beside my body must remember Allah, God, and pray for me to be with the angels.

8. The people who will clean my body should be good Muslims and I do not want a lot of people to wash my body unless it is necessary.

9. The person who will wash my body near my genitals must wear gloves on his hand so he won't touch my genitals.

10. I want the clothes I wear to consist of three white pieces of cloth, not to be made from silk or expensive material.

11. I don't want any women to go to my grave at all during my funeral or any occasion thereafter.

12. During my funeral I want everyone to be quiet because God mentioned that he likes being quiet on three occasions, when

Atta's in arabisch verfasstes Originaltestament ist vom FBI nie freigegeben worden, stattdessen hat man diese englische Übersetzung veröffentlicht.

„Viele der Ermittler gehen davon aus, dass einige der zunächst entdeckten Hinweise zu den Identitäten der Terroristen und ihren Vorbereitungen, wie etwa die Fluganleitungen, gefunden werden sollten. Ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstbeamter sagte mir: ‚Die Spuren wurden absichtlich gelegt – damit das FBI ihnen folgt.'"

Abgesehen von diesen Funden ermittelte man, dass ein paar der Männer ein militärisches Training in Afghanistan absolviert hatten und dass einige auf Flugschulen in den USA eingeschrieben gewesen waren. Der klare Beweis für einen von Bin Laden organisierten Selbstmordplan fehlte jedoch weiterhin. Dazu zitierte Seymour Hersh Beamte der US-Regierung:

„‚Diese Leute müssen nicht alle von Bin Laden sein', sagte mir ein Beamter des Justizministeriums. ‚Wir überprüfen noch vieles.' Am 23. September hatte Außenminister Colin Powell erklärt, dass ‚wir der Welt und dem amerikanischen Volk einen überzeugenden Fall präsentieren werden', der Bin Ladens Verantwortung für die Anschläge zeige. Doch das allgemein erwartete Papier konnte, so der Beamte des Justizministeriums, aus Mangel an harten Beweisen nicht veröffentlicht werden. ‚Es reichte einfach nicht aus.'"

Die Hypothese eines von Bin Laden erdachten Selbstmordplans wurde erstmals gestützt durch ein vom Pentagon im Dezember 2001 veröffentlichtes Video, auf dem sich Bin Laden, einer Übersetzung der US-Regierung zufolge, mit der Planung der Anschläge brüstete. Eine Neuübersetzung, in Auftrag gegeben von einem Reporterteam der ARD, konnte dies jedoch nicht bestätigen. Darüberhinaus ist das Video von amerikanischen Strafverfolgungsbehörden selbst nie offiziell als Beweis für eine Verantwortung Bin Ladens angesehen worden. In diesem Sinne betonte auch FBI-Direktor Robert Mueller sieben Monate nach den Anschlägen, im April 2002:

„Die Flugzeugentführer hinterließen keine Dokumente. In unserer Untersuchung haben wir nicht ein einziges Blatt Papier gefunden, das irgendeinen Aspekt des 9/11-Plans erwähnte – weder hier in den USA, noch in dem Schatz von Informationen, der in Afghanistan und anderswo auftauchte."

Ebenfalls im April 2002 tauchte erstmals ein Video eines der mutmaßlichen Attentäter auf, aufgenommen offenbar Monate vor den Anschlägen. Darin wurde in martialischen Worten verkündet, dass man die „Ungläubigen" von der arabischen Halbinsel vertreiben und auch Amerikaner töten müsse. Ein konkreter Bezug zu 9/11 war nicht enthalten. Ähnliche Videos anderer mutmaßlicher 9/11-Attentäter erschienen im September 2002, sowie zu den folgenden Jahrestagen der Anschläge – ausgestrahlt jeweils vom arabischen Sender Al Jazeera. Keine der Aussagen auf diesen „Märtyrer-Videos" offenbarte allerdings Täterwissen oder kündigte die Anschläge konkret an. Dafür hatten die Filmproduzenten in den Bildhintergrund der Videos nachträglich digital die explodierenden Türme des World Trade Centers und ähnliche Symbole für 9/11 hineinkopiert – was zwar suggestiv wirkte, aber ohne jede Beweiskraft für die Beteiligung der entsprechenden Personen an den Anschlägen war. Ausgerechnet von den mutmaßlichen Piloten tauchten zudem

Publiziert auf Free21 am 01.10.2016, 20:16 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

keine solchen „Märtyrer-Videos“ auf, obwohl die doch eine führende Rolle gespielt haben sollten.

Der nächste größere Versuch, die Verantwortung von Bin Laden und Al Qaida zu belegen, erfolgte zum ersten Jahrestag der Anschläge, im September 2002. Wiederum über Al Jazeera wurde nunmehr lediglich eine Tonaufnahme veröffentlicht, auf der sich angeblich die Drahtzieher der Anschläge, Ramzi Binalshibh und Khalid Scheich Mohammed, zu der Tat bekannten. Der Fernsehproduzent Yosri Fouda berichtete, wie er die beiden in Pakistan konspirativ für ein Interview getroffen hätte. Im Nachhinein verstrickte sich Fouda jedoch in massive Widersprüche, was Zeitpunkt und Umstände dieses Interviews betraf. Auch diese Tonaufnahme sowie Foudas Aussage selbst wurden zu keinem Zeitpunkt von US-Strafverfolgungsbehörden als Beweismittel angesehen.

Was also sind die Beweise für einen Bin Laden-Plot? Tatsächlich basiert die offiziell akzeptierte These der Verantwortung von Al Qaida, wie sie im 9/11 Commission Report aus dem Jahr 2004 dargelegt wird, auf den Aussagen mehrerer Männer, die von den Behörden in Pakistan festgenommen wurden: Abu Subaida (Festnahme im März 2002), sowie die bereits erwähnten Ramzi Binalshibh (Festnahme im September 2002) und Khalid Scheich Mohammed (Festnahme im März 2003).

Deren Aussagen – und keine wie auch immer gearteten Videos – bilden die Grundlage der offiziellen Theorie zur Planung und Durchführung der Anschläge. Der 9/11 Commission Report basiert wesentlich auf den Geständnissen dieser drei Männer. Subaida etwa wird namentlich auf 31 Seiten des Commission Reports erwähnt, Binalshibh auf 50 Seiten, und Khalid Scheich Mohammed (abgekürzt „KSM“) sogar auf 99 Seiten. Die Erläuterungen des Reports zur Planung der Terroranschläge sind voll von Formulierungen wie „KSM behauptet, dass …“, „KSM zufolge …“, „KSM bestand gegenüber seinen Vernehmern darauf, dass …“ und so weiter. Die 9/11 Commission hatte allerdings keine Möglichkeit, diese Aussagen zu überprüfen, da sie keinen Zugang zu den Gefangenen hatte. Den Ermittlern der Commission wurde nicht einmal erlaubt, mit den Vernehmern zu sprechen (9/11 Commission Report, S. 146 ff). Als der Vizevorsitzende Lee Hamilton schließlich im Dezember 2003 CIA-Chef George Tenet persönlich aufsuchte, um nachdrücklich den Zugang der Commission zu diesen Hauptzeugen einzufordern, erhielt er eine deutliche Antwort:

„Lee, Du wirst keinen Zugang zu ihnen bekommen. Es wird nicht passieren. Nicht einmal der Präsident der Vereinigten Staaten weiß, wo diese Leute sind. Und er hat keinen Zugang zu ihnen. Und Du wirst keinen Zugang zu ihnen erhalten.“ (Philip Shenon, „The Commission“, New York, 2008, S. 181–182; Thomas Kean / Lee Hamilton, „Without Precedent“, New York, 2006, S. 120–124)

Währenddessen wurden Subaida, Binalshibh und Mohammed in Geheimgefängnissen versteckt, wo man sie schwer folterte. Ihren Geständnissen kann somit kaum Glaubwürdigkeit beigemessen werden. Es dauerte mehrere Jahre, bis sich in den USA ein renommierter Journalist fand, der diesen Skandal thematisierte. Im Bericht von Robert Windrem vom amerikanischen TV-Sender NBC aus dem Jahr 2008 heißt es:

„Eine Analyse von NBC News zeigt, dass mehr als ein Viertel aller Fußnoten des 9/11 Reports auf CIA-Verhöre von Al Qaida-Mitgliedern verweist, die den inzwischen strittigen Verhörmethoden ausgesetzt wurden. Tatsächlich basieren die entscheidendsten Kapitel des Reports, zur Planung und Ausführung der Anschläge, im Kern auf Informationen aus diesen Verhören.“

Dies ist ein immer noch wenig bekannter Hintergrund der Folterverhöre: Sie dienten ausdrücklich – und sehr erfolgreich – der Schaffung einer konstruierten Story zur Erklärung der Anschläge gegenüber der Öffentlichkeit. Bis heute werden die gefolterten Hauptzeugen Abu Subaida, Ramzi Binalshibh und Khalid Scheich Mohammed hermetisch von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Sie fristen ihr Dasein weiter und auf unbestimmte Zeit im Lager Guantánamo.

2. Der Nato-Bündnisfall wurde im Oktober 2001 erklärt – und gilt bis heute, ohne dass von der US-Regierung entsprechende Beweise vorgelegt wurden. Der gemeinsame Vertrag des nordatlantischen Militärbündnisses sieht in Artikel 5 vor, dass ein bewaffneter Angriff auf einen der Mitgliedsstaaten automatisch die übrigen Länder zum militärischen Beistand verpflichtet. Hintergrund dieser Klausel war ursprünglich zu Zeiten des Kalten Krieges ein etwaiger Angriff der Sowjetunion.

Die Erklärung des Bündnisfalls setzt folgerichtig voraus, dass ein NATO-Staat von außen angegriffen wird. Die Legitimität des Bündnisfalls hängt somit im Kern davon ab, ob 9/11 tatsächlich ein Angriff aus dem Ausland war. Ein großer Terroranschlag einer wie auch immer zusammengesetzten Gruppe aus dem Inland reicht nicht aus, um sämtliche Alliierten zum Krieg zu verpflichten.

> NATO-Generalsekretär Robertson hatte schon vorgebaut und verlauten lassen, zur Erklärung des Bündnisfalls sei es gar nicht notwendig, dass die USA Beweise vorlegten. Es reiche aus, wenn die Regierung in Washington mitteile, dass die Anschläge aus dem Ausland organisiert wurden.

Da aber am 11. September ausschließlich Inlandsflüge entführt wurden, und die mutmaßlichen Attentäter vorher auch für längere Zeit in den USA gelebt hatten, konnte man kaum automatisch einen Angriff von außen unterstellen. Die internationale Öffentlichkeit wartete daher gespannt auf die entsprechenden Beweise der amerikanischen Regierung. Wie bereits erwähnt, hatte Außenminister Powell knapp zwei Wochen nach den Anschlägen angekündigt, „der Welt und dem amerikanischen Volk einen überzeugenden Fall“ zu präsentieren – was dann aber doch nicht geschah.

Ende September 2001 reiste der stellvertretende Pentagon-Chef Paul Wolfowitz nach Brüssel, um die übrigen 18 NATO-Verteidigungsminister bei einem informellen Treffen über die weiteren Pläne Washingtons zu informieren. Doch auch er legte keinerlei Beweise für eine Verantwortung Bin Ladens vor.

Am 2. Oktober wiederholten die USA gegenüber den in Brüssel versammelten Verteidigungsministern der Allianz, dass Bin Laden definitiv hinter den Anschlägen stecke. Daraufhin erklärte NATO-Generalsekretär George Robertson formal den Bündnisfall. Robertson sprach im Anschluss vor der Presse von „zwingenden Beweisen“ – ohne diese jedoch zu nennen. In einer offiziellen schriftlichen Stellungnahme der NATO vom gleichen Tag hieß es unscharf, die präsentierten Informationen wiesen „schlüssig auf eine Rolle der Al Qaida“ bei den Anschlägen. Man habe festgestellt, dass der Angriff „aus dem Ausland geführt“ worden sei. Wiederum gab es jedoch keine weiteren Details.

„Neue Beweise für Bin Ladens Schuld nur ein Bluff?“ titelte Spiegel Online dazu noch am gleichen Tag – und präsentierte die dürftigen Ergebnisse seiner eigenen Recherchen bei den Behörden:

„Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bemüht sich derzeit um die Übergabe der US-Beweisdokumente. Noch liegt bei der Behörde kein Material vor, das beweist, dass Osama Bin Laden hinter den Anschlägen in den USA steckt. Sprecherin Frauke-Katrin Scheuten sagte dazu: ‚Wir gehen davon aus, dass wir die Unterlagen bald bekommen.‘“

Doch NATO-Generalsekretär Robertson hatte schon vorgebaut und verlautenlassen, zur Erklärung des Bündnisfalls sei es gar nicht notwendig, dass die USA Beweise vorlegten. Es reiche aus, wenn die Regierung in Washington mitteile,

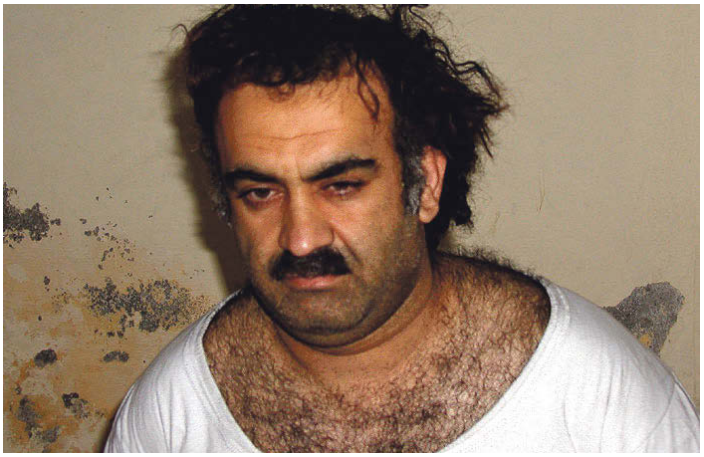
dass die Anschläge aus dem Ausland organisiert wurden.

3. Börsenwetten weisen auf die Täter – Aufklärung: Fehlanzeige. In den Tagen unmittelbar vor dem 11. September 2001 fanden an den internationalen Börsen mutmaßlich Insidergeschäfte statt, die ein Vorwissen der Anschläge nahelegen. Es wurde massiv auf fallende Kurse von Unternehmen gewettet, die durch die Anschläge später in Mitleidenschaft gezogen werden, wie zum Beispiel die beiden von den Entführungen betroffenen Fluggesellschaften „United Airlines" und „American Airlines". Die US-Börsenaufsichtsbehörde hatte diese Geschäfte später untersucht, die Details ihrer Ermittlungsergebnisse aber nie veröffentlicht.

Auch der damalige Bundesbankpräsident Ernst Welteke äußerte sich kurz nach den Anschlägen entsprechend. Einem Bericht der Washington Post vom September 2001 zufolge sagte er, dass Mitarbeiter der Bundesbank auf „fast unwiderlegbare Beweise von Insiderhandel" gestoßen seien, er aber noch keine Details nennen wolle, da er sich zunächst „mit den Aufsichtsgremien anderer Länder absprechen" würde. Weitere Details wurden nie öffentlich gemacht.

Der 9/11 Commission Report äußert zu dieser Frage lediglich in einer Fußnote, dass einem der entsprechenden Investoren „keine erkennbaren Verbindungen zu Al Qaida" nachzuweisen wären und die verdächtigen Börsenwetten allesamt „harmlos" wären, sowie nicht in Beziehung zu den Anschlägen stünden (S. 499, Fußnote 130).

Abgesehen von der in dieser Aussage enthaltenen Vorfestlegung, dass ein möglicher Insiderhandel in jedem Fall zu Al Qaida zurückverfolgbar sein müsse, legen unabhängige Untersuchungen, zum Beispiel von Finanzwissenschaftlern der Universität Zürich, ganz im Gegenteil nahe, dass es offenbar tatsächlich informierte Spekulationsgeschäfte kurz vor 9/11 gab. Prof. Marc Chesney, Vizedirektor des Instituts für Banking und Finance an der Universität Zürich und Leiter einer entsprechenden mehrjährigen Untersuchung, erklärte dem Autor dieses Textes gegenüber, dass er sich die fehlende Berichterstattung dazu nur damit erklären könne, dass den meisten Journalisten das Thema offenbar zu heikel sei.



Der „Chefplaner" der Terroranschläge am 11. September 2001, Khalid Sheikh Mohammed – wurde 183 mal gefoltert, bevor er die Anschläge zugegeben hat.

4. Die Finanzierung der Anschläge wurde laut 9/11 Commission Report überhaupt nicht untersucht. Nicht ermittelt und öffentlich gemacht wurde auch, wer die Anschläge selbst eigentlich finanzierte. Bis heute ist unklar, woher die Geldmittel dazu kamen. Der 9/11 Commission zufolge wurden für die Vorbereitung der Anschläge zwischen 400.000 und 500.000 Dollar ausgegeben. Im Commission Report heißt es dazu auf Seite 172: „Die US-Regierung war nicht in der Lage, den Ursprung des Geldes zu ermitteln, das für die Anschläge von 9/11 benutzt wurde." Der Report ergänzt diese Feststellung mit der überraschenden Behauptung, dass diese Frage „letztlich von geringer praktischer Bedeutung" sei.

5. Während der Anschläge fand zeitgleich ein Militärmanöver statt, bei dem eine Flugzeugentführung „geprobt" werden sollte. Am Morgen des 11. September 2001 fand eine großangelegte Übung der Luftabwehr namens „Vigilant Guardian" statt. Die aktive Phase begann am 6. September, zunächst beschränkt auf 12 Stunden Übungsdauer pro Tag. Ab dem 10. September lief das Manöver dann rund um die Uhr. Am Morgen von 9/11 sah die Übung eine simulierte Flugzeugentführung vor. Einer der verantwortlichen Luftwaffenoffiziere an diesem Morgen war Major Kevin Nasypany. Er erinnerte sich folgendermaßen:

„Als sie mir sagten, dass es eine Flugzeugentführung gab, war meine erste Reaktion ‚Jemand hat die Übung vorverlegt.' Tatsächlich sagte ich laut: ‚Die Flugzeugentführung soll doch erst in einer Stunde sein.'"

Teil dieser fiktiven Flugzeugentführung und der Übung insgesamt war ein Simulationsteam, das virtuelle Radarsignale einspeiste, die auf den Bildschirmen der Luftabwehr angezeigt wurden, während man dort zugleich versuchte, auf die realen Entführungen zu reagieren. Dem Journalisten Michael Bronner wurden im Jahr 2006 bis dahin geheim gehaltene interne Tonbandaufzeichnungen durch das Militär zugänglich gemacht, auf denen die Arbeit der Luftabwehr-Offiziere akustisch dokumentiert ist. In Bezug auf die ersten Benachrichtigungen des Militärs über die Entführungen schrieb er:

„Die Frage ‚Ist das echt oder Übung?' ist beinahe wörtlich immer und immer wieder auf den Bändern zu hören. (…) Fast jeder im Raum nahm zuerst an, dass der Anruf vom Simulationsteam kam, das ‚Inputs' – simulierte Vorfälle – in die Übung einspeiste."

Nochmals zusammengefasst: Am Morgen des 11. September lief eine militärische Übung, die unter anderem eine Flugzeugentführung zum Inhalt hatte. Dazu existierte ein Simulationsteam, das zu Übungszwecken absichtlich falsche Informationen in das gleiche System einspeiste, mit dessen Hilfe parallel versucht wurde, Kampfjets zu den real entführten Flugzeugen zu schicken.

Im 9/11 Commission Report wird diese Übung lediglich knapp in einer Fußnote im kleingedruckten Anhang erwähnt (Seite 458, Fußnote 116), wo es heißt, dass die Reaktion des Militärs durch das Manöver nicht behindert worden sei. Die hier geschilderten Umstände werden im Untersuchungsbericht nicht erwähnt.

Darüber hinaus bleibt es eine irritierende Tatsache, dass viele der größten Terroranschläge der letzten 15 Jahre in enger zeitlicher Nähe zu Manövern stattfanden, bei denen Szenarien durchgespielt wurden, die dann immer wieder plötzlich real wurden. Die denkbaren Konsequenzen aus dieser wiederholten Gleichzeitigkeit wurden bislang kaum öffentlich diskutiert geschweige denn zufriedenstellend geklärt.

6. Al Qaida wurde vor 9/11 durch US-Geheimdienste unterwandert Unstrittig ist auch, dass die CIA mehrere der mutmaßlichen späteren Entführer bereits vor 9/11 aufgespürt hatte. Ziad Jarrah, mutmaßlicher Pilot von Flug 93, war auf Bitten der CIA wegen „seiner vermuteten Teilnahme an terroristischen Aktivitäten" im Januar 2000 in den Vereinigten Arabischen Emiraten von den dortigen Behörden gestoppt und befragt worden, wie Quellen in den Emiraten 2002 enthüllten. CNN berichtete:

„Geheimdienstquellen in den Emiraten und Europa erklärten gegenüber CNN, dass die Befragung Jarrahs in das Muster einer 1999 begonnenen CIA-Operation passt, bei der verdächtige Al Qaida-Leute verfolgt wurden, die durch die Vereinigten Arabischen Emirate reisten. Die Quellen teilten CNN mit, dass die Behörden

Publiziert auf Free21 am 01.10.2016, 20:16 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

der Emirate häufig im voraus von amerikanischen Stellen informiert wurden, welche Personen durch das Land reisen würden und wer befragt werden sollte."

Bereits im Jahr 1999 kannte die CIA auch die sogenannte „Hamburger Zelle" der 9/11-Entführer Mohammed Atta, Marwan al Shehhi und ihres Anwerbers Mohammed Zammar. Weiterhin kannte die CIA zwei entscheidende mutmaßliche 9/11-Entführer: Nawaf al Hazmi und Khalid al Midhar. Beide waren später angeblich an Bord des Flugzeuges, das ins Pentagon stürzte. Die CIA wurde 1999 durch einen Hinweis des saudischen Geheimdienstes auf diese Männer aufmerksam und ließ sie in der Folge bei einem Al Qaida-Strategietreffen in Malaysia im Januar 2000 überwachen. Danach reisten die Männer in die USA ein.

Das Antiterrorzentrum der CIA wusste, dass die beiden Al Qaida-Kämpfer in den Vereinigten Staaten waren. Trotzdem verbarg die CIA dieses Wissen für mehr als ein Jahr vor den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden (9/11 Commission Report, S. 266–272). Befragt nach dem Grund für diese Vertuschung, antwortete der langjährige Nationale Antiterror-Koordinator der US-Regierung Richard Clarke in einem Interview, das im Jahr 2011veröffentlicht wurde:

„Als Cofer Black [im Jahr 1999; P.S.] zum Chef des Antiterrorzentrums der CIA wurde, da hatte der Geheimdienst keine Quellen innerhalb von Al Qaida. Er sagte mir: ‚Ich werde versuchen, Informanten innerhalb von Al Qaida zu bekommen'. Ich kann verstehen, wenn sie möglicherweise sagten: ‚Wir müssen Quellen innerhalb von Al Qaida aufbauen, aber wenn wir das tun, dann können wir niemandem davon erzählen.' Und ich kann verstehen, wie sie vielleicht diese zwei Leute in den USA auftauchen sehen und denken: ‚Aha, das ist unsere Chance, sie umzudrehen – das ist die Gelegenheit, Leute bei Al Qaida einzuschleusen. Und um das zu erreichen, dürfen wir niemanden außerhalb der CIA einweihen, so lange, bis wir sie haben und bis sie uns wirklich Informationen liefern.' (…) Wir nehmen daher an, dass es eine Weisung auf höchster Ebene der CIA gab, diese Information nicht auszutauschen. (…) Sie haben uns alles gesagt. Außer dieser Sache."

Abseits und unabhängig von der CIA existierte außerdem ein geheimes militärisches Programm namens „Able Danger", das Al Qaida analysieren, infiltrieren und manipulieren sollte. Diese Gemeinschaftsoperation des Militärgeheimdienstes DIA und des US-Spezialkräftekommandos startete 1999. Im Jahr 2000 hatte das Programm vier der zukünftigen mutmaßlichen 9/11-Entführer aufgespürt und als Teil einer Al Qaida-Zelle in den USA identifiziert – Mohamed Atta, Marwan al Shehhi, Nawaf al Hazmi und Khalid al Midhar.

Das US-Militär hatte also ebenfalls Hazmi und Midhar als Al Qaida-Kämpfer erkannt – ohne die CIA und unabhängig von ihr, während diese offenbar gleichzeitig versuchte, die beiden als Agenten anzuwerben. Oberst Anthony Shaffer, einer der Offiziere des „Able Danger"-Programms, beobachtete, wie die CIA im Verborgenen um exklusiven Zugang kämpfte. Er war überzeugt, dass der Geheimdienst sich verzweifelt bemühte, Al Qaida zu unterwandern. „Im Grunde stahlen sie unsere Quellen", sagte Shaffer später. „Sie schauten gewissermaßen von außen hinein. Ich denke, wir hatten bessere Zugänge als sie, und deshalb wollten sie unsere Hauptquelle abschalten und deren Unteragenten für sich selbst nutzen."

In einem 2013 veröffentlichten Bericht der Journalisten Paul Church und Ray Nowosielski, der auf den Aussagen Shaffers beruht, heißt es:

„Nachdem die CIA erfolgreich genügend Quellen vom Hauptagenten der DIA abgeworben hatte, wollte sie die DIA komplett loswerden. Im September oder Oktober 2000 musste sich Shaffers Boss, Armeegeneral Bob Hardy Jr., in einer vertraulichen Sitzung des parlamentarischen Geheimdienstausschusses mit dem CIA-Direktor messen. Shaffer bezeichnete dies als ‚einen entscheidenden Schlagabtausch.'"

In Folge dessen wurde Anfang des Jahres 2001, nur wenige Monate vor 9/11, das „Able Danger"-Programm, das Al Qaida infiltrieren und manipulieren sollte, abgeschaltet. Offenbar wollte die CIA um jeden Preis vermeiden, dass ihr ein anderer konkurrierender Geheimdienst bei der Unterwanderung von Al Qaida in die Quere kam.

7. Die Bildung einer Schattenregierung unmittelbar nach 9/11 wurde nicht untersucht. Am Morgen des 11. September wurde erstmals in der Geschichte der USA das sogenannte „Continuity of Government"-Programm (COG) ausgelöst, das im Fall eines Krieges oder einer großen Naturkatastrophe dafür sorgen soll, dass die Regierungsgeschäfte weiterlaufen, selbst wenn etwa die Hauptstadt Washington komplett zerstört sein würde. Das COG-Programm, ein Erbe des Kalten Krieges, sieht dafür die umgehende Etablierung einer Schattenregierung vor, die parallel und außerhalb von Washington arbeitet. Am 11. September um kurz vor 10 Uhr, nach dem Einschlag des dritten Flugzeuges im Pentagon, gab Vizepräsident Dick Cheney dafür den Startbefehl.

Fast nichts ist bekannt über den Inhalt des Planes und die konkreten Folgen seiner Aktivierung. Die Geheimhaltung in diesem Zusammenhang hat groteske Ausmaße. Allein schon die einfache Tatsache, dass der COG-Plan am 11. September überhaupt ausgelöst worden war, blieb monatelang verborgen. Nach einzelnen Hinweisen in der Presse brachte die Washington Post erst im Frühjahr 2002 einen ausführlichen Bericht mit dem Titel: „Schattenregierung arbeitet im Geheimen". Darin hieß es, im Rahmen des Notfallplans seien seit dem 11. September etwa 100 Beamte verschiedener Behörden außerhalb von Washington im Verborgenen tätig:

„Beamte, die zum ‚Bunkerdienst' – wie einige von ihnen es nennen – eingeteilt werden, leben und arbeiten 24 Stunden am Tag unter der Erde, getrennt von ihren Familien. Da man sich für lange Zeit einrichtet, hat die Schattenregierung inzwischen die meisten ihrer ursprünglichen Mitarbeiter nach Hause geschickt, und ersetzt die Beamten in der Regel nach 90 Tagen. (…) Die Administration im Wartestand, die intern als COG – ‚Continuity of Government' – bezeichnet wird, ist ein verschwiegenes Gegenstück zur bestätigten Abwesenheit Vizepräsident Cheneys, der für einen großen Teil der vergangenen fünf Monate nicht in Washington war. Cheneys Überleben sichert die verfassungsgemäße Nachfolge, meinte ein Beamter, aber ‚er kann das Land nicht allein regieren'. Mit einer Kerntruppe von Behördenmanagern an seiner Seite ist Cheney – oder Präsident Bush, wenn verfügbar – in der Lage, seine Anweisungen auch umzusetzen."

Am Morgen des 11. September wurde erstmals in der Geschichte der USA das sogenannte „Continuity of Government"-Programm (COG) ausgelöst, das im Fall eines Krieges oder einer großen Naturkatastrophe dafür sorgen soll, dass die Regierungsgeschäfte weiterlaufen, selbst wenn etwa die Hauptstadt Washington komplett zerstört sein würde. Das COG-Programm, ein Erbe des Kalten Krieges, sieht dafür die umgehende Etablierung einer Schattenregierung vor, die parallel und außerhalb von Washington arbeitet.

Doch welche Anweisungen gab Cheney während der Aufenthalte im Bunker seiner merkwürdigen „Schattenregierung"? Und auf welcher Grundlage wurde diese Notstandsmaßnahme auf quasi unbegrenzte Zeit verlängert? Das Weiße Haus war ja nicht durch Bomben ausgelöscht worden, der Präsident lebte und seine Regierung war handlungsfähig. Wozu also brauchte man permanent ein zweites Geheimkabinett?Nachdem diese Dinge im Frühjahr 2002 teil-

(Foto: 911-questions.com)

weise öffentlich wurden, meldeten sich führende Politiker der Legislative erstaunt zu Wort. Wie sich herausstellte, waren weder Senat noch Repräsentantenhaus über die Aktivierung von COG und die Arbeit einer „Schattenregierung" an einem geheimen Ort im Bilde, man hatte das Parlament einfach übergangen.

Ähnlich erging es später der 9/11-Commission. Sie erwähnte in ihrem Abschlussbericht von 2004 zwar die Aktivierung des Plans am 11. 9., räumte aber ein, dass sie den gesamten Vorgang nicht näher untersucht habe. Man sei lediglich über die „allgemeine Art" des Plans unterrichtet worden (9/11 Commission Report, S. 555).

Unmittelbare Folge von 9/11 war der nur einen Monat später verabschiedete „USA PATRIOT Act", ein Gesetzespaket mit weitreichendem Inhalt, das es unter anderem ermöglichte, ausländische Terrorverdächtige ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit einzusperren. Damit schuf die Regierung die Grundlage für das System Guantánamo, das zu US-Geheimgefängnissen in aller Welt führte. Auch das Abhören der eigenen Bürger sowie der Einsatz von Geheimdiensten im Inland wurde durch das neue Gesetzespaket erleichtert.

Zwei einflussreiche Gegner dieser Änderungen waren Tom Daschle, Mehrheitsführer im Senat, und Patrick Leahy, Vorsitzender des Justizausschusses. Beide erhielten Drohbriefe mit tödlichen Milzbranderregern, deren Quelle bis heute nicht zweifelsfrei geklärt ist. Daschle und Leahy gaben daraufhin ihren Widerstand auf und stimmten dem Gesetzespaket zu.

Die unter Hochdruck beschlossenen Maßnahmen ähnelten in ihrer Radikalität Notverordnungen während eines Ausnahmezustands. Mit COG vertraute Regierungsmitarbeiter deuteten nach 9/11 an, dass der Plan tatsächlich den offiziellen Ausnahmezustand hätte auslösen können – wenn neben den Attacken auf das World Trade Center und das Pentagon an diesem Tag auch eine größere Zahl von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern getötet worden wäre.

Ist es in diesem Zusammenhang nur ein Zufall, dass das vierte Flugzeug am 11. September Washington angesteuert hatte und dort das Capitol oder das Weiße Haus treffen sollte? Die naheliegende Frage lautet: Sollte der 11. September womöglich für eine Art verdeckten Staatsstreich benutzt werden, der in seiner Ausführung dann teilweise gescheitert war? 9/11 ermöglichte praktisch die Einführung von Notstandsmaßnahmen, die Schwächung der Legislative, den Beginn mehrerer Kriege und die massive Erhöhung der Militärausgaben. An denkbaren Motiven für einen Coup herrscht also kein Mangel.

8. Die offiziellen Theorien zur Steuerung der Flugzeuge und zum Einsturz der Türme erscheinen nicht schlüssig. Bis hierhin könnte man skeptisch mutmaßen, dass eine radikale Fraktion innerhalb der US-Elite möglicherweise von den Anschlägen Kenntnis bekommen hatte und sie dann in zynischer Weise geschehen ließ, um das Ergebnis politisch ausbeuten zu können. Dieser Schlussfolgerung stehen allerdings einige weitere, für den gutwilligen Beobachter sehr unbequeme, Fakten im Weg.

Betrachtet man die präzisen Anflüge der entführten Maschinen auf ihre Ziele, also die Art ihrer Navigation, die Geometrie ihrer Routen, mithin konkrete physikalische Fakten, die sich überprüfen lassen, dann führt kaum etwas an der Schlussfolgerung vorbei, dass die Flugzeuge elektronisch ferngesteuert wurden. Aus Platzgründen beschränke ich mich hier auf diese – natürlich ungenügend – knappe Darstellung.

Ähnliches gilt für die Art des Zusammensturzes der 3 Türme des World Trade Centers. Alle drei Türme fielen nahezu symmetrisch. Gebäude 7 stürzte, offiziellen Angaben zufolge, während der ersten zwei Sekunden seines Zusammenbruchs mit Freifallbeschleunigung. Der Wolkenkratzer fiel damit die ersten 30 Meter ohne jeden Widerstand – eben im freien Fall. Die Zerstörung war nahezu absolut. Während des Fallens wurden alle drei Gebäude zu Staubwolken pulverisiert, die große Teile von Südmanhattan bedeckten. Die Stahlsäulen, auch aus dem inneren Kern der Türme, zerlegten sich fast vollständig.

Der amtlichen Darstellung zufolge waren einfache Bürobrände die Ursache dieser perfekten Zerstörung. Das für die offizielle Untersuchung der Einstürze eingesetzte National Institute of Standards and Technology räumte jedoch in einer Fußnote seines 300 Seiten starken Abschlussberichts überraschenderweise ein, dass seine Untersuchung sich auf den „Zeitablauf vom Einschlag der Flugzeuge bis zum Beginn des Zusammenbruchs jedes Turms" konzentrierte und sie daher „kaum Analysen des strukturellen Verhaltens der Türme nach dem Beginn des Zusammenbruchs" enthielt. (Quelle: NIST NCSTAR 1, Federal Building and Fire Safety Investigation of the World Trade Center Disaster, „Final Report on the Collapse of the World Trade Center Towers", September 2005, S. xxxvii)

Mit anderen Worten: die offizielle Untersuchung ermittelte nicht, wie der Kollaps sich vollzogen hatte, sondern nur, wie es dazu kam, dass er begann. Daher gibt es bis heute keine plausible, offiziell akzeptierte und wissenschaftlich dokumentierte Erklärung für den außergewöhnlich perfekten Zusammenbruch aller drei Türme, sondern nur eine These darüber, was ihn möglicherweise auslöste.

Im Widerspruch zur offiziellen Darstellung, wonach die Wirkung von Feuer den gesamten Einsturz erklärt, behaupten Kritiker, dass typische Kennzeichen einer kontrollierten Sprengung beobachtet werden konnten. Dies ist eine sehr kontroverse Sichtweise, die in der Öffentlichkeit wiederum sehr eng mit dem Begriff „Verschwörungstheorie" verknüpft ist. Verständlicherweise ist die Idee, die Türme seien absichtlich zerstört worden, für viele Menschen unvorstellbar. Allein der Gedanke erscheint so abwegig und beängstigend, dass man ihn instinktiv von sich weist. Die Diskussion dieser Frage hat daher zweifellos eine starke psychologische Dimension.

Der Autor dieses Textes muss zugeben, dass dies auch für ihn selbst zutrifft. Über mehr als 10 Jahre, die ich zu 9/11 recherchierte, weigerte ich mich, die vorgebrachten Argumente in diesem Zusammenhang auch nur anzuschauen, geschweige denn zu überprüfen, einfach weil mir die Idee einer Sprengung der Türme schlicht als absurd und lächerlich erschien. Die Argumente dann schließlich doch in Augenschein nehmend, stellt sich heraus, dass:

• die Türme tatsächlich symmetrisch in ihren eigenen Grundriss stürzten, teilweise, wie beschrieben, mit Freifallbeschleunigung, was nur geschehen kann, wenn alle oder doch die meisten der tragenden Säulen annähernd gleichzeitig zerstört wurden (Quellen: Journal of 9/11 Studies, „9/11 – Acceleration Study Proves Explosive Demolition", November 2006, Dr. Frank Legge; Journal of 9/11 Studies, „Destruction of the World Trade Center North Tower and Funda-

Publiziert auf Free21 am 01.10.2016, 20:16 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

mental Physics“, Februar 2010, David Chandler)

• geschmolzener Stahl im Schutt der zerstörten Türme entdeckt wurde – unerklärlich, wenn die Ursache des Kollapses allein die beobachteten Feuer gewesen wären, denen die nötige Temperatur fehlte, um Stahl zu schmelzen (Quelle: Journal of 9/11 Studies, „Why Indeed Did the World Trade Center Buildings Completely Collapse?“, September 2006, Dr. Steven E. Jones)

• thermitisches, hochenergetisches Material im Staub der zerstörten Türme gefunden wurde – eine Substanz, die den beobachteten Zusammenbruch tatsächlich hätte auslösen können. (Quelle: Bentham Open Chemical Physics Journal, „Active Thermitic Material Discovered in Dust from the 9/11 World Trade Center Catastrophe“, April 2009, Niels H. Harrit, Jeffrey Farrer, Steven E. Jones, Kevin R. Ryan, Frank M. Legge, Daniel Farnsworth, Gregg Roberts, James R. Gourley, Bradley R. Larsen)

9. Aber auch nachdem man diese Informationen aufgenommen hat, ist man in der Regel noch immer emotional abgeneigt, zu erwägen, dass die Türme kontrolliert zerstört wurden. Man neigt dazu, die Fakten zunächst zur Seite zu schieben. Wie soll denn das alles bewerkstelligt worden sein, fragt man. Denn wenn die Zerstörung der drei Türme tatsächlich eine absichtliche Sprengung gewesen ist, dann hätte es natürlich nennenswerte Zeit in Anspruch genommen, die Gebäude zu präparieren. Auf keinen Fall wäre so etwas in ein paar Stunden erledigt. Es würde Tage oder Wochen dauern. Wie sollte das im Verborgenen geschafft worden sein?

Eine mögliche Antwort lautet, dass die notwendigen Mittel während einer regulären Renovierung hätten installiert werden können. Tatsächlich gab es vor 9/11 zum Beispiel ein umfassendes Renovierungsprogramm für das komplexe Fahrstuhlsystem der Türme, das unauffälligen Zugang zur inneren Gebäudestruktur ermöglichte.

Während der Anschläge fand zeitgleich ein Militärmanöver statt, bei dem eine Flugzeugentführung „geprobt“ werden sollte (Foto: Wisconsin ANG, F-16 Fighting Falcons über Wisconsin)

Es ist auch zu erwägen, dass die für eine Sprengung nötige komplexe Verkabelung der Gebäude unter dem Schutz einer plausiblen Tarngeschichte vonstatten ging: dem Einbau von Messinstrumenten zum Beispiel, oder der Erneuerung der Telekommunikationsverbindungen. Eine glaubhafte Coverstory für den Einsatz von Handwerkern in einem so großen Gebäude mit derart vielen Mietparteien zu finden, dürfte nicht schwer sein.

Die gezielte Sprengung des World Trade Centers wäre technisch zwar eine sehr komplexe und anspruchsvolle Herausforderung, doch kaum eine unlösbare Aufgabe. Die Beweislast liegt dabei zunächst auf Seiten der offiziellen Darstellung, die bislang nicht erklären konnte, wie Bürobrände zu einem symmetrischen Zusammenbruch, teilweise in Freifallbeschleunigung, geführt haben sollen.

Am Ende muss man vielleicht gar kein Experte, Baustatiker oder Architekt sein, um sich diesen Fragen zu nähern. Fast jeder, der sich einmal eine der verschiedenen Filmaufnahmen des Zusammenbruchs von World Trade Center Nr. 7 mit eigenen Augen angeschaut hat (im Fernsehen wurden die Bilder dieses dritten Zusammenbruchs nach 9/11 praktisch nicht mehr gezeigt), der hält die Behauptung, dieses Gebäude sei nicht gesprengt worden, für schwer glaubhaft.

Eine andere Perspektive

Zugegeben, die hier vorgestellte Sichtweise ist wesentlich komplizierter, vielschichtiger und schwerer fassbar als die offizielle Darstellung von 9/11. Während dort 19 junge Männer ganz einfach in blindem Hass, angestachelt vom Terrorfürst Bin Laden, mit entführten Flugzeugen Hochhäuser in Schutt und Asche legten, haben in der hier vorgestellten Perspektive erfahrene und hochspezialisierte Fachleute aus der Geheimdienst- und Militärhierarchie des Westens mit großem Geschick einen tatsächlichen Entführungsplan der Al Qaida unterwandert und als Tarnung für einen tödlichen Angriff auf das eigene Land benutzt, um damit einen Anlass für Krieg und Eskalation zu schaffen, sowie im weiteren Sinn für eine radikale Machtausweitung der Exekutive und ein Zurückdrängen demokratischer Prinzipien.

So gesehen gleicht 9/11 einem Putsch, in mancher Hinsicht ähnlich dem deutschen Reichstagsbrand von 1933, um den bis heute ein ganz ähnlicher Historikerstreit geführt wird. Offiziell aber markieren die Anschläge vom 11. September 2001 weiterhin den Beginn einer Dekade des islamistischen Terrorismus, einer globalen Gefahr, die den Westen und seine Freiheiten bedroht. Der Leser mag entscheiden, welche Sicht ihm schlüssiger erscheint.

Den vorgeschlagenen Perspektivwechsel aber kann man vielleicht auch ganz einfach auf den konkreten Tatablauf in New York zuspitzen: So gesehen ist die Frage nicht, ob die Türme nach den Einschlägen in jedem Fall zusammengebrochen wären. Entscheidend ist vielmehr die Art des Zusammenbruchs – teilweise mit Freifallbeschleunigung, symmetrisch in den eigenen Grundriss. Ebenso lautet die eigentliche Frage nicht, ob die Entführer entschlossen waren, die Gebäude zu treffen oder nicht. Der Punkt ist wiederum die Art des Anflugs – nicht in leichter gerader Linie mit beherrschbarer Geschwindigkeit, sondern in maximal schnellen und präzisen Kurven.

Somit könnte die Erklärung am Ende schlicht lauten: Die Bewegungen der anfliegenden Flugzeuge und der fallenden Türme enthüllen die Technologie, die dahinter steckt. In dieser Sichtweise beantwortet sich auch die Frage nach dem ultimativen Beweis, dem sprichwörtlichen „rauchenden Colt“, sehr einfach: 9/11 selbst ist dieser rauchende Colt. Nur dass die Rauchwolken so gigantisch waren, dass kaum noch jemand klar sehen konnte.

Fazit

Was bleibt, ist ein ebenso knappes wie weitreichendes Fazit: Die offizielle 9/11 Commission hat die Anschläge vom 11. September 2001 schlicht nicht aufgeklärt. Stattdessen hat sie eine Story präsentiert, die nur solange schlüssig erscheint, wie entscheidende Teile weggelassen werden. Der Psychologe und Kognitionsforscher Prof. Rainer Mausfeld spricht in diesem Zusammenhang von einer „Gesetzmäßigkeit des Psychischen“: „Ein Sinnzusammenhang von Fakten lässt sich durch eine fragmentierte Darbietung gleichsam unsichtbar machen. (…) Sobald jedoch bei einer Fragmentierung von Informationen die Ursache der Fragmentierung erkennbar wird, haben wir keine Schwierigkeiten,

den Bedeutungszusammenhang zu erkennen."

„Fragmentierung" bedeutet Aufspaltung oder Zerstückelung. Mausfeld meint, dass absichtsvoll gesetzte Informationslücken einen Zusammenhang verschleiern können. Der „9/11 Commission Report" als Hauptdokument der offiziellen Sicht auf die Anschläge ist in hohem Maße fragmentiert – sprich: voller Lücken. Es fehlen dort nicht bloß einzelne Fakten, die für das Verständnis der Anschläge wichtig sind, sondern, wie beschrieben, ganze Themenkomplexe: die Finanzierung der Anschläge, die Militärübungen am Tattag, die verdeckte Schaffung eines Ausnahmezustands mit Bildung einer Schattenregierung am Tattag, die Unterwanderung von Al Qaida durch US-Geheimdienste vor 9/11 etc. Die Fragmentierung bzw. Zerstückelung des Berichtes ist so umfassend, dass die Leerstellen durch eine neue Erzählung aufgefüllt werden mussten, damit sich überhaupt ein Sinn ergab. Diese neu geschaffene Erzählung basiert ihrerseits, wie erwähnt, auf Folterverhören und ist damit als Fiktion kenntlich.

Die einzelnen Auslassungen des Berichtes sind nicht zufällig, sondern geradezu zwingend nötig, da das vollständige Bild einen Blick auf andere Täterkreise ermöglicht. Um in der Sprache von Professor Mausfeld zu bleiben: Wird einem diese „Ursache der Fragmentierung" bewusst, dann fällt es auch leicht, „den Bedeutungszusammenhang zu erkennen".

Am Ende wird dabei noch etwas anderes klar: Die Anschläge von 9/11 waren nicht bloß ein schrecklicher und menschenverachtender Terroranschlag mit tausenden Todesopfern, sondern zugleich eine psychologische Operation, eine „Gehirnwäsche" von Millionen von Menschen in aller Welt. Von deren krankhaften und zerstörerischen Folgen kann sich die Gesellschaft erst dann erholen, wenn sie ein Bewusstsein darüber erlangt, wie die Deutung von 9/11 manipulativ gesteuert wurde. Auch wenn es banal klingen mag: Die Wahrheit muss offen und vollständig auf den Tisch. Ohne eine ehrliche Aufarbeitung der Täuschungen und Manipulationen rund um 9/11 wird die Politik weiter im Nebel stochern – sowohl, was den Terrorismus angeht, als auch mit Blick auf die eigene „Moral" und „unsere Werte".

Dieser Text wurde zuerst auf Nachdenkseiten.de unter der URL <http://www.nachdenkseiten.de/?p=34894> veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

<http://www.free21.org/?p=24149>

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis" und „Global Research". Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Quellen:

Heise.de: Der Spiegel, die Folter und 9/11 *<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43667/1.html>*

9-11 Commission Report *<https://9-11commission.gov/report/>*

CNN: Bin Laden says he wasn't behind attacks *<http://edition.cnn.com/2001/US/09/16/inv.binladen.denial/index.html?iref=storys>*

BBC: The investigation and the evidence *<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/1581063.stm>*

The New Yorker - Seymour M. Hersh: The C.I.A. and the failure of American intelligence *<http://www.newyorker.com/magazine/2001/10/08/what-went-wrong>*

Archive.org: Bin-Laden-Video: Falschübersetzung als Beweismittel? *<http://web.archive.org/web/20020208221658/http://www.wdr.de/tv/monitor/beitraege.phtml?id=379>*

FBI: Speech by Robert S. Mueller, III Director Federal Bureau of Investigation *<https://archives.fbi.gov/archives/news/speeches/partnership-and-prevention-the-fbis-role-in-homeland-security>*

The Guardian: Chilling, defiant: the video suicide message of a September 11 killer *<https://www.theguardian.com/world/2002/apr/16/september11.usa2>*

Global Research: Khalid Sheikh Mohammed: The Official Legend of 9/11 is a Fabricated Setup *<http://www.globalresearch.ca/khalid-sheikh-mohammed-the-official-legend-of-9-11-is-a-fabricated-setup/5087>*

Archive.org: 9/11 Commission controversy *<http://web.archive.org/web/20080306112600/http:/deepbackground.msnbc.msn.com/archive/2008/01/30/624314.aspx>*

Frankfurter Allgemeine: Erstmals Bündnisfall ausgerufen *<http://www.faz.net/aktuell/politik/nato-erstmals-buendnisfall-ausgerufen-131269.html>*

NATO Online: Statement by NATO Secretary General, Lord Robertson *<http://www.nato.int/docu/speech/2001/s011002a.htm>*

Spiegel: Neue Beweise für Bin Ladens Schuld nur ein Bluff? *<http://www.spiegel.de/politik/ausland/informationspolitik-neue-beweise-fuer-bin-ladens-schuld-nur-ein-bluff-a-160523.html>*

Spiegel: Hinweise auf Insider-Geschäfte vor Terroranschlag *<http://www.spiegel.de/wirtschaft/bundesbank-chef-welteke-hinweise-auf-insider-geschaefte-vor-terroranschlag-a-158861.html>*

Washington Post: Germans Probe Likely Links Between Profits and Terrorists *<https://www.washingtonpost.com/archive/politics/2001/09/23/germans-probe-likely-links-between-profits-and-terrorists/1c42fc2d-c092-416c-8594-1e6758b5d86c/>*

Lars Schall: 9/11 Insider Trading Revisited *<http://www.larsschall.com/2013/09/11/911-insider-trading-revisited/>*

Chesney et al: Detecting Abnormal Trading Activities in Option Markets *<http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1522157>*

Historycommons: Profile: Vigilant Guardian *<http://www.historycommons.org/entity.jsp?entity=vigilant_guardian>*

Vanity fair: 9/11 Live - The Norad Tapes *<http://www.vanityfair.com/news/2006/08/norad200608?currentPage=all&printable=true>*

Heise.de: Der trainierte Terror *<http://www.heise.de/tp/artikel/46/46608/1.html>*

CNN: September 11 hijacker questioned in January 2001 *<http://edition.cnn.com/2002/US/08/01/cia.hijacker/index.html>*

New York Times: CIA was given data on hijacker long before 9/11 *<http://www.nytimes.com/2004/02/24/us/cia-was-given-data-on-hijacker-long-before-9-11.html?_r=1>*

New York Times: 4 in 9/11 Plot Are Called Tied To Qaeda in ‚00 *<http://www.nytimes.com/2005/08/09/us/front%20page/4-in-911-plot-are-called-tied-to-qaeda-in-00.html>*

Truth out: Ex-Army Officer Accuses CIA of Obstructing Pre-9/11 Intelligence-Gathering *<http://www.truth-out.org/news/item/14008-ex-army-officer-accuses-cia-of-obstructing-pre-9-11-intelligence-gathering>*

Washington Post: Shadow Government Is at Work in Secret *<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/06/09/AR2006060900891.html>*

Salon.com: Why Daschle and Leahy? *<http://www.salon.com/2001/11/22/anthrax_17/>*

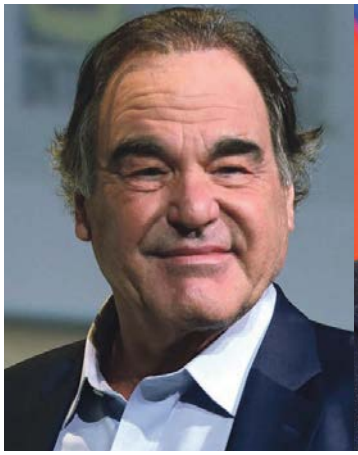
ABC News: Worst Case Scenario *<http://web.archive.org/web/20040429063810/http://abcnews.go.com/sections/Nightline/Politics/armageddon_plan_040425.html>*

Heise.de: Entführte Entführer *<http://www.heise.de/tp/artikel/39/39859/2.html>*

911 Research: Elevator reparation *<http://911research.wtc7.net/cache/wtc/arch/wtc_elevator_renovation.pdf>*

YouTube: Architects and Engineers: Solving the Mystery of Building 7 - w/ Ed Asner *<https://www.youtube.com/watch?v=_nyogTsrsgI>*

Publiziert auf Free21 am 01.10.2016, 20:16 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA



Oliver Stone (Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0)

Wladimir W. Putin (Foto: Kreml, CC BY-SA 4.0)

Oliver Stone – Agent Moskaus?

Wenn deutsche Pro-Amerikaner echte Amerikaner zu Anti-Amerikanern machen

von Ulrich Gellermann

Der Snowdenfilm kam am 22. September in die deutschen Kinos.

Von Oliver Stone weiß man, dass er ein zu Recht berühmter US-amerikanischer Filmemacher ist. Mit Filmen wie Platoon (zum Vietnamkrieg), wie John F. Kennedy – Tatort Dallas (JFK), Natural Born Killers und Nixon – Der Untergang eines Präsidenten, hat er dem politischen Film wichtige und erfolgreiche Beiträge geliefert. Von Stone weiß man, dass er zur anderen, zur besseren Seite der USA gehört. Jetzt bringt er auch noch den Film „Snowden", über den von Obama gejagten und von der deutschen Regierung verachteten Whistleblower in die Kinos.

Das geht nicht, haben sie bei der obersten Medien-Agentur Deutschlands, der TAGESSCHAU-Redaktion gedacht. Da könnte ja das schöne Bild von den sauberen USA ins Wanken geraten, an dem die Reaktion seit Jahrzehnten so tapfer arbeitet. Aber den Film, der verspricht ein Welterfolg zu werden, gar nicht wahrnehmen? Das kann die TAGESSCHAU bei Nazis in der Ukraine machen, bei Friedensaufrufen von Prominenten, bei terroristischen Aktivitäten der Saudis. Das alles kann die Doktor-Gniffke-Truppe, nach dem TAGESSCHAU-Chef benannt, unter den Redaktionstisch fallen lassen. Aber einen der berühmtesten Filmemacher der Welt? Der außerdem seinen Film auch noch in Deutschland produziert hat? Da muss man sich was einfallen lassen.

Und so stellt die TAGESSCHAU flugs eine fette Verdächtigung auf ihre Website, direkt neben die Ankündigung zum Film. „Welche Rolle spielt Snowdens Anwalt?" fragt die Schlagzeile und stellt mit Grabesstimme schon mal fest: Er ist Russe! Und er hat Kontakte zum Geheimdienst! Das erste ist unbestritten. Das zweite wird mit der Doktor-Gniffke-Patent-Methode bewiesen: Russische Journalisten „gehen davon aus", dass der Anwalt diese Verbindung habe. Also: Angela Merkel hat Kontakte zum Geheimdienst! Denn sie sitzt ständig mit ihrem Geheimdienstkoordinator am selben Konferenztisch. Millionen Deutsche haben Kontakte zum Geheimdienst. Denn sie werden ständig von den Diensten bespitzelt. Da gehen wir doch mal davon aus! Das behauptet ein einziger russischer Journalist! Das ist investigativer Journalismus. Das sind Fakten der Extra-Klasse.

Aber das reicht noch nicht. Der selbe Journalist hat über eine Pressekonferenz mit Snowden und seinem Anwalt auf dem Flughafen Scheremetjewo im Juli 2013 geschrieben: Die habe wie eine Show gewirkt! Und schlimmer noch: Regelmäßig trete der Anwalt in internationalen Medien auf, um für Snowden zu sprechen, teilt uns die TAGESSCHAU mit. Das konjunktivistische Hörensagen schwillt zum dröhnenden Bocksgesang: Der Anwalt Anatoli Kutscherena kennt sogar Putin. Ein Abgrund von Kreml-Hörigkeit tut sich auf. Und dann der Klimax von zwei TAGESSCHAU-Aushilfskräften: „Kutscherena sagte in einem Interview mit „Russia Beyond the Headlines", er habe Stone diesen Film vorgeschlagen und bei einem Arbeitstreffen in Moskau mit ihm diskutiert."

Blitzartig spult sich im konditionierten deutschen Gehirn die Gedankenkette ab: Snowden verriet NSA-Geheimnisse an die Weltöffentlichkeit. Er flieht ausgerechnet nach Russland. Nur weil sein Leben und seine Freiheit bedroht sind. Sein russischer Anwalt inspiriert Oliver Stone zum Film über Snowden: „Der Film soll unter anderem auf einer Novelle basieren, die der russische Rechtsanwalt über den Snowden-Fall geschrieben hat." – So macht die TAGESSCHAU den Filmemacher Stone zum Einfluß-Agenten Moskaus. Auch so kann man eine Filmkritik schreiben. Wenn man auf der Lohnliste der ARD steht.

Es schimmert grün durch den fadenscheinigen TAGESSCHAU-Beitrag von Silvia Stöber und Patrick Gensing. Beide sind auch Autoren der Böll-Stiftung. In deren Umgebung hat man Erfahrung mit Geheimdiensten und Medien. Hatte doch die Berufsgrüne Marie-Luise Beck schon mal den Verfassungsschutz dringlich gebeten, er möge die „ominöse Maren Müller und ihre ständige Publikumskonferenz" ins Visier nehmen. Und Patrick Gensing hat wie zufällig „antiamerikanische Züge in der Debatte um die NSA-Überwachung" bemerkt, um dann in der Friedensbewegung eine Querfront zu entdecken. Denn die behauptete, dass die USA ihre Interessen „durchboxe" und „ihre Geldgeilheit durch Menschlichkeit" tarne. Schon wieder Antiamerikanismus.

Stone ist wahrscheinlich auch ein Anti-Amerikaner. Das jedenfalls teilt uns John Kornblum, der langjährige US-Botschafter in Deutschland, faktisch mit: „Oliver Stone ist ja berüchtigt für seine Verdrehung von Wahrheiten", sagte Kornblum zu BILD. Er warf dann Star-Regisseur Oliver Stone vor, einer „Heiligsprechung" Snowdens Vorschub zu leisten. Auch der SPIEGEL entdeckt bei Stone eine „schrille Forderung". Denn der sagt glatt sowas: „Die Verantwortlichen im Whistleblower-Fall sollten vor Gericht wie einst die Nazis bei den Nürnberger Prozessen". Da müssen die guten deutschen Pro-Amerikaner den schlechten Amerikaner Oliver Stone einfach zum Anti-Amerikaner erklären. Ideologie kann krank machen.

Dieser Text wurde zuerst auf Rationalgalerie.de unter der URL ‹http://www.rationalgalerie.de/home/oliver-stone-agent-moskaus.html› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=24012›

Wir sind **Frieden**

Man kann auf unterschiedlichste Art und Weise etwas für den Frieden tun. Und es sind die unterschiedlichsten Menschen, die aktiv werden bzw. sind. Die Frauen, die heute im Mittelpunkt des Artikels stehen, sind sehr unterschiedlich, was Herkunft, beruflichen Hintergrund und politisches Vorleben angeht. Allein die Alterspanne beträgt 50 Jahre. Aber eines verbindet sie alle: Der Gedanke, dass Frieden mit Russland unverzichtbar ist.

von Andrea Drescher

Dieser Gedanke ist und war ein Grund dafür, dass sie mit PKW, Bus, Wohnmobil (WoMo) und sogar Motorrad im August 2016 an der Friedensfahrt Berlin–Moskau teilgenommen haben. Die weiteren Gründe, warum sie es taten und was für jede Einzelne zu den beeindruckenden Erfahrungen zählte, sind aber wieder …

… sehr unterschiedlich.

Monika

(Österreicherin, 1947, PKW)

Monika rechts im Bild

Zum Warum: Aktiv für Frieden u.a. mit Russland – das Bild, das der Westen über Russland prägt, ist vielfach falsch. Hört man sich Reden von Putin an, spürt man, dass er dem Westen die Hand reichen will. Dies wird von den Medien und Politikern ignoriert. Die NATO-Aufrüstung durch Österreich (Neutralität?) seit Jahren und der Beginn der Sanktionen machten mir klar, dass ich ein Zeichen setzen will. Verschiedenste Recherchen brachten mich dazu, die russische Staatsbürgerschaft als zweite neben der österreichischen annehmen zu wollen. Mit der Fahrt ein Zeichen für das Gemeinsame zu setzen war mir ein ganz besonderes Anliegen.

Hildegard Berger

(Österreicherin, 1951, Bus)

Zum Warum: Ich wollte nicht länger im Garten liegen und über Politik und Frieden sprechen, ich wollte etwas tun. Nach der Diskussion auf KenFM, die ich mir mehrfach angeschaut hatte, war das Interesse groß. Den Ausschlag gab das Telefonat mit meinem Bruder, den ich fragte, was er davon hält. Als er lachte, weil er sich – völlig unabhängig von mir – die gleichen Gedanken gemacht hatte, war beschlossen: „wir fahren". Alle Medien positionieren Russland als Feind, ich wollte einen eigenen ersten Eindruck gewinnen. Meinen Eindruck eben.

Meine Erfahrungen: Die waren sehr vielfältig. Beachtenswert waren – für mich als ausgebildete Supervisorin – bereits im Bus die verschiedenen „Rollen der Selbsterfahrungsgruppe ohne abendliche Reflexion" zu beobachten. Die Fahrt war ja teilweise sehr anstrengend. Ein bunter Haufen Menschen, die sich nicht kannten, rollten dahin. Teilweise gab es außer Kekserl nichts zu essen, ausgelöst durch die Wartezeit an den Grenzen. Das war für viele eine ungewöhnliche Belastung mit entsprechenden Reaktionen. Wo liegen die Grenzen des Einzelnen, wann geht man sich gegenseitig auf die Nerven, was regt mich auf. Getragen wurde das Ganze durch das gemeinsame Thema Friedensfahrt, sonst hätte es zwischen den Mitfahrenden sicher mehr Konflikte gegeben. Die „Friedensfahrt" hat die Gruppe in ihrer Verschiedenheit zusammengehalten. Gelernt habe ich enorm vieles – einiges was ich heute noch beleuchten will. Ich bin jetzt noch viel vorsichtiger mit Äußerungen über Russland, da ich erfahren konnte, wie wenig ich wirklich weiß. Unser Busfahrer Walter ist eine wahre Fundgrube an Wissen und Information – und kann auch noch spannend erzählen.. Er hat uns sehr viel erzählt, geschichtliche Hintergründe, über die Jelzin-Zeit, die Gorbatschov-Ära – und das aus der Sicht eines Russen. Leider fehlte mir die Zeit, mich auf die Menschen einzulassen. Trotzdem kam es zu sehr berührenden Situationen, die mich motivieren auf jeden Fall nochmals mit mehr Zeit nach Russland zu reisen. In Smolensk konnte ich erfahren, wie sich eine alte Dame über unsere Fahrt freut. Auch das hat mich dazu bewogen, durch mein Handeln, einen „weiteren Tropfen in einen See zu werfen" und am 1.10. von Wien nach Berlin zur Friedensdemo zu fahren.

Larissa

(Russlanddeutsche, 1960, PKW)

Zum Warum: Ein Grund – neben der Tatsache, dass ich die Idee super und dringend notwendig fand – war der Wunsch, Menschen kennen zu lernen, die in die gleiche Richtung schauen. Allein erreicht man wenig, unter Gleichgesinnten ist vieles möglich. Seit Jahrzehnten schwebt mir eine Idee im Kopf herum, die ich in der Vorbereitung für die Fahrt als Projektvorschlag konkretisiert habe. Mein Projekt steht für Selbstbildung, Selbstorganisation, Selbstaktivierung, Selbstbeteiligung und Selbstverwaltung. Die Menschen müssen selbst agieren, nicht warten, bis Politiker oder andere die Dinge für sie in die Hand nehmen. Darum ging es ja auch bei der Friedensfahrt: etwas selbst tun.

Meine Erfahrungen: Es hat mir gefallen, dass Menschen mit unterschiedlichen Ansichten, aus unterschiedlichen Schichten und unterschiedlichen Alters dabei waren. Trotz der enormen Belastung ging man ziemlich friedlich miteinander um. Beeindruckt hat mich, dass die Deutschen in der Gruppe so offenherzig das Gedenken an die Opfer geleistet haben. Ich erinnerte mich an meine Jugend, als Kranz- und Blumenniederlegung selbstverständlich waren. Es war in der Sowjet-Union Tradition. Jede Stadt hat ihr Mahnmal, das man einmal im Jahr besuchte. So wurde das Gedenken irgendwie zur Routine. Bei der Fahrt habe ich empfunden, wie wichtig es sein kann, den Gefallenen und der Opfer der Kriege zu gedenken. Solange Menschen nicht ohne Kriege leben, muss immer wieder an die Konsequenzen erinnert werden. Daher war unsere damalige Routine sehr wichtig. Erst durch meine 26 Jahre, die ich jetzt in Deutschland lebe, wurde mir bewusst, was es heißt, keine Lehre aus der Geschichte zu ziehen. Das führt zu Arroganz gegenüber den Opfern der Kriege. Das darf nicht sein. Mit dem Projekt will ich dazu beitragen, Kriege zu verhindern. Es geht um die Antwort auf Fragen wie, warum Menschen nicht friedlich leben, warum soviel Energie in Kriege gesteckt wird. Es geht darum, die wirkliche Geschichte kennen zu lernen, die Fakten, die realen Ursachen der Kriege damals und heute. Die offizielle Geschichtsschreibung verbirgt vieles noch. Nur wenn man die Fakten, die zu Kriegen führen, kennt, kann man diese vermeiden. Ein Fakt ist offensichtlich: Deutschland steht immer wieder im Zentrum derartiger Kriege. Weitere Infos dazu auf meiner Webseite http://laraless.jimdo.com/.

Michaela Sondermann

(Deutsche, 1960, PKW)

Zum Warum: Ich wollte mir ein eigenes Bild über Land und Leute machen, die Menschen und die Kultur

Publiziert auf Free21 am 1.10.2016, 20:11 Uhr, von Andrea Drescher

besser kennen lernen. Das Feindbild Putin und "der böse Russe" sind mir aus den Medien bekannt. Überschriften wie "Wer stoppt Putin?" tragen nicht zu einer friedfertigen Stimmung bei. Ich wollte endlich mit Taten und nicht nur mit Worten ein Zeichen für Frieden setzen. Die Drohgebärden der NATO, die Sanktionen gegen Russland – alles das gefällt mir nicht und macht mich wütend. Die Friedensfahrt bot mir die einmalige Gelegenheit, nicht einfach nur Urlaub dort zu machen, sondern selbst aktiv etwas für Völkerverständigung auf der menschlichen Ebene zu tun.

Meine Erfahrungen: Dass ich als großer Fan von Willy Wimmer in Berlin die Möglichkeit hatte, ihn persönlich kennen zu lernen, mit ihm ein paar Worte zu wechseln konnte und mich für sein unermüdliches Engagement bedanken konnte, das war ein ganz toller Start vor der strapaziösen Friedensfahrt. In Luga am Partisanendenkmal – ich war von dem, was uns dort erwartete überwältigt. Die Menschlichkeit, die Begeisterung, wildfremde Russen, die mich mit einer Herzlichkeit umarmten – all das war Gänsehaut-Feeling. Die Begegnung mit Sveta in Moskau, das ist für mich ein weiterer Höhepunkt der Fahrt. Martin, auch ein Friedensfahrer und ich verteilten Flyer. Eine freundliche Russin antwortete unerwartet auf Deutsch und somit entwickelte sich ein Gespräch. Sie möchte nächstes Jahr unbedingt Neuschwanstein und den Königssee kennen lernen. Am selben Abend, als wir im Ausgangsbereich der Moskauer Metro, auf dem Lageplan den Ausgang zum Hotel suchten, tippte mir jemand auf die Schulter. Es war wieder Sveta, die fragte, ob sie uns helfen könne und zog zwei Tafeln russischer Schokolade aus ihrer Tasche, die sie uns schenkte. Martin ließ sich ihre Telefonnummer auf das Papier der Schokolade schreiben und mir gab sie ihre E-Mail-Adresse. Danach zeigte sie uns den Weg zum Hotel.

Um 23:00 Uhr rief mich Martin an. „Hast du die Nummer von Sveta noch?" Der Hund hatte die Schokolade verspeist – Papier und Telefonnummer inklusive. Per Mail kamen wir aber wieder in Kontakt, so dass sie uns am nächsten Abend zu den Nachtwölfen begleitete. Seit diesem Tag schreiben wir uns regelmäßig per WhatsApp oder E-Mail und wenn sie nach München kommt, werde ich ihre Fremdenführerin sein.

Alexandra

(Deutsche, 1961, Motorrad)

Zum Warum: Ich hatte Russland schon lang „auf dem Sender", wollte mir ein eigenes Bild machen und Menschen kennen lernen. Der mediale Kriegszug war für mich nicht glaubhaft. Spätestens seit dem 9.5.2015 ist mir das ein Anliegen. Die Nachtwölfe hatten sich zum Tag des Sieges angekündigt, dann stellte sich Polen quer und die Jungs mussten einen Riesenumweg fahren. In den deutschen Medien gab es nur Negativschlagzeilen bzw. man konnte lesen, dass sie gar nicht da waren. Und ich stand 5 Meter von ihnen entfernt … Als die Fahrt angekündigt wurde, war klar „Ich bin dabei".

Meine Erfahrungen: Wir Motorradfahrer waren nicht immer beim Konvoi, da wir alle 200 km tanken. Über weite Strecken haben wir unser eigenes Ding gemacht, was zu spontanen und intensiven Begegnungen führte. Typisch dafür der Treffpunkt in Moskau. Ich sah einen Motorradfahrer in Regenkombi und kam mit ihm – Anton – ins Gespräch. Er hatte im TV von uns erfahren. Die Antwort auf die Frage, ob wir weiter im Stau im Regen stehen wollten, war eindeutig und so fuhren wir durch heftigen Regen im Blindflug hinter ihm her. Er brachte uns in eine Gastwirtschaft, wo wir uns – bei intensiven Diskussionen auf Englisch – aufwärmten. Da nur einer von uns ein Zimmer gebucht hatte, folgten wir seiner Empfehlung und landeten in der Moskauer Biker-Meile bei Dimitri. Als Friedensfahrer erhielten wir die Zimmer zum halben Preis. Abends zogen einige mit Anton los, der sich als Chef einer IT-Firma extra drei Tage frei genommen hatte. So lernten wir zahlreiche Biker kennen, die schon weit herumgekommen waren. Erschreckend, dass sich viele von ihnen als Russen von der Weltgemeinschaft ausgeschlossen fühlen. Bei meinem Unfall am nächsten Tag, bei dem aber nichts Schlimmes passiert ist, war Anton eine enorme Hilfe. Nicht nur, dass er die Formalitäten mit der Polizei abwickelte, er sorgte noch am gleichen Abend für die Reparatur der Maschine. Der Platten am Tag darauf wurde in der Werkstatt von Pawel nicht nur sofort sondern kostenlos repariert. Der Versuch zu bezahlen wurde mit „Ach Alexandra – nein, nein – Deutschland klein, Russland groß" kommentiert. Dass wir mit den Jungs die letzte Nacht verbrachten, ist – nach diesen Erlebnissen – wohl ebenso verständlich wie der Plan, nächstes Jahr mit Anton eine Tour zu fahren.

Iris

(Deutsche, 1961, Bus)

Zum Warum: Ich bin eher unpolitisch, wurde aber mit der Gründung einer veganen Online-Community plötzlich politisch angeprangert. Das funktioniert heute sehr schnell. Unterwirft man sich nicht dem Meinungsdiktat gewisser Personen, wird man öffentlich diffamiert. So etwas sensibilisiert und man beginnt, (politisch) genauer hinzusehen. Fortan gehörten u.a. ausländische TV-Sender, alternative Online-Plattformen und KenFM zu den Medien, über die ich mich informierte, nachdem mir die Darstellungen im Mainstream zu einseitig erschienen. Russland wird offensichtlich immer mehr in die Verteidigungshaltung gedrängt, die NATO ist eindeutig auf dem Vormarsch. Als ich von der Idee der Friedensfahrt hörte, habe ich aus dem Herzen spontan entschieden und sofort zugesagt. Jeder Mensch sollte sich in dieser hochbrisanten Zeit politisch einbringen und handeln. Ich will mir von meinen Enkeln später nicht vorwerfen lassen, nichts getan zu haben.

Meine Erfahrungen: Die Fahrt verlief für mich anders als geplant. Gemeinsam mit einem Freund habe ich mich in St. Petersburg ausgeklinkt. Das hatte pragmatische Gründe. Für uns Veganer gab es unterwegs nichts Sinnvolles zu essen. Später erfuhren wir, dass St. Petersburg die Veganer-Hochburg Russlands ist und direkt gegenüber von unserem Hotel eine Art alternatives, veganes Einkaufszentrum lag. Nach einer hungrigen Woche schlugen wir uns endlich den Bauch voll. Und während wir Einheimischen vorher nur im Schnelldurchlauf begegnet waren, entstand in St. Petersburg das Gefühl „Klasse, jetzt lernen wir endlich Russen kennen". Das war für mich ja das Ziel der Fahrt. In unserer FB-Online-Community haben wir jetzt auch russische Mitglieder, mit denen wir uns z.T. privat austauschen. Wir haben Aufkleber und T-Shirts verteilt, waren im Sinne der Idee unterwegs – aber nur an einem Ort. St. Petersburg ist als eine der reichen Städte sehr schick. Man sieht dort aber auch traurige Szenen – Armut, die mich schockiert hat. Was mich jedoch begeisterte: Wir haben keinen dummen Kommentar gehört, sind ausnahmslos nur freundlichen Menschen begegnet. „Druschba" hat die Herzen geöffnet. Die Begegnung mit den jungen Veganern war unser Highlight. Dass uns „der Diesel" im Bauch gerade hier ausging, war ideal. Die vegane Botschaft des Russen Leo Tolstoi „Solange es Schlachthöfe gibt, wird es Schlachtfelder geben" ist wirklich international – und das Vegane Zeitalter scheinbar auch.

Samira

(Palästinensische Israelin, 1974, Bus)

Zum Warum: Für mich gab es viele Gründe. Ich sehe mich, egal wo ich lebe, als Akteurin, die die negativen Situationen zu positiven zu wandeln versucht. Jemand, der handelt, agiert und versteht – aber nicht leidet oder böses tut. Wie wichtig

Frieden ist, ist mir als palästinensische Israelin sehr bewusst. Wenn es in Deutschland solche Aktionen gibt, möchte ich Teil davon sein, nachdem ich seit 8 Jahren hier lebe. Ich wollte politisch engagierte und kritische Menschen kennen lernen, Menschen, die, wie ich, nach Lösungen suchen, die Antworten auf Fragen fordern, die ihr Unbehagen artikulieren. Wir leben in einer globalisierten Welt, was eine bessere menschliche Interaktion fördern sollte. Interaktion, die effektiver als die Medien sein könnte. Ich bin überzeugt, wenn ich den Frieden und die Demokratie in Europa fördere, unterstütze ich auch dabei den Frieden und die Demokratie-Bewegung im Nahen Osten. Daher ist, von meiner Perspektive, die friedliche und vernünftige Politik zwischen Deutschland und Russland ganz wichtig.

Meine Erfahrungen – Am Meisten haben mich daher die Teilnehmer beeindruckt und die Art und Weise, wie diese die Erinnerungskultur an den Mahnmälern durchlebten. Die Kranzniederlegungen wurden ja durch uns als normale Bürger organisiert und vollzogen. Wir waren alles keine „Offiziellen", sondern nahmen an einer von uns selbst initiierten, geschichtsträchtigen Veranstaltung teil. Das zu erleben war für mich eine große Sache. Denn zum Einen sind Kriege keine Lösung und zum Anderen wird meine eigene Erinnerungskultur immer vernachlässigt bzw. das zugrunde liegende Narrativ bezweifelt. In Israel gelten solche Veranstaltungen immer nur den Israelis, die Geschichte der Palästinenser wird ignoriert. Das Niederlegen von Blumen, die Musik, die Feierlichkeit am ewigen Feuer galt nie meiner Historie – daher waren derartige Veranstaltungen für mich negativ besetzt. Bei der Friedensfahrt habe ich es zum ersten Mal positiv miterlebt. Als Ausdruck von Trauer, als Symbol gegen Kriege, gegen Ungerechtigkeit. Mir wurde bewusst, wie wichtig eine derartige Erinnerungskultur als Teil einer Demokratie sein kann. Zumindest, wenn man ein friedensorientiertes kollektives Gedächtnis schaffen will, das auf Wahrheit und nicht auf Propaganda setzt. Das hat mir persönlich sehr viel zum Nachdenken mitgegeben.

Florence

(Französin, 1973, PKW)

Zum Warum: Wir sind zwei Jahre durch die Welt getingelt, da hatte ich Zeit zu lesen. Neben Gabriele Krone-Schmalz vermittelte mir auch Helene Carrère ein überraschendes Bild von Russland. Die plakativen Nachrichten positionieren Putin als das personifizierte Böse. Betrachtet man die NATO-Karte 1990 und heute, dehnt sich diese immer weiter aus. Wir schicken Panzer an die Grenze, wir dämonisieren die Russen. Was macht man mit uns? Putin, der nächste Feind nach Ghaddafi, Hussein und Assad? Das macht mich wütend und zutiefst traurig. Hat man kleine Kinder, wie ich, muss man sich für eine friedliche Zukunft einsetzen. Als ich jung war, hatte man Angst vor Deutschland, heute vor Russland. Putin vertritt sicher auch geopolitische Interessen. Aber mir ging es darum zu sagen: „Stopp: Schluß mit Provokation und Diffamierung. Wir wollen Frieden." Mitzufahren hieß, wir sind keine Opfer!

Meine Erfahrungen: Es gab sehr emotionale Begegnungen, die tiefe Spuren bei mir hinterlassen haben. In St. Petersburg war unser Hostel eigentlich ein Altersheim. Zunächst waren wir etwas schockiert, wo sind wir gelandet?! Aber es wurde eine unglaublich schöne Zeit mit Spaghetti und Diskussionen rund um Politik, Wirtschaft und Kultur. Wir kamen mit einigen Heimbewohnern in Kontakt, sprachen mit ihnen über ihre Zeit in Deutschland, über Goethe und deutsche Kultur. Es war alles sehr nostalgisch. Diese alten Herrschaften sagten uns aber auch deutlich, dass sie zwar nicht 100% zufrieden mit Putin seien, er aber sehr viel Gutes für sie und Russland tun würde. In Moskau trafen wir eine Gruppe aus Tcheschenien, Dagistan, Usbekistan und Aserbeidschan. Als wir ihnen erzählten, was wir tun, haben sie uns umarmt und gesagt „Wunderbar, ihr macht das Richtige. Die Russen sind unsere Freunde. Wir gehören zusammen." – und das aus dem Mund von Muslimen, was mich zugegebenermaßen überraschte. Ich hatte vor der Fahrt Vorurteile gegenüber Russland: „das kommunistische Land mit vermoderten Gebäuden, betrunkenen Menschen auf der Straße, feindseliger Stimmung, sturen Beamten an den Grenzen und überall Spione. Daher: Nur nicht offen über Politik reden. Es kam aber alles anders. Kritische Stimmen waren sehr wohl zu hören – ob im Cafe, im Altenheim oder in den Hostels, es wurde unzensiert diskutiert. Meine Vorurteile waren eben Vor-Urteile und wurden widerlegt.

Pauline

(Deutsche, 1997, Wohnmobil)

Zum Warum: Mich haben meine Eltern drauf gebracht, dabei zu sein. Durch sie habe ich einen anderen Blickwinkel als andere Jugendliche. Ich mag Reisen. Geschichte fand ich immer interessant und der geschichtliche Hintergrund ist hier enorm spannend. In der Schule hatte ich immer Stress mit dem Geschichtslehrer. Der hat Sachen über Russland erzählt, die einfach nicht stimmten. Dass ich ständig widersprach und er meine Argumente nicht entkräften konnte, hat ihm nie gepasst. Dass mir im Geschichts-LK ein Punkt zum Fachabi fehlt, ist wohl Zufall. Egal. Russland begeistert mich total. Und das Ziel der Fahrt hat für mich super gepasst. Ein Zeichen zu setzen, dass es so nicht weitergehen kann, war mir sehr wichtig.

Meine Erfahrungen: Am meisten hat mich der Empfang an der Landesgrenze zum Leningrader Oblast beeindruckt. Die WoMos waren als erstes da. Überall standen dort Leute, Autos, Polizei. Wir dachten, das kann nicht für uns sein. Dann hat uns die Polizei „reingewunken", es wurde getanzt, gesungen. Wahnsinnsstimmung! Besonders, als die russische Nationalhymne angestimmt wurde, wurde es emotional. Jeder vergoss Tränen. Ähnliches erlebten wir auch in Utorgosh. Die Stadthalle wurde für uns aufgemacht. Es kamen Einwohner und Menschen aus der Umgebung, bis mitten in die Nacht wurde gefeiert. Jeder war freundlich, obwohl sich keiner kannte. Wer kein eigenes WoMo-Bett hatte, schlief in der Schule. Dort gab es auch Abendessen und Frühstück für alle. Es war völlig selbstverständlich uns zu beköstigen. In Deutschland geben sich Menschen, die sich nicht kennen, kaum die Hand – das war für mich völlig neu. In St. Petersburg habe ich mich verliebt. Die Pracht, die Sauberkeit, die U-Bahn, in der alle 40 Sekunden ein Zug fährt – und so gepflegt. Dabei ist die Stadt wesentlich größer als Köln und Russland ärmer als Deutschland. Ja, die U-Bahnen sind teilweise alt, aber nichts ist zerkratzt, zerschnitten oder versprayt. Die Menschen haben wohl eine andere Beziehung zu ihrer Stadt. In Erinnerung bleibt mir auch der Empfang bei den Nachtwölfen. Einfach mal einen Abend nur Spaß haben, nichts Offizielles – nur feiern. Die Sänger, die mit deutscher, russischer und ukrainischer Flaggen auftrat, symbolisierte genau die Völkerverständigung wie ich sie mir wünsche.

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=24207›

Zwei fürchterliche **Ereignisse in Syrien ...**

... und ihre völlig unterschiedliche Gewichtung in der veröffentlichten Meinung

von Wolfgang Jungmann

Im Osten Syriens ist es am Freitag [16.9.2016 Anm. d. Red.] zu einem schwerwiegenden Zwischenfall gekommen. US-amerikanische, dänische und australische Kampfjets haben in der Region Deir ez-Zor Einheiten der regulären syrischen Armee angegriffen und mindestens 60, andere Stimmen sprechen von bis zu 90 Soldaten getötet und über hundert verletzt.

Die erste Erwähnung in der ARD erfuhr der Angriff in den Tagesthemen am Samstag. Unkorrekt und für eine Nachrichtensendung absolut indiskutabel wurde hinter Nachrichtensprecher Hofer nicht die korrekte Bezeichnung „Syrische Armee" eingeblendet, sondern als vielmehr war von einem **„Luftangriff auf Assad-Truppen"** die Rede, so als sei das Assads private Söldnertruppe.

Die Meldung über den Zwischenfall, der die Welt an den Rand einer Auseinandersetzung zwischen zwei Atommächten brachte, war den Tagesthemen ganze 35 Sekunden wert, einschliesslich der Anmoderation von Anchorman Thomas Roth:

„Im Osten Syriens sind bei einem Luftangriff auf Stellungen der Regierungstruppen offenbar mehr als sechzig syrische Soldaten getötet worden. Mehr dazu in den Nachrichten jetzt mit Jan Hofer."

Die Nachricht die Hofer nun verlas, bestand aus vier dürren Sätzen:

„Die Armee und das russische Verteidigungsministerium machen die US-geführte Militärallianz für das Bombardement verantwortlich und verlangen eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates. Das US Militär erklärte, möglicherweise seien syrische Truppen beschossen worden. Der Luftangriff sei gestoppt worden. In der Region liefern sich IS-Terrormiliz und Regierungsarmee heftige Kämpfe."

In dem Beitrag zuvor, der sich mit den Massenprotesten gegen CETA und TTIP befasste, hatten die Tagesthemen allein für Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der von der deutschen Wirtschaft bezahlten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" 22 Sekunden ihrer wertvollen Sendezeit übrig, um darüber zu lamentieren, dass die deutsche Wirtschaft in der Vergangenheit zu wenig für Ceta und TTIP geworben habe.

Die reguläre Syrische Armee wird bei ARD-Aktuell zu einer privaten Söldnerarmee Assads (Bild: Screenshot)

Am Sonntagmittag dann hatte sich die Tagesschau voll der US-amerikanischen Sichtweise angeschlossen. Kirsten Gerhard durfte in der Sendung um 13.45 Uhr, 32 Sekunden lang ein paar dürftige Sätze verlesen:

„Der vermutlich irrtümlich durchgeführte Luftangriff der US-geführten Koalition auf syrische Regierungstruppen hat eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland ausgelöst."

Nicht viel besser erging es in der Sendung um 16.55 Uhr Tarek Youzbachi. Ganze 29 Sekunden hatte er Zeit, um seine Zuschauer über die Auseinandersetzung Russlands und der USA in der von Russland beantragten Sondersitzung des Weltsicherheitsrates der UN zu informieren:

„Die US-Seite betonte ihr Bedauern und sprach von einem Versehen."

Der gleiche Beitrag wurde dann in der Hauptsendung der Tagesschau um 20.00 und den Tagesthemen wiederholt.

Kein Wort war den Manipulateuren von ARD-Aktuell die verbalen Ausfälle der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Samantha Power wert, der angesichts von mindestens 60 toten syrischen Soldaten nichts besseres einfiel, als Russland übelst zu beschimpfen. Spiegel-online berichtete:

„Power, die wegen ihres Statements vor Journalisten laut Tschurkin (der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen) einen Teil von dessen Kommentaren im höchsten Uno-Gremium verpasste, bezichtigte Russland der Effekthascherei. „Selbst nach russischen Standards ist der Stunt von heute Abend - ein Stunt voller Moralismus und Effekthascherei - auf einzigartige Weise zynisch und scheinheilig", sagte Power. Sie zeigte sich empört, dass Russland eine Dringlichkeitssitzung einberief, unzählige Angriffe auf die Bevölkerung durch das syrische Regime aber unbeantwortet gelassen hatte."

Das ZDF hielt sich erst gar nicht mit der Formulierung eines eigenen Berichts auf und übernahm gleich die Sichtweise der US-amerikanischen Regierung in ihrem Wortlaut. Am seidenen Faden hänge die Waffenruhe in Syrien schon lange, aber:

„Nun erschwert ein bitterer Fehlschlag des US-Militärs den Weg zum Frieden noch mehr."

Dieser Mühe unterzog sich auch die Süddeutsche nicht. Die hochbezahlten Qualitätsjournalisten des Blattes schrieben einfach nieder, was die Propagandaeinheit der US-Streitkräfte der Welt in die Notizblöcke diktierte:

„Das US-Zentralkommando verwies auf die ‚komplexe' Situation in Syrien mit verschiedenen militärischen Kräften und Milizen in nächster Nähe zueinander. „Aber Koalitionskräfte würden keine syrische Einheit wissentlich und absichtlich angreifen."

Dabei hätte ihnen ein einfacher Blick auf die Karte oder ins Internet gezeigt, dass die syrischen Regierungseinheiten bei Deir ez-Zor eine winzige Enklave in einem Gebiet, ausschliesslich beherrscht vom IS, bilden. Da ist nix mit „komplexe Situation in Syrien". Da gibt es keine, wie es immer so schön heisst „moderate Rebellen". Da sind nur der IS und die eingekreisten und auf Versorgung aus der Luft angewiesenen Einheiten der syrischen Armee.

Und eben um diese Versorgung der syrischen Armeee-Einheiten aus der Luft scheint es auch gegangen zu sein. So schreibt „Die Presse" aus Österreich:

„Die Stellungen der Assad-Armee liegen im Umkreis des Militärflughafens der Stadt Deir ez-Zor im Osten, wo das Regime nur

Kartenauszug Southfront.org

noch kleine Gebiete kontrolliert. Seit Wochen versuchen Jihadisten des IS, die Berge um den Flughafen zu erobern, um startende und landende syrische Militärjets unter Feuer nehmen zu können und so den Nachschub für die eingeschlossenen Armeeteile und Wohnviertel zu kappen."

Eine winzige Enklave unter Kontrolle der syrischen Regierung inmitten eines riesigen Gebietes beherrscht vom IS, da fällt es schwer, an einen Irrtum des US-Militärs zu glauben. Es sei denn die USA hätten im Krieg in Syrien die Seiten gewechselt, unterstützten Assad im Kampf gegen die islamistischen Terroristen, und die neuen Verbündeten, die syrische Armee, sei in ein, in den USA seit Jahren beliebtes „Friendly Fire" geraten.

Die USA und ihre Verbündeten verfügen über alle derzeitigen Möglichkeiten der Aufklärung - nicht zuletzt die 6 Aufklärungs-Tornados der Bundeswehr, die laut Ministerin von der Leyen, bis letzte Woche bisher rund 500 Flüge über Syrien absolviert haben. Da nimmt es um so mehr Wunder, dass die Jetpiloten nicht unterscheiden konnten zwischen IS-Terroristen und regulären Einheiten der syrischen Armee.

Am Montag Abend erklärte Syrien die Waffenruhe, die eine Woche zuvor zwischen den USA und Russland ausgehandelt worden war, für beendet. Anlass war sicher der Angriff der USA auf die syrischen Truppen, aber auch Nachrichten darüber, dass US-amerikanische Spezialeinheiten zusammen mit türkischen gepanzerten Verbänden die Grenze zwischen der Türkei und Syrien überschritten hatten und die islamistischen Terroristen sich in und um Aleppo neu zu formieren schienen und frische Kräfte heranführten.

Die USA konnten oder wollten ihrer Verpflichtung, so wie es in den Waffenstillstandsvereinbarungen festgelegt worden war, eine Entflechtung zwischen islamistischen und gemässigten Kämpfern herbeizuführen, nicht nachkommen. So konnten aber auch keine Garantien für Hilfskonvois für die Bevölkerung von der syrischen Regierung und Russland übernommen

Zeuge der Tagesschau mit einem nicht zu identifizierendem Emblem auf der Brust (Bild: Screenshot)

werden, die wiederum lautstark von den USA gefordert wurden.

Die USA weigerten sich sogar, die Vereinbarungen des Waffenstillstands der zwischen ihnen und Russland am 12. September ausgehandelt worden war, offen zu legen. N24 meldete noch am Freitag: *„Die für Freitag angesetzte Dringlichkeitssitzung (des UN-Sicherheitsrates) war abgesagt worden, weil dabei auch über die Vereinbarung zur Waffenruhe gesprochen werden sollte. Die USA fürchteten, mit der Offenlegung der detaillierten Vereinbarung die von ihnen unterstützten Rebellen in Syrien zu gefährden. Unter anderem hatte Frankreich darauf bestanden, über die Einzelheiten der Vereinbarung informiert zu werden, bevor eine Resolution dazu verabschiedet wird."*

Unmittelbar nach der Beendigung des Waffenstillstands wurden die Kampfhandlungen von beiden Seiten wieder aufgenommen. in den Abendstunden des Montags kam es dann zu der Zerstörung eines Hilfskonvois unter der Führung des UNHCR, der aber von verschiedenen Hilfsorganisationen unter anderem des Roten Halbmondes zusammengestellt worden war, in dem westlich von Aleppo gelegenen Ort Orem al-Kubra. 18 der 31 mit Hilfsgütern vollbeladenen Lastwagen wurden zerstört. 20 Menschen, zumeist Helfer und Fahrer der LKW kamen ums Leben.

Wie und durch wen der Angriff ausgeführt wurde, ist bisher ungeklärt. Es sei ein Bombenangriff gewesen, wurde reflexartig behauptet. Allerdings sind dafür bisher keine Beweise geliefert worden, noch hat eine von einer unabhängigen Institution durchgeführte Untersuchung stattgefunden. Vor Ort drehten die üblichen Verdächtigen, die White Helmets, eine vom Westen finanzierte Propagandaorganisation, dramatische Bilder von brennenden LKWs und behaupteten, Flugzeuge hätten den Konvoi bombardiert. Dabei war man sich allerdings nicht ganz einig. So waren es das eine Mal Kampfjets, die Bildzeitung weiss sogar genau,wessen Jets das waren und von welchem Typ:

„Der Angriff soll von zwei russischen Kampfjets des Typs SU-24 ausgeführt worden (sein). Wie die Nachrichtenagentur Reuters von zwei Insidern erfuhr, waren die Maschinen nach Angaben des US-Geheimdienstes genau zum Zeitpunkt der Bombardierung über dem Konvoi," die noch dazu zweimal angegriffen hatten, wie Paul-Anton Krüger in der Süddeutschen behauptete, so als sei er selbst dabeigewesen: *„Nachdem die ersten Angriffe 18 Lastwagen zerstört und etliche Helfer getötet hatten, folgte eine zweite Welle. Sie galt jenen, die den Opfern zur Hilfe eilten"*.

Auf dem Video sei zu sehen, dass der UN-Konvoi von einem Geländewagen der Terroristen mit einem Granatenwerfer begleitet worden sei, sagte der Sprecher des Verteidigungsamts, Igor Konaschenkow. Mehr: https://de.sputniknews.com/panorama/20160920/312638988/video-angriff-un-konvoi.html

Ein anderes Mal waren es Hubschrauber der syrischen Armee, die Fassbomben abwarfen, wie der Spiegel wusste:

„Die Weißhelme, die zivilen Helfer in den von der syrischen Opposition beherrschten Gebieten, sprachen von vier Helikoptern, die mehrere Fassbomben auf die Fahrzeuge abgeworfen haben sollen".

Wieder andere berichten gar von einer Kombination aus Jets und Kampfhubschraubern, wie die Tagesschau einen unbekannten Mann sagen ließ: *„Die russische Luftwaffe und syrische Helikopter haben dieses Gebiet und den Konvoi der Vereinten Nationen heftig bombardiert und das hat zu enormen Zerstörungen geführt"*

Die Erklärung, die Zerstörung des Konvois sei aus der Luft erfolgt, liegt sicherlich nahe, ist aber bei weitem nicht die einzig wahrscheinliche. So schreibt Spiegel-online in einem kurzen Satz, der leicht überlesen werden kann: *„Andere Beobachter berichteten, dass Raketen am Tatort eingeschlagen seien"*.

Raketen müssen aber nicht zwingend von Flugzeugen aus abgeschossen werden. Aber die Erklärung, der Konvoi sei aus der Luft angegriffen worden, hat den grossen Vorteil, dass er automatisch impliziert, dass es Russland oder Syrien gewesen sein müssen, da die Terroristen ja über keine Flugzeuge verfügen.

Tatsache ist, dass Verbände der ehemaligen al-Nusra-Front, jetzt Fatah-al-Scham-Front, am Montagabend einen Angriff mit Artillerie, Panzern, Mörsern und Mehrfachraketenwerfern auf Aleppo gestartet hatten. Der Angriff soll aus der Gegend von Khan Tuman gekommen sein. Khan Tuman ist ca. 10 km Luftlinie in nordöstlicher Richtung von Orem al-Kubra entfernt.

Möglich und denkbar sind in diesem Zusammenhang zwei Szenarien. 1. Kampfflugzeuge Russlands oder Syriens haben Angriffe auf die Stellungen der Fatah-al-Scham-Front geflogen und aus Versehen Orem al-Kubra getroffen, oder 2. die Fatah-al-Scham-Front hat kurz einmal die Raketenwerfer in die umgekehrte Richtung schiessen lassen.

Sicherlich auch nur theoretische Überlegungen. Allerdings spricht gegen eine absichtliche Zerstörung des Konvois, dass die syrische Regierung die Fahrt der LKW mit den Hilfsgütern ausdrücklich genehmigt hatte. So berichten der Tagesspiegel und die Neue Zürcher Zeitung noch am Montagmittag gleichlautend:

„Lastwagen mit Hilfsgütern seien auf dem Weg in die zentralsyrische Stadt Talbiseh und den nordsyrischen Ort Orem al-Kubra, sagte der Sprecher der UN-Nothilfeorganisation Ocha, David Swanson, am Montag."

Links oben Urem al-Kubra, etwas recht von der Bildmitte Khan Tuman und links die ersten Vororte von Aleppo

Warum sollte das syrische Militär oder Russland einen Hilfskonvoi zerstören und sich dem Vorwurf des Kriegsverbrechens aussetzen, wenn sie die Hilfslieferungen einfach hätten blockieren können, indem sie die Fahrzeuge nicht über die türkische Grenze gelassen hätten? Befand man sich doch nach dem Angriff der USA auf die syrische Armee in Deir ez-Zor am Freitag, mit über 60 getöteten syrischen Soldaten, propagandistisch in einer komfortablen Lage.

In die Defensive geraten waren die USA. Sie standen zwei Tage am internationalen Pranger. Der Angriff auf den Hilfskonvoi hat den Vorfall in Deir ez-Zor mit einem Schlag aus der Öffentlichkeit verdrängt.

Hinzu kommt, dass für Dienstag eine Generaldebatte über den Krieg in Syrien in der Uno-Vollversammlung auf der Tagesordnung stand und ein Treffen der „Internationalen Syrien-Unterstützergruppe", in der sich 20 Staaten zusammengeschlossen haben.

Dieser Text wurde zuerst auf Spiegelkabinett-Blog unter der URL ‹http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de/2016/09/zwei-furchterliche-ereignisse-in-syrien.html› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=24028›

Weiße Helme – finstere Show

von Mathias Broeckers

Die Brutkasten-Lüge, nach der die irakische Armee bei der Invasions Kuwaits 1990 in Krankenhäusern Neugeborene getötet hätte, gilt mittlerweile als Klassiker der Desinformation und Propaganda, mit der Öffentlichkeit und Medien damals kriegsreif gemacht wurden. Daran erinnerte ich mich, als mit der Eskalation des Kampfs um Ost-Aleppo in den letzten Tagen immer häufiger Krankenhäuser und tote oder schwerverletzte Kinder in den Medien auftauchten, als Opfer der syrischen Armee und der Russen.

Während seinerzeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters als Zeugin für die Barbarei der Bösen durch die Weltpresse ging, scheint es heuer ein ganzer Trupp von Hilfskrankenpflegern zu sein, die den Medien mit weißen Helmen die grauenhaften Übeltaten des „Feindes" präsentieren. Dass die mittlerweile schon für den Friedensnobelpreis nominierten Trupps keine ehrenamtliche NGO sind, die Mutter-Teresa-artig Kriegsopfern helfen, sondern eine von USA und Nato lancierte und finanzierte Medienoperation, verdeutlicht die kürzlich erst aus Syrien zurückgekehrte unabhängige Journalistin Vanessa Beeley in Interviews.

Der Grund, warum die News über diese heldenhaften Lebensretter seit Wochen Schlagzeilen machen, scheint daran zu liegen, dass die große Erzählung vom zivilen Aufstand gegen Assad und den „moderaten Rebellen" nicht länger haltbar ist: Selbst die Leitmedien in den USA müssen mittlerweile einräumen, dass es keinen Unterschied zwischen diesen „Rebellen" und Al Qaida/Al Nusra und anderen salafistischen Söldnern gibt. Es sind Terroristen, die aufgerüstet und gesteuert vom Westen Ost-Aleppo besetzt halten, islamistische Kopf-Ab-Briganden, die selbst ein noch so dreister Propagandasender schwerlich als „die Guten" in diesem Krieg präsentieren könnte. Deshalb werden die White Helmets gebraucht und die von den Terrorbrigaden erbeuteten Krankenwagen, damit sie „die Guten" spielen. Dass dabei wirklich Verletzte und Verschüttete gerettet werden, mag außer Frage stehen, ändert aber nichts an dem entscheidenden Problem, warum man die Zivilisten aus dem belagerten Stadtteil nicht abziehen lässt. Syriens Regierung hat das ebenso angeboten wie eine Amnestie für alle Jihad-Kämpfer, die sich ergeben. Aber das ist keine Option für den Westen, denn wenn Aleppo befreit ist, wäre der Krieg bald zu Ende. Weder „Assad muss weg!" noch Plan B, die Balkanisierung und Aufteilung Syriens, ließe sich dann durchsetzen. Die Zivilbevölkerung muss deshalb weiter als Geisel gehalten werden – und mit der Weißhelm-Show im Weltfernsehen präsentiert werden, damit nicht die Geiselnehmer die Bösen sind, sondern die, die sie bekämpfen.

Dieser Text wurde zuerst auf Broeckers.com unter der URL ‹http://www.broeckers.com/2016/10/02/weisse-helme-finstere-show/› veröffentlicht.

Quellen:

Heise.de: *<Die obskuren White Helmets> http://www.heise.de/tp/artikel/49/49562/1.html*

Southfront.org: Grassroot empowerment or tool of information warfare? *<https://southfront.org/ngos-grassroots-empowerment-or-tool-of-information-warfare/>*

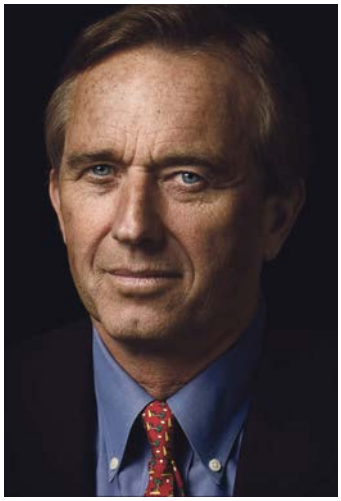
21centurywire: The White Helmets Campaign for War not Peace – RLA and Nobel Peace Prize Nomination should be Retracted *<http://21stcenturywire.com/2016/10/02/the-white-helmets-campaign-for-war-not-peace-rla-and-nobel-peace-prize-nomination-should-be-retracted/<*

Ron Paul/YouTube: Why Everything You Hear About Aleppo Is Wrong *<https://www.youtube.com/watch?v=I8mA0h7dCKI>*

Propagandaschau: Syrien:Das offene Versagen der US-Propagandatäuschungen *<https://propagandaschau.wordpress.com/2016/10/01/syrien-das-offene-versagen-der-us- propagandataeuschungen/#comments>*

Russia Today: The US road map to balkanize Syria *<https://www.rt.com/op-edge/360225-us-road-map-balkanize-syria/>*

Warum die Araber uns in Syrien nicht wollen



Robert F. Kennedy, Jr. (CC BY-SA 4.0)

Auch weil mein Vater von einem Araber ermordet wurde, habe ich mir die Mühe gemacht, die Auswirkungen der US-Politik im Nahen Osten und insbesondere die Faktoren zu verstehen, die zu manchmal blutrünstigen Reaktionen der islamischen Welt gegen unser Land führen. Wenn wir uns auf den Aufstieg des Islamischen Staates fokussieren und uns auf die Suche nach dem Ursprung der Gewalt machen, die so vielen Unschuldigen in Paris und San Bernardino das Leben gekostet hat, müssen wir möglicherweise über die einfachen Erklärungen von Religion und Ideologie hinausblicken. Stattdessen sollten wir die komplexeren Gründe in der Geschichte und im Öl untersuchen, die die Schuld – wie so oft – auf uns zurückverweisen.

von Robert F. Kennedy, Jr.

> „Sie hassen uns nicht für „unsere Freiheit". Sie hassen, dass wir unsere Ideale in ihren Ländern verraten haben – für Öl."
>
> Robert F. Kennedy, Jr. vom 23.02.2016 in „politico.eu"

Kuwait, 1991 (Foto: Renee L. Sitler/U.S. Army)

Amerika blickt auf eine unappetitliche Tradition an gewalttätigen Interventionen in Syrien zurück. Dies ist dem amerikanischen Volk wenig bekannt, dafür umso mehr jedoch den Syrern. Diese Ereignisse bereiteten den fruchtbaren Boden für den gewaltsamen Islamischen Dschihad, der jetzt eine wirksame Antwort unserer Regierung auf die Herausforderung von ISIL erschwert. Solange sich die amerikanische Öffentlichkeit und Politiker dieser Vergangenheit nicht bewusst sind, verschärfen weitere Eingriffe nur die Krise. Außenminister John Kerry hat in dieser Woche einen „vorläufigen" Waffenstillstand für Syrien angekündigt. Aber seit der Einfluss und das Ansehen der USA in Syrien auf eine Minimum gesunken sind – und der Waffenstillstand nicht die wichtigsten Kämpfer wie den Islamischen Staat und Al Nusra einschließt –, ist er bestenfalls auf einen brüchigen Waffenstillstand begrenzt. Ähnlich dürfte die von Präsident Obama zunehmende militärische Intervention in Libyen, wo letzte Woche US-Luftangriffe auf ein Trainingslager des Islamischen Staates zielten – die Radikalen wahrscheinlich mehr stärken als schwächen. Wie die „New York Times" am 8. Dezember 2015 auf der Titelseite berichtete, arbeiten politische Führer und die strategische Planung des Islamischen Staates daran, eine US-amerikanische militärische Intervention zu provozieren. Sie wissen aus Erfahrung, dass dies ihre Reihen mit freiwilligen Kämpfern überschwemmen, die moderaten Stimmen übertönen und die islamische Welt gegen Amerika vereinigen wird.

Um diese Dynamik verstehen zu können, müssen wir die Geschichte aus der syrischen Perspektive und insbesondere die Wurzeln des aktuellen Konflikts betrachten. Lange bevor unsere Besetzung des Iraks 2003 sunnitische Aufstände auslöste, die die Gestalt des Islamischen Staat annahmen, hatte die CIA den gewaltsamen Djihad als Waffe des Kalten Kriegs genährt und dadurch giftiges Gepäck verschickt, das die Beziehungen zwischen Syrien und der USA belastet.

Dies geschah in den USA nicht ohne Kontroverse. Nach einem gescheiterten Putsch der CIA in Syrien, brachte im Juli 1957 mein Onkel, Senator John F. Kennedy, das Weiße Haus samt Präsident Eisenhower, die Führer der beiden Parteien und unsere europäischen Verbündeten gleichzeitig mit einer historischen Rede auf, in der er das Recht auf Selbstbestimmung in der arabischen Welt und ein Ende der amerikanischen imperialistischen Einmischung in den arabischen Ländern befürwortete. Im Laufe meines Lebens, und besonders während meiner häufigen Reisen in den Nahen Osten, haben mich unzählige Araber liebevoll an diese Rede als die klarste Verkündung eines Idealismus erinnert, den sie von den USA erwarteten. Kennedys Rede war ein Aufruf zur Neuausrichtung Amerikas auf die hohen Werte unseres Landes, die in der Atlantik-Charta festgeschrieben sind; die formelle Zusage, dass alle ehemaligen europäischen Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg das Recht auf Selbstbestimmung haben würden. Franklin D. Roosevelt hatte Winston Churchill und die anderen Führer der Alliierten dazu gedrängt, die Atlantik-Charta im Jahre 1941 als Voraussetzung für die US-Unterstützung in dem europäischen Krieg gegen den Faschismus zu unterzeichnen.

Dank Allan Dulles und der CIA, deren außenpolitische Intrigen oftmals im direkten Widerspruch zur erklärten Politik standen, wurde der in der Atlantik-Charta skizzierte idealistische Weg nicht eingeschlagen. Im Jahr 1957 setzte mein Großvater, Botschafter Joseph P. Kennedy, auf einen geheimen Ausschuss zur Untersuchung des illegalen Treibens der CIA im Nahen Osten. Der sogenannte „Bruce-Lovett Report", dessen Unterzeichner

Publiziert auf Free21 am 03.10.2016, 12:20 Uhr, von Robert F. Kennedy, Jr. auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

er war, beschrieb CIA-Umsturzpläne in Jordanien, Syrien, Iran, Irak und Ägypten, die alle auf der arabischen Seite allgemein bekannt waren. Den amerikanischen Bürgern blieben sie so gut wie unbekannt und man glaubte auch den Dementis unserer Regierung. Der Bericht machte die CIA für den grassierenden Antiamerikanismus verantwortlich, der auf mysteriöse Weise „heute in vielen Ländern der Welt" verwurzelt ist. Der Bruce-Lovett Bericht wies darauf hin, dass solche Interventionen konträr zu den amerikanischen Werten stünden und Amerikas internationale Führung und moralische Autorität ohne das Wissen des amerikanischen Volkes kompromittierten. Der Bericht sagte auch, dass die CIA nie darüber nachgedacht habe, wie wir auf solche Eingriffe reagieren würden, wenn ausländische Regierungen sie in unserem Land inszenieren würden.

Das ist diese blutige Geschichte, die moderne Interventionisten wie George W. Bush, Ted Cruz und Marco Rubio auslassen, wenn sie ihren narzisstischen Tropus, dass die Nationalisten des Mittleren Osten „uns für unsere Freiheit hassen", rezitieren. Der größte Teil tut es nicht, stattdessen hassen – sie uns für die Art, wie wir diese Freiheiten verraten – unsere eigenen Ideale – innerhalb ihrer Grenzen.

* * *

Damit die Amerikaner wirklich verstehen, was vor sich geht, ist es wichtig auf einige Details der schäbigen, aber kaum in Erinnerung gebliebenen Geschichte zurückzublicken. In den 1950er Jahren ließen Präsident Eisenhower und die Dulles-Brüder (CIA-Direktor Allen Dulles und Außenminister John Foster Dulles) Vertragsvorschläge der Sowjets abblitzen, den Nahen Osten in eine neutrale Zone umzuwandeln und Arabien von Arabern regieren zu lassen. Stattdessen starteten sie einen geheimen Krieg gegen den arabischen Nationalismus, den CIA-Direktor Allen Dulles mit dem

Zwei Hauptfiguren in dem CIA-gesteuerten Putsch in Syrien im Jahr 1963, Michel Aflaq und Salah Jadid (Foto: The Online Museum of Syrian History, Public Domain)

Kommunismus gleichsetzte; insbesondere dann, wenn die arabische Selbstbestimmung Ölkonzessionen bedrohte. Sie leiteten heimlich amerikanische Militärhilfe zu Tyrannen in Saudi Arabien, Jordanien, Irak und den Libanon; offenbar betrachtete man die konservativ djihadistische Ideologie als zuverlässiges Gegenmittel gegen den sowjetischen Marxismus. Bei einem Treffen im Weißen Haus im September 1957 zwischen dem Planungsdirektor der CIA, Frank Wisner und John Foster Dulles empfahl Eisenhower entsprechend einer Aufzeichnung seines Büroleiters General Andrew J. Goodpaster der Agentur: „Wir sollten alles tun, um den Aspekt des „heiligen Kriegs" zu betonen".

Die CIA begann 1949 mit der aktiven Einmischung in Syrien – knapp ein Jahr nachdem die Agentur gegründet worden war. Syrische Patrioten erklärten den Nazis den Krieg, vertrieben das Vichy-Regime und begannen eine fragile säkulare Demokratie nach amerikanischem Vorbild aufzubauen. Aber im März 1949 zögerte der demokratisch gewählte Präsident von Syrien Shukri al-Quwatli die Transarabische Pipeline zu genehmigen – ein amerikanisches Projekt, das die Ölfelder von Saudi-Arabien über Syrien mit den Häfen des Libanon verbinden sollte. In seinem Buch „CIA. Die ganze Geschichte " erzählt der CIA-Historiker Tim Weiner, dass die CIA als Vergeltung für al-Quwatlis Mangel an Begeisterung für die US-Pipeline einen Putsch anzettelte, um ihn mit einem von der CIA handverlesenen Diktator, einem verurteilten Betrüger namens Husni al Za'im, zu ersetzen. Al-Za'im, hatte, nur viereinhalb Monaten an der Regierung, kaum Zeit, das Parlament aufzulösen und die amerikanische Pipeline zu genehmigen, bevor seine Landsleute ihn abgesetzt haben.

Nach mehreren Gegenputschen des (neu) destabilisierten Landes probte das syrische Volk 1955 erneut die Demokratie und wählte wieder al-Quwatli und seine National-Partei. al-Quwatli wahrte immer noch eine neutrale Position im Kalten Krieg, aber gebrannt durch die amerikanische Einmischung bei seiner Amtsenthebung, wandte er sich dem sowjetischen Lager zu. Diese Haltung brachte den CIA Direktor Dulles dazu, „Syrien reif für einen Putsch" zu erklären. Er schickte zwei seiner Staatsstreichexperten, Kim Roosevelt und Rocky Stone, nach Damaskus.

Zwei Jahre zuvor hatten Kim Roosevelt und Rocky Stone im Iran einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mossadegh geleitet, nachdem dieser versucht hatte, die einseitigen Verträge mit den britischen Ölriesen Anglo-Iranian Oil Company (heute BP) neu zu verhandeln. Mossadegh war der erste gewählte Präsident in der 4.000 Jahre alten Geschichte des Iran und ein populärer Verfechter der Demokratie in den Entwicklungsländern. Er verwies alle britischen Diplomaten des Landes, nachdem ein Putschversuch aufgedeckt wurde, bei dem britische Geheimdienstler mit der BP zusammen arbeiteten. Mossadegh machte den Fehler, nicht den Bitten seiner Ratgeber zu folgen und die CIA ebenfalls des Landes zu verweisen, die, wie sich später herausstellen sollte, in dem britischen Spiel mit verwickelt war. Mossadegh idealisierte die USA als Vorbild für die neue iranische Demokratie und konnte sich nicht vorstellen, dass diese zu solch perfiden Handlungen fähig sein sollte. Obwohl Dulles den Staatsstreich einfädelte, verbot Präsident Harry Truman der CIA den britischen Streich aktiv zu unterstützen, um Mossadegh zu stürzen. Als Eisenhower im Januar 1953 sein Amt antrat, befreite er Dulles sofort von diesem Verbot. Nach dem Sturz Mossadeghs durch die Operation „Ajax" installierte Eisenhower den Schah Reza Pahlavi, der US-Ölgesellschaften begünstigte. Aber dessen zwei Jahrzehnte dauernde, vom Pfauenthron regierende Herrschaft, die von der CIA gesponserte Brutalität gegenüber seinem eigenen Volk, hat letztendlich 1979 die islamische Revolution entzündet. Das belastet unsere Auslandspolitik seit 35 Jahren.

Wie in „Safe for Democracy: The Secret Wars of the CIA", von John Prados geschildert, kam Stone mit „Erfolg" der Operation Ajax im Iran im Rücken mit 3 Millionen Dollar in Damaskus an, um islamische Militante aufzuwiegeln und zu bewaffnen, um das syrische Militär und Politiker zu bestechen sowie die demokratisch gewählte säkulare Regierung von al-Quwatli zu stürzen. Mit der Muslimbruderschaft zusammenarbeitend und Millionen von Dollar in der Tasche, arrangierte Rocky Stone die Ermordung des syrischen Geheimdienstchefs, des Chefs seines Generalstabs und des Chefs der Kommunistischen Partei sowie nationale Verschwörungen und verschiedene starke mi-

litärische Provokationen im Irak, Libanon und Jordanien, die den syrischen Baathisten in die Schuhe geschoben werden sollten. Tim Weiner beschreibt in „Die ganze Geschichte" den Plan der CIA die syrische Regierung zu destabilisieren und einen Vorwand für den Einmarsch in Jordanien und dem Irak zu liefern, deren Regierungen sich schon unter CIA-Kontrolle befanden. Kim Roosevelt prognostizierte, dass sich die neu installierte Marionettenregierung der CIA zunächst auf „repressive Maßnahmen und willkürliche Ausübung der Macht" verlassen könne, wie die Tageszeitung „der Guardian" auf Basis der freigegebenen CIA-Dokumente in einem Bericht veröffentlichte.

Aber das ganze Geld reichte nicht, um die syrischen Militäroffiziere zu korrumpieren. Die Soldaten berichteten den Baathisten von den Bestechungsversuchen der CIA. Als Antwort stürmte die syrische Armee die amerikanische Botschaft und nahm Stone gefangen. Nach einem harten Verhör gestand Stone im Fernsehen seine Rolle bei dem iranischen Putsch und dem abgebrochenen Putschversuch in Syrien ein. Die Syrer warfen Stone und zwei weitere Mitarbeiter der US-Botschaft aus dem Land. Es war das erste Mal überhaupt, dass US-Diplomaten aus einem arabischen Land ausgewiesen wurden. Das Weiße Haus unter Eisenhowers Führung wies Stones Geständnis als „fabriziert" und „Verleumdung" zurück, ein Dementi, das von der gesamten Presse geschluckt wurde, angeführt von der „New York Times", geglaubt vom amerikanischen Volk, das die gleiche idealisierte Vorstellung von der US-Regierung hatte, wie Mossadegh. Syrien legte alle politischen Sympathien für die US-Regierung bei und exekutierte für den Verrat alle militärischen Offiziere, die mit dem Putsch in Verbindung standen. Im Gegenzug brachte die US-Regierung ihre 6. Flotte im Mittelmeer in Stellung, drohte mit Krieg und brachte die Türkei dazu in Syrien einzumarschieren. Die Türken stationierten 50.000 Soldaten an der Grenze zu Syrien und machten nur angesichts der vereinten Opposition der arabischen Liga, deren Führer wütend auf die US-Intervention waren, einen Rückzieher. Auch nach der Vertreibung der CIA aus Syrien, setzte dieser seine Bemühungen, die demokratisch gewählte Baath-Regierung zu stürzen, fort. Die CIA verschwor sich mit dem MI6, um ein „Freies Syrisches Komitee" zu bilden und bewaffnete die Muslimbruderschaft zur Ermordung dreier syrischer Regierungsbeamter, die geholfen hatten, den „amerikanischen Auftrag" aufzudecken, wie bei Matthew Jones in 'The Preferred Plan' veröffentlicht (The Anglo-American Working Group Report on Covert Action in Syria, 1957). Der CIA-Unfug entfernte Syrien noch weiter von den USA und brachte es in eine andauernde Beziehung zu Russland und Ägypten.

Nach dem zweiten syrischen Putschversuch erschütterten anti-amerikanische Unruhen den Nahen Osten vom Libanon bis Algerien. Zum Nachhall gehörte der Putsch vom 14. Juli 1958 angeführt von der neuen Welle anti-amerikanischer Armeeoffiziere, die Iraks pro-amerikanischen Monarchen Nuri al-Said stürzten. Die Putschisten veröffentlichten geheime Regierungsdokumente, die belegten, dass der irakische Monarch eine hochbezahlte CIA-Marionette war. Als Reaktion auf den amerikanischen Verrat lud die neue irakische Regierung sowjetische Diplomaten und Wirtschaftsberater ein und drehte dem Westen den Rücken zu.

Nach der Entfremdung des Iraks und Syriens floh Kim Roosevelt aus dem Mittleren Osten, um als Führungskraft für die Ölindustrie zu arbeiten, der er während seiner CIA-Karriere schon gute Dienste geleistet hatte. Roosevelts Nachfolger versuchte laut Weiner den neuen irakischen Präsidenten mit einem giftigen Schnupftuch zu ermorden, was fehlschlug. Schließlich gelang es der CIA fünf Jahre später den Präsidenten abzusetzen und die Baath-Partei an der Macht zu installieren. Ein charismatischer junger Mörder namens Saddam Hussein war einer der aufstrebenden Führer der CIA-Baath-Partei. Der Parteisekretär der Baath-Partei, Ali Saleh Sa'adi, der neben Saddam Hussein an die Macht kam, wird später sagen: „Wir kamen auf einem CIA-Zug an die Macht", (siehe „A Brutal Friendship: The West and the Arab Elite", von Said Aburish, Journalist and Autor). Aburish berichtete, dass Saddam Hussein und seine Kumpanen eine Todesliste von Personen erhielten, „die sofort beseitigt werden mussten, um den Erfolg zu gewährleisten". Tim Weiner schreibt, dass Critchfeld später bestätigte, dass Saddam Hussein im Wesentlichen von der CIA „geschaffen" wurde. In den Jahren der Reagan-Regierung belieferte die CIA Hussein mit Milliarden von Dollar für Ausbildung, Spezialtruppen, Waffen und Gefechtsfeld-Aufklärung, obwohl sie wussten, dass Hussein giftiges Senf- und Nervengas und biologische Waffen – einschließlich dem von der US-Regierung erhaltenen Milzbranderregers Anthrax – für seinen Krieg gegen den Iran einsetzte. Reagan und sein CIA-Direktor Bill Casey betrachteten Saddam Hussein als Freund der US-amerikanischen Ölindustrie und als stabile Barriere gegen die Ausbreitung der islamischen Revolution im Iran. Ihr Abgesandter Donald Rumsfeld präsentierte 1983 auf einer Reise nach Bagdad Saddam Hussein mit goldenen Cowboy-Sporen und einem Menü aus chemisch/biologischen sowie konventionellen Waffen. Zeitgleich unterstützte die CIA illegal Husseins Feind, den Iran, mit tausenden von panzerbrechenden und Flugabwehr- Raketen im Kampf gegen den Irak – ein Verbrechen, das während des Iran-Contra-Skandals berühmt wurde. Djihadisten beider Seiten benutzten die von der CIA gelieferten Waffen später gegen die Amerikaner.

Selbst jetzt, wo Amerika über eine weitere gewalttätige Intervention nachdenkt, wissen die meisten Amerikaner nichts von den vielen Rückwirkungen der vorangegangenen CIA-Fehlgriffe und wie sie zur aktuellen Krise beigetragen haben. Der Nachhall der jahrzehntelangen CIA-Spielereien klingt weiterhin durch den Mittleren Osten, in den Hauptstädten der Staaten, von den Moscheen bis in die Madrassen [Religionsschulen] über der zerstörten Landschaft der Demokratie und des moderaten Islam, den die CIA half, auszulöschen.

Eine Parade iranischer und syrischer Diktatoren, einschließlich Bashar al-Assad und seinem Vater, nahmen die Geschichte der blutigen CIA-Putsche als Vorwand für ihre autoritäre Herrschaft, repressive Taktiken und den Bedarf einer engen Allianz mit Russland. Diese Geschichten sind dem syrischen und iranischen Volk daher sehr gut bekannt und werden natürlich unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, wenn von einer US-Intervention die Rede ist.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Publiziert auf Free21 am 03.10.2016, 12:20 Uhr, von Robert F. Kennedy, Jr. auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

Während unsere Presse wie Papageien wiederholt, dass unsere militärische Unterstützung für den syrischen Widerstand nur aus humanitären Gründen erfolgt, sehen viele Araber die aktuelle Krise nur als einen weiteren Stellvertreterkrieg um Pipelines und Geopolitik. Es wäre klug von uns, wenn wir die Fakten, die diese Perspektive unterstützen, berücksichtigen würden, bevor wir tiefer in diesen Flächenbrand rauschen.

Ihrer Auffassung nach begann unser Krieg gegen Bashar al-Assad nicht mit den friedlichen Protesten des arabischen Frühlings im Jahr 2011. Vielmehr begann er im Jahr 2000, als Katar vorschlug für 10 Milliarden Dollar eine 1.500 km lange Pipeline durch Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und die Türkei zu bauen. Katar teilt sich mit dem Iran das South Pars/North Dome Gasfeld, das weltweit größte Naturgasvorkommen. Das internationale Handelsembargo gegen den Iran verbot bis vor kurzem den Verkauf von Gas im Ausland. Unterdessen kann Katar sein Gas nur verflüssigt und über den Seeweg auf dem europäischen Markt anbieten – ein Weg, der das Volumen beschränkt und die Kosten dramatisch erhöht. Die geplante Pipeline würde Katar direkt mit dem europäischen Energiemarkt via Transmitterminals in der Türkei verbinden, die reichlich Transitgebühren einbringen würden. Die Katar/Türkei-Pipeline würde den sunnitischen Königshäusern am Persischen Golf maßgebliche Dominanz auf dem Welt-Erdgasmarkt geben und Katar, Amerikas engsten Verbündeten in der arabischen Welt, stärken. Katar beherbergt zwei mächtige amerikanische Militärbasen und das US- Hauptquartier für den Mittleren Osten.

Die EU, die 30% ihres Erdgases aus Russland bezieht, war ebenso erpicht auf diese Pipeline, die ihren Mitgliedern billige Energie und Loslösung von Vladimir Putins drückendem Einfluss auf Wirtschaft und Politik gegeben hätte. Die Türkei, Russlands zweitgrößter Gaskunde, war zuletzt besonders darauf bedacht, ihre Abhängigkeit von dem alten Rivalen zu lösen und sich als lukrative transnationale Drehscheibe von asiatischen Brennstoffen für den EU Markt zu präsentieren. Die konservative sunnitische Monarchie Saudi-Arabiens hätte von der Katar-Pipeline profitiert, da sie dadurch einen Fuß im schiitisch dominierten Syrien gehabt hätte. Das geopolitische Ziel der Saudis ist die wirtschaftliche und politische Macht des Hauptrivalen der Monarchie, dem Iran, einem schiitischem Staat und einem engen Verbündeten von Bashar al-Assad, einzudämmen. Die saudische Monarchie betrachtet die US-gesponserte schiitische Übernahme des Iraks (und in letzter Zeit die Aufhebung des Embargos gegen den Iran) als eine Herabstufung auf ihren regionalen Machtstatus und ist bereits in einen Stellvertreter-Krieg gegen Teheran im Jemen engagiert – hervorzuheben der saudischen Genozid am iranisch unterstützten Huthi-Stamm.

Natürlich betrachten die Russen, die 70% ihres Gasexportes nach Europa verkaufen, die Katar-Pipeline als existenzielle Bedrohung. Aus Putins Sicht, ist die Katar-Pipeline ein NATO-Projekt um den Status Quo zu verändern und Russland seiner einzigen Bastion im Mittleren Osten zu berauben, die russische Wirtschaft zu strangulieren und den russischen Einfluss auf den europäischen Energiemarkt zu beenden. Im Jahr 2009 verkündete Assad seine Weigerung die Vereinbarung zu unterschreiben, die die Erlaubnis enthielt die Pipeline durch Syrien zu führen, um die „Interessen unserer russischen Verbündeten zu schützen".

Assad erzürnte die sunnitischen Herrscher vom Golf außerdem durch die Befürwortung einer von Russland befürworteten „Islamischen Pipeline", die von der iranischen Seite des Gasfeldes durch Syrien zu den Häfen im Libanon führen würde. Die „Islamische Pipeline" würde den schiitischen Iran und nicht das sunnitische Katar zum Hauptlieferanten für den europäischen Energiemarkt machen und Teherans Einfluss im Nahen Osten und der Welt dramatisch erhöhen. Auch Israel war verständlicher Weise dazu entschlossen, die „Islamische Pipeline" entgleisen zu lassen, da sie den Iran und Syrien reich machen und vermutlich deren Vertreter, Hamas und Hizbollah, stärken würde.

Geheime Depeschen der US-amerikanischen, saudischen und israelischen Geheimdienste weisen darauf hin, dass Militär- und Geheimdienstplaner in dem Moment, als Assad das Katar-Pipeline Projekt verwarf, schnell zu dem Konsens gelangten, dass das Schüren eines sunnitischen Aufstands gegen Assad ein gangbarer Weg wäre, um den unkooperativen Bashar al-Assad zu stürzen und das gemeinsame Ziel der Katar/Türkei Verbindung zu erreichen. Gemäß Wikileaks begann die CIA 2009 kurz nachdem Bashar al-Assad die Katar-Pipeline verwarf, mit der Finanzierung von oppositionellen Gruppen in Syrien. Es ist wichtig zu beachten, dass dies vor dem Aufstand gegen Assad stattfand, der vom „arabischen Frühling" ausging.

Bashar Assads Familie gehört zu den Alawiten, einer muslimischen Strömung, die gemeinhin dem schiitischen Lager zugerechnet wird. „Bashar al-Assad sollte nie Präsident werden.", sagte mir der Journalist Seymour Hersh in einem Interview. „Sein Vater holte ihn aus der medizinischen Fakultät in London zurück, als sein älterer Bruder – der Thronfolger – bei einem Autounfall verstorben war." Laut Hersh war Assad auf dem Weg, das Land zu liberalisieren, bevor der Krieg begann. „Sie hatten Internet und Zeitungen und Geldautomaten und Assad wollte das Land Richtung Westen öffnen. Nach 9/11 gab er Tausende von Dateien von unschätzbarem Wert über radikale Djihadisten, an die CIA weiter, in denen er einen gemeinsamen Feind sah." Das Assad-Regime war bewusst säkular und Syrien beeindruckend vielfältig. Die syrische Regierung und die syrische Armee, zum Beispiel, bestanden zu 80% aus Sunniten. Assad erhielt den Frieden unter seinen verschiedenen Volksgruppen durch eine starke, disziplinierte und zu Assads Familie loyale Armee, eine sichere Gefolgschaft von einem national angesehenen und hoch bezahltem Offizierskorps, einem kühlen effizienten Geheimdienstapparat und einem Hang zur Gewalt, der im Vergleich zu den anderen Herrschern im Mittleren Osten, einschließlich unserer heutigen Verbündeten, vor dem Krieg eher moderat war. Nach Hersh, „ hat [er] mit Sicherheit nicht jeden Mittwoch Enthauptungen durchführen lassen, wie es die Saudis in Mekka tun."

Ein anderer erfahrener Journalist, Bob Parry, erinnert an die Einschätzung „Niemand in dieser Region hat saubere Hände, aber in den Bereichen Folter, Massentötungen, Unterdrücken bürgerlicher Freiheiten und Unterstützen von Terrorismus ist Assad viel besser als die Saudis." Niemand glaubte, dass das Regime verwundbar für die Anarchie wäre, die Ägypten, Libyen, den Jemen und Tunesien zerrissen hat. Im Frühjahr 2011 gab es kleine, friedliche Demonstrationen in Damaskus gegen die Repressionen des Assad-Regimes. Das waren überwiegend die Ausläufer des Arabischen Frühlings, die sich den Sommer zuvor viral über die Staaten der Arabischen Liga verbreiteten. Allerdings zeigen Depeschen auf Wikileaks, dass die CIA bereits vor Ort in Syrien war.

Aber die sunnitischen Königreiche, mit enorm viel Petrodollars im Spiel, wollten eine sehr viel aktivere Rolle Amerikas. Am 4. September 2013 erklärte Außenminister John Kerry bei einer Anhörung im Kongress, dass sich die sunnitischen Königreiche angeboten hätten, die Kosten für eine US-Invasion in Syrien zu übernehmen, um Bashar al-Assad zu stürzen. „Tatsächlich haben einige von ihnen gesagt, dass, wenn die USA bereit wären, den Weg zu gehen und all das zu tun, was sie schon bereits an anderen Orten [im Irak] getan haben, werden sie die Kosten tragen." wiederholte Kerry das Angebot vor Rep. Ileana Ros-Lehtinen. (R-Fla.): „In Bezug auf das Angebot der arabischen Länder die

Kosten [für eine US-Intervention] zum Sturz Assads zu übernehmen, die Antwort ist grundsätzlich: ja, sie haben. Das Angebot liegt auf dem Tisch."

Trotz des Drucks der Republikaner scheute sich Barack Obama davor, junge Amerikaner als Söldner zum Sterben an ein Pipeline-Konglomerat zu vermieten. Weise ignorierte Obama das republikanische Getrommel für Bodentruppen in Syrien oder für mehr Mittel für die „moderaten Aufständischen". Aber Ende 2011 hatten der republikanische Druck und unsere sunnitischen Verbündeten die amerikanische Regierung in den Kampf getrieben.

Unser Krieg gegen Bashar al-Assad begann vielleicht nicht mit den friedlichen Protesten des arabischen Frühlings im Jahr 2011. Vielmehr begann er im Jahr 2000, als Katar vorschlug, für 10 Milliarden Dollar eine 1.500 km lange Pipeline durch Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und die Türkei zu bauen.

Im Jahr 2011 schlossen sich die USA mit Frankreich, Katar, Saudi Arabien, der Türkei und Großbritannien zu einer Allianz der „Freunde Syriens" zusammen, die ausdrücklich den Rücktritt von Präsident Assad forderten. Die CIA stellte dem britischen TV Sender „Barada" 6 Millionen Dollar für die Produktion von Beiträgen zur Verfügung, die für Assads Vertreibung warben. Auf Wikileaks veröffentlichte Dokumente des saudischen Geheimdienstes zeigen, dass die Türkei, Saudi Arabien und Katar ab 2012 radikale sunnitische Djihadisten aus Syrien, dem Irak und anderen Ländern bewaffneten, trainierten und finanzierten, um einen Sturz von Assads mit den Schiiten verbündeten Regime zu erreichen. Katar, das am meisten zu gewinnen hatte, investierte drei Milliarden Dollar in den Aufbau des Aufstands und lud die USA ein, Aufständische in den US-Militärbasen in Katar zu trainieren. Gemäß eines Artikels von Seymour Hershs aus dem April 2014 wurde die Rattenlinie der CIA für den Waffennachschub von der Türkei, Katar und Saudi Arabien finanziert.

Die Idee, einen sunnitisch-schiitischen Bürgerkrieg zur Schwächung des syrischen und iranischen Regimes zu entfachen, um damit die Kontrolle über die petrochemischen Vorräte der Region zu behaupten, ist kein neuartiger Einfall im Lexikon des Pentagon. Ein vom Pentagon finanziertes, belastendes RAND-Papier aus 2008 lieferte eine präzise Blaupause für das, was bevorstand. Dieses Papier konstatiert, dass die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen im Persischen Golf für die USA eine „strategische Priorität" bleiben, die „stark mit dem Betreiben des langen Krieges zusammenhängt". RAND empfahl „verdeckte Aktionen", „psychologische und unkonventionelle Kriegsführung" zu verwenden, um eine Strategie des „Teilens und Herrschens" anzuwenden. „Die USA und ihre lokalen Verbündeten könnten die nationalistischen Djihadisten benutzen, um eine Proxy-Kampagne zu starten" und „Die US-Führung könne sich ebenfalls entscheiden, von der anhaltenden sunnitisch-schiitischen Konfliktlinie zu profitieren, sich auf die konservative sunnitische Seite zu schlagen, gegen die Stärkung der schiitischen Bewegung in der muslimischen Welt … möglicherweise autoritäre sunnitische Regierungen gegen einen weiterhin feindlichen Iran unterstützen."

Wie vorhergesagt, polarisierte Assads Überreaktion auf die im Ausland produzierte Krise – Bombardierung der sunnitischen Hochburgen und das Töten von Zivilisten mit Fassbomben – Syriens sunnitisch/schiitische Teile und erlaubte den US- Politikern, den Kampf um die Pipelines als einen Krieg aus humanitären Gründen zu verkaufen. Als sunnitische Soldaten der syrischen Armee begannen überzulaufen, bewaffnete die westliche Koalition die „Freie Syrische Armee" um Syrien weiter zu destabilisieren. Die Darstellung der „Freien Syrischen Armee" in der Presse als zusammenhängende Bataillone der gemäßigten syrischen Aufständischen war eine Wahnidee. Die aufgelösten Einheiten waren in Hunderte von verschiedenen Milizen umgruppiert, meistens von militanten Djihadisten oder ihnen nahestehenden kommandiert, die die engagiertesten und effektivsten Kämpfer waren. Bis dahin hatten die sunnitischen Armeen von Al Qaida im Irak die Grenzen vom Irak nach Syrien überquert und verbündeten sich mit desertierten Einheiten der „Freien Syrischen Armee" – viele von den USA trainiert und bewaffnet.

Trotz der in den Medien vorherrschenden Darstellung eines gemäßigten arabischen Aufstands gegen den Tyrannen Assad, wussten die Planer im US-Geheimdienst, dass ihre Pipeline-Proxys radikale Djihadisten waren, die sich wohl selbst ein brandneues Islamisches Kalifat aus sunnitischen Regionen im Irak und Syrien zimmern würden. Zwei Jahre bevor die Halsabschneider von ISIL auf der Weltbühne erschienen, hat eine sieben Seiten umfassende Studie des militärischen Abschirmdienstes der USA [DIA] vom 12. August 2012 davor gewarnt. Die Studie, deren Freigabe die Bürgerrechtsgruppe „Judicial Watch" erwirkt hat, stellt fest, dass dank der durchgängigen Unterstützung der US/Sunni-Koalition für die radikalen sunnitischen Djihadisten, die „Salafisten, die Muslimbruderschaft und AQI" (jetzt ISIS) die wesentlichen Akteure des Aufstands in Syrien sind".

Diese von den USA und den Golfstaaten finanzierten Gruppen haben die friedlichen Proteste gegen Assad in eine „klar sektiererische (Schiiten gegen Sunniten) Richtung" gedreht. In dem Papier stand, dass der Konflikt zu einem sektiererischen Bürgerkrieg, unterstützt durch die „religiösen und politischen Kräfte" der Sunniten, geworden ist. Der Bericht zeichnet den syrischen Konflikt als globalen Krieg um die Ressourcen der Region, in dem „der Westen, die Golfstaaten und die Türkei die Opposition (gegen Assad) während Russland, China und der Iran das Regime unterstützen." Die Pentagon-Autoren des sieben-seitigen Berichts scheinen den vorausgesagten Aufstieg des IS Kalifats zu befürworten: "Wenn sich die Situation klärt, könnte sich eine deklariertes oder undeklariertes salafistisches Fürstentums in Ostsyrien (Hasaka und Der Zor) etablieren und das ist genau das, was die unterstützenden Mächte von der Opposition wollen, um dadurch das syrische Regime zu isolieren." Der Pentagon-Bericht warnt davor, dass sich dieses neue Fürstentum über die Grenzen des Iraks nach Mossul und Ramadi ausbreiten und einen „Islamischen Staat durch eine Vereinigung mit anderen Terroristengruppen in Syrien und dem Irak ausrufen" könnte.

Tatsächlich ist es genau das, was passiert ist. Nicht zufällig wurden durch den Islamischen Staat genau die Regionen besetzt, die die vorgeschlagene Route der Katar-Pipeline umfassen.

Aber dann schockten unsere sunnitischen Stellvertreter 2014 das amerikanische Volk mit Enthauptungen und der Vertreibung von einer Million Flüchtlinge nach Europa. Tim Clemente, der von 2004-2008 die FBI Joint Terro-

Publiziert auf Free21 am 03.10.2016, 12:20 Uhr, von Robert F. Kennedy, Jr. auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

rism Task Force führte und im Irak als Verbindung zwischen dem FBI, der irakischen Nationalpolizei und dem US-Militär diente, sagte: „Strategien, die auf der Idee basieren, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei, können eine Form von Verblendung sein." In einem Interview sagte Clemente zu mir, dass „wir dieselben Fehler gemacht haben, als wir die Mudschaheddin in Afghanistan trainierten. In dem Moment, als die Russen das Land verließen, begannen unsere vermeintlichen Freunde mit der Zerstörung von Antiquitäten, der Versklavung von Frauen, dem Abtrennen von Körperteilen und auf uns zu schießen."

Als Djihad-John vom Islamischen Staat vor Fernsehkameras begann, Gefangene zu ermorden, schwenkte das Weiße Haus um. Nun sprach man weniger von Assads Absetzung und mehr von regionaler Stabilität. Die Obama-Regierung begann sich von den Aufständischen, die sie finanziert hatte, zu distanzieren. Das Weiße Haus wies derweil mit den Fingern auf unsere Verbündeten. Am 3. Oktober 2014 sagte der Vize-Präsident Joe Biden vor Studenten im John F. Kennedy Jr. Forum am Institut für Politik in Harvard, dass „unsere Verbündeten in Syrien das größte Problem sind". Er erklärte, dass die Türkei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate so „entschlossen seien Assad, zu stürzen", dass sie einen Stellvertreterkrieg zwischen Schiiten und Sunniten begonnen hätten, um „Hunderte von Millionen Dollar und Zehntausende Tonnen Waffen für diejenigen einzuschleusen, die bereit wären gegen Assad zu kämpfen. Ausgenommen von der Unterstützung waren Al Nusra, und Al Qaida" – die zwei Gruppen, die 2014 verschmolzen und sich zum Islamischen Staat formten. Biden schien verärgert, dass man unseren bewährten „Freunden" nicht vertrauen konnte, der amerikanischen Agenda zu folgen. Regelmäßig beschuldigen arabische Führer die USA, dass sie den Islamischen Staat kreiert hätten. Für die meisten Amerikaner scheinen die Vorwürfe verrückt

Zwei Jahre bevor die Halsabschneider von ISIL auf der Weltbühne erschienen, hat eine sieben Seiten umfassende Studie des militärischen Abschirmdienstes der USA [DIA] vom 12. August 2012 davor gewarnt.

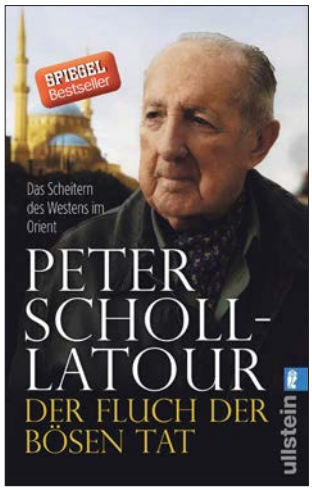
zu sein. Für viele Araber jedoch sind Beweise für die US Beteiligung so reichlich vorhanden, dass sie daraus schließen, dass unsere Rolle bei der Entstehung des Islamischen Staates eine bewusst gewählte war.

In der Tat sind viele der Kämpfer und Kommandeure des Islamischen Staates ideologisch und organisatorisch Nachfolger der Djihadisten, die von der CIA seit mehr als 30 Jahren aufgezogen wurden – von Syrien und Ägypten bis Afghanistan und dem Irak.

Vor der amerikanischen Invasion existierte keine Al Qaida in Saddam Husseins Irak. Präsident George W. Bush zerstörte die säkulare Regierung von Saddam Hussein und Paul Bremer schuf in einem Akt von monumentalem Missmanagement eine sunnitische Armee, die jetzt Islamischer Staat genannt wird. Bremer brachte die Schiiten an die Macht und verbot Saddams herrschende Baath-Partei. Vom Minister bis zum Schullehrer entließ Bremer 700.000 zumeist Sunniten aus der Regierung und dem Staatsdienst. Er löste die 380.000 Mann starke Armee auf, die zu 80 % aus Sunniten bestand. Durch Bremers Aktionen verloren eine Million irakische Sunniten Rang, Vermögen, Reichtum und Macht; zurück blieb eine verzweifelte Unterklasse von wütenden, gebildeten, fähigen, trainierten und stark bewaffneten Sunniten, die nur noch wenig zu verlieren hatten. Der sunnitische Widerstand nannte sich selbst „Al Qaida im Irak". Ab 2011 finanzierten unsere Verbündeten die Invasion der AQI Kämpfer in Syrien. Nach dem Eindringen von AQI nach Syrien im April 2013 änderten sie ihren Namen in ISIL. Gemäß Dexter Filkins vom „NewYorker" wird „ISIS von einem Rat ehemaliger Generäle des Iraks geleitet. … Viele von ihnen waren Mitglieder Saddam Husseins säkularer Baath-Partei, die in amerikanischen Gefängnissen zum radikalen Islam konvertierten. Die 500 Millionen Dollar Militärhilfe, die Präsident Obama nach Syrien schickte, begünstigten letztlich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Djihadisten. Tim Clemente, der ehemalige Vorsitzende der FBI Joint Task Force, erzählte mir, dass der größte Unterschied zwischen den Konflikten im Irak und in Syrien die Millionen von kampferprobten Männer seien, die vom Schlachtfeld nach Europa fliehen, anstatt zu bleiben und ihre Dörfer zu verteidigen. Die naheliegende Erklärung, warum die nationalen Gemäßigten vor dem Krieg fliehen, ist, dass es nicht ihr Krieg ist. Sie versuchen einfach, nicht zwischen dem Amboss der russisch unterstützten Assad-Tyrannei und dem Hammer der teuflischen sunnitischen Djihadisten zerquetscht zu werden, den wir mit der Hand in einem globalen Kampf um konkurrierende Pipelines schwingen. Sie können dem syrischen Volk nicht die Schuld geben, wenn es nicht die für ihre Nation entweder in Washington oder Moskau erdachten Konzepte mit weiten Armen aufnimmt. Die Supermächte haben keine Optionen für eine idealistische Zukunft gelassen, für die die moderaten Syrer bereit wären zu kämpfen. Für eine Pipeline möchte niemand sterben.

* * *

Was ist die Antwort? Wenn unser Ziel ein langfristiger Frieden im Nahen Osten, eine Selbstverwaltung der arabischen Nationen und die nationale Sicherheit zu Hause ist, dürfen wir jegliche neue Intervention in dieser Region nur mit einem Blick auf die Geschichte führen und einem intensiven Wunsch ihre Lektionen zu lernen. Nur wenn wir Amerikaner den historischen und politischen Kontext verstehen, werden wir die Entscheidungen unserer Politiker angemessen kontrollieren. Unsere Politiker lassen uns mit den gleichen Bildern und der Sprache, die den Krieg gegen Saddam Hussein 2003 unterstützte, glauben, dass es sich bei unserer syrischen Intervention um einen idealistischen Krieg gegen Tyrannei, Terrorismus und religiösem Fanatismus handelt. Wir neigen dazu, aus bloßem Zynismus, die Sicht der Araber abzulehnen, die in der aktuellen Krise die Wiederholung altbekannter Plots um Geopolitik und Pipelines sehen. Wenn wir jedoch eine erfolgreiche Außenpolitik haben wollten, müssten wir anerkennen, dass der syrische Konflikt ein Krieg um die Kontrolle von Ressourcen ist – ununterscheidbar von den unzähligen geheimen und unerklärten Ölkriegen, die wir seit 65 Jahren im Nahen Osten führen. Und erst, wenn wir diesen Konflikt als einen Stellvertreterkrieg um eine Pipeline verstehen, werden die Geschehnisse nachvollziehbar. Es ist das einzige Paradigma, das erklärt, warum die GOP und die Obama-Regierung immer noch auf einen Regime-Wechsel



Es gärt und brodelt überall: Syrien und der Irak versinken im grausamen Bürgerkrieg aller gegen alle, in der Türkei ringen islamistische und säkulare Kräfte um die Vormacht. Ägypten ist im Daueraufruhr, und auch am Nordrand dieser unruhigen Weltgegend, im Kaukasus und in der Ukraine, ist die Lage explosiv. Mit der ihm eigenen Scharfsicht beleuchtet Peter Scholl-Latour eine Region, über der nach jahrzehntelanger politischer und militärischer Intervention des Westens ein Fluch zu liegen scheint – der Fluch der bösen Tat heilloser Einmischung. Das Buch ist das Vermächtnis des großen Journalisten und »Welterklärers« Peter Scholl-Latour.

Kommentar Holger:
„Ich mag die unaufgeregte und trotzdem spannende Schreibe von Peter Scholl-Latour, mit der er dem Leser Geopolitik jenseits des gerade aktuellen Narrativs erklärt. Nach der Lektüre dieses Buches ist einmal mehr klar, was gerade läuft."

Der Fluch der bösen Tat

von Peter Scholl-Latour

Taschenbuch: 352 Seiten
Verlag: Ullstein Taschenbuch (6. November 2015)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3548376223
ISBN-13: 978-3548376226
Größe: 12 x 2,3 x 18,7 cm
Preis: 12,99 EUR

und nicht auf Stabilität in der Region fixiert sind, warum die Obama-Regierung keine moderaten Syrer, die in dem Krieg kämpfen wollen, finden kann, warum ISIL ein russisches Passagierflugzeug explodieren ließ, warum die Saudis einfach einen mächtigen schiitischen Kleriker exekutierten, nur um dann ihre Botschaft in Teheran brennen zu haben, warum Russland nicht-ISIL Kämpfer bombardiert und warum die Türkei ausscherte und einen russischen Jet abschoss. Die Million Flüchtlinge, die jetzt Europa überschwemmen, flüchten vor einem Pipeline-Krieg und der pfuschenden CIA .

Clemente vergleicht ISIL mit Kolumbiens FARC – einem Drogenkartell mit einer revolutionären Ideologie um seine Fußsoldaten zu begeistern. „Sie müssen ISIS als Öl-Kartell betrachten," sagte Clemente. „ Am Ende ist das Geld der entscheidende Beweggrund. Die religiöse Ideologie ist ein Werkzeug um die Soldaten zu begeistern, ihr Leben für ein Öl-Kartell zu geben"

Sobald wir diesem Konflikt die humanitäre Patina abstreifen und erkennen, dass es ein Krieg um Öl ist, wird unsere außenpolitische Strategie klar. So wie die Syrer nach Europa fliehen, will kein Amerikaner sein Kind für Pipelines in den Tod schicken. Daher sollte unsere erste, noch nie erwähnte Priorität sein, unsere Tankstelle [wörtlich: „Mideast Oil jones"] im Mittleren Osten loszuwerden – ein erreichbareres Ziel, indem die USA immer unabhängiger im Energiesektor werden. Danach müssen wir unsere Militärpräsenz im Nahen Osten drastisch reduzieren und die Araber Arabien regieren lassen. Abgesehen von der humanitären Hilfe und der Sicherung der israelischen Grenzen, hat die USA keine legitime Rolle in diesem Konflikt. Während die Tatsachen belegen, dass wir eine Rolle bei der Erschaffung dieser Krise gespielt haben, zeigt die Geschichte, dass wir wenig Macht haben, diese zu lösen.

Wenn wir uns der Geschichte stellen, ist es atemberaubend, die erstaunliche Beständigkeit zu betrachten, mit der praktisch jede gewaltsame Intervention seit dem II. Weltkrieg im Nahen Osten von unserem Land in einem kläglichen Scheitern und mit horrenden Kosten endete. Ein Bericht des Verteidigungsministeriums von 1997 stellt fest, dass „die Daten eine starke Korrelation zwischen dem US-Engagement im Ausland und einer Zunahme der Terroranschläge gegen die USA aufzeigen". Seien wir ehrlich. Was wir „Krieg gegen den Terrorismus" nennen, ist tatsächlich nur ein weiterer Ölkrieg. Seit der Ölmann Dick Cheney 2001 den „Langen Krieg" erklärte, haben wir 6 Billionen Dollar für drei Kriege im Ausland und den Aufbau eines Kriegs der nationalen Sicherheit zu Hause verschleudert. Die einzigen Gewinner sind Militärfirmen und Ölgesellschaften, die sich beispiellose Profite in die Taschen steckten, die Geheimdienste, die exponentiell an Macht und Einfluss zu Lasten unserer Freiheiten gewannen und die Djihadisten, für die unsere Interventionen ausnahmslos als Rekrutierungsinstrument diente. Wir haben unsere Werte kompromittiert, unsere eigene Jugend abgeschlachtet, Hunderttausende von unschuldigen Menschen umgebracht, unterminierten unseren Idealismus und verschwendeten unseren nationalen Reichtum in fruchtlosen und teuren Auslandsabenteuern. In dem Prozess haben wir unseren schlimmsten Feinden geholfen und Amerika, einst das Leuchtfeuer für Freiheit in der Welt, in einen Sicherheitsstaat und internationalen Moralapostel verwandelt.

Amerikas Gründerväter warnten einst vor stehenden Heeren, Verstrickungen im Ausland und – um es in John Quincy Adams Worten auszudrücken – davor „im Ausland nach Monstern zu suchen, die man zerstören kann". Dieser weise Mann wusste, dass Imperialismus im Ausland unvereinbar mit Demokratie und Bürgerrechten zu Hause ist. Jedes Land sollte das Recht auf Selbstbestimmung haben, wiederholte die Atlantik-Charta ihr wegweisendes amerikanisches Ideal. In den letzten sieben Jahrzehnten haben die Dulles Brüder, die Cheney-Gang, die Neocons und ihre Konsorten die fundamentalen Prinzipien des amerikanischen Idealismus fallen gelassen und unser Militär und den Geheimdienstapparat eingesetzt, um den merkantilen Interessen der großen Konzerne zu dienen, insbesondere die Mineralölgesellschaften und die Militärfirmen haben wirklich einen enormen Reibach gemacht.

Für die Amerikaner ist es Zeit, Amerika vom neuen Imperialismus weg und zurück zum alten Weg des Idealismus und der Demokratie zu drehen. Wir sollten die Araber Arabien regieren lassen und unsere Energie auf die große Herausforderung des Aufbaus der Nation zu Hause verwenden. Wir müssen mit diesem Prozess beginnen, nicht mit einer Invasion in Syrien, sondern durch die Beendigung der ruinösen Abhängigkeit vom Öl, die die US-Außenpolitik seit einem halben Jahrhundert verzerrt hat.

Übersetzung: Nadja S. für die Facebook-Gruppe „Ein Friedensappell"

Autor:

Robert F. Kennedy, Jr.

ist Rechtsanwalt, Umweltaktivist und Autor. Der dritte Sohn von Robert F. „Bobby" Kennedy ist Präsident der Waterkeeper Alliance. Sein neustes Buch ist „Thimerosal: Let The Science Speak".

Dieser Text wurde zuerst am 17. März 2016 auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=32213› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=24193›

Publiziert auf Free21 am 03.10.2016, 12:20 Uhr, von Robert F. Kennedy, Jr. auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

Der Propaganda-Multiplikator

Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien über Geopolitik berichten: Es ist einer der wichtigsten Aspekte unseres Mediensystems – und dennoch in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt: Der größte Teil der internationalen Nachrichten in all unseren Medien stammt von nur vier globalen Nachrichtenagenturen aus New York, London, Paris und Berlin.

Die Logos der drei Weltagenturen Reuters, AFP und AP, sowie der drei nationalen Agenturen in Österreich (APA), Deutschland (DPA) und der Schweiz (SDA).

Die Schlüsselrolle dieser Agenturen hat zur Folge, dass unsere Medien zumeist über dieselben Themen berichten und dabei sogar oftmals dieselben Formulierungen verwenden. Zudem nutzen Regierungen, Militärs und Geheimdienste die globalen Agenturen als Multiplikator für die weltweite Verbreitung ihrer Botschaften. Die transatlantische Vernetzung der etablierten Medien gewährleistet dabei, dass die gewünschte Sichtweise kaum hinterfragt wird.
Eine Untersuchung der Syrien-Berichterstattung von je drei führenden Tageszeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz illustriert die Fakten sehr deutlich: 78% aller Artikel basieren ganz oder teilweise auf Agenturmeldungen, jedoch 0% auf investigativer Recherche. Zudem sind 82% aller Kommentare und Interviews USA/NATO-freundlich, während Propaganda ausschließlich auf der Gegenseite verortet wird.

Ein Beitrag des „Forschungsprojektes zur Propaganda in Schweizer Medien"

Einleitung: „Etwas Eigenartiges"

„Woher weiß die Zeitung, was sie weiß?" Die Antwort auf diese Frage dürfte manchen Zeitungsleser überraschen: „In der Hauptsache bezieht sie ihr Wissen von Nachrichtenagenturen. Die nahezu anonym arbeitenden Nachrichtenagenturen sind gewissermaßen der Schlüssel zu den Geschehnissen in der Welt. Wer also sind die Nachrichtenagenturen, wie arbeiten sie und wer finanziert diese Unternehmen? All dies sollte man wissen, um sich ein Bild machen zu können, ob man auch wirklich über die Ereignisse in Ost und West zutreffend unterrichtet wird." (Höhne 1977)

> „Man muss sich deshalb immer fragen: Weshalb kommt jetzt gerade diese Information in dieser Form auf mich zu? Letztlich stecken immer Machtfragen dahinter."
>
> **Dr. Konrad Hummler, ehemaliger NZZ-Präsident**

Ein Schweizer Medienforscher gibt deshalb zu bedenken: „Die Nachrichtenagenturen sind die ‚AktualiTäter', sind die wichtigsten Stofflieferanten der Massenmedien. Kein tagesaktuelles Medium kommt ohne sie aus. So beeinflussen die Nachrichtenagenturen unser Bild von der Welt; wir erfahren vor allem das, was sie ausgewählt haben." (Blum 1995)

Angesichts ihrer essentiellen Bedeutung erstaunt es umso mehr, dass diese Agenturen in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind: „Einem Großteil der Gesellschaft ist nicht klar, dass es Nachrichtenagenturen überhaupt gibt … Dabei nehmen sie tatsächlich eine enorm wichtige Rolle auf dem Medienmarkt ein. Doch trotz dieser großen Bedeutung wurde ihnen in der Vergangenheit nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt." (Schulten-Jaspers 2013)

Selbst der Vorsitzende einer Nachrichtenagentur wunderte sich: „Es ist etwas Eigenartiges um die Nachrichtenagenturen. Sie sind in der großen Öffentlichkeit wenig bekannt. Im Gegensatz beispielsweise zu einer Zeitung vollzieht sich ihre Tätigkeit nicht so stark im Scheinwerferlicht, obwohl sie doch immer an der Quelle der Nachricht zu finden sind." (Segbers 2007)

„Das unsichtbare Nervenzentrum des Mediensystems"

Wer also sind diese Agenturen, die „immer an der Quelle der Nachricht" zu finden sind? Globale Agenturen gibt es inzwischen nur noch drei:

1. Die amerikanische Associated Press (AP) mit weltweit über 4.000 Mitarbeitern und rund 12.000 Kunden. Die AP ist im Besitz von US-Medienverlagen und hat ihre Hauptredaktion in New York.

2. Die quasi-staatliche französische Agence France-Presse (AFP) mit Sitz in Paris und knapp 4.000 Mitarbeitern, die pro Tag über 3.000 Meldungen und 2500 Fotos an Medien in aller Welt versenden.

3. Die britische Reuters in London, die privatwirtschaftlich organisiert ist und etwas über 3.000 Mitarbeiter beschäftigt. Reuters wurde 2008 vom kanadischen Medienunternehmer Thomson – einer der 25 reichsten Menschen der Welt – gekauft und zu Thomson-Reuters mit Sitz in New York fusioniert.

Daneben gibt es noch diverse kleinere, nationale Nachrichtenagenturen. In den deutschsprachigen Ländern sind dies insbesondere:

- Die Deutsche Presse-Agentur (DPA) mit rund 700 Mitarbeitern und Hauptredaktion seit 2010 im Axel-Springer-Haus in Berlin. Die DPA ist im Besitz von deutschen Verlagen und Rundfunkanstalten und verfügt über eigene Korrespondenten in ca. hundert Ländern.
- Die Austria Presse Agentur (APA) mit rund 165 Redakteuren. Die APA ist im Besitz von österreichischen Tageszeitungen und des ORF.
- Die Schweizerische Depeschenagentur (SDA) mit rund 150 Mitarbeitern, die im Besitz von Schweizer Medienverlagen ist, darunter die Tamedia und NZZ-Gruppe sowie die SRG.

Die SDA und APA verfügen über kein eigenes Korrespondentennetz im Ausland. Stattdessen kooperieren sie mit der DPA und den globalen Agenturen, um Zugang zu den internationalen Nachrichten zu erhalten und damit ihre nationalen Medien über das Weltgeschehen zu informieren. Die DPA kooperiert ihrerseits eng mit der amerikanischen AP und besitzt die Lizenz zur Vermarktung der AP-Dienste im deutschsprachigen Raum.

Wolfang Vyslozil, der ehemalige Geschäftsführer der APA, beschrieb die Schlüsselrolle der Nachrichtenagenturen 2005 mit diesen Worten: „Nachrichtenagenturen stehen selten im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dennoch sind sie eine der einflussreichsten und gleichzeitig eine der am wenigsten bekannten Mediengattungen. Sie sind Schlüsselinstitutionen mit substanzieller Bedeutung für jedes Mediensystem. Sie sind das unsichtbare Nervenzentrum, das alle Teile dieses Systems verbindet.“ (Segbers 2007, S.10)

Kleines Kürzel, große Wirkung

Es gibt jedoch einen einfachen Grund, warum die globalen Agenturen trotz ihrer Bedeutung dem breiten Publikum so gut wie unbekannt sind, denn: „Radio und Fernsehen nennen ihre Quellen in der Regel nicht, und die Quellenangaben in Zeitschriften entziffern nur Spezialisten.“ (Blum 1995)

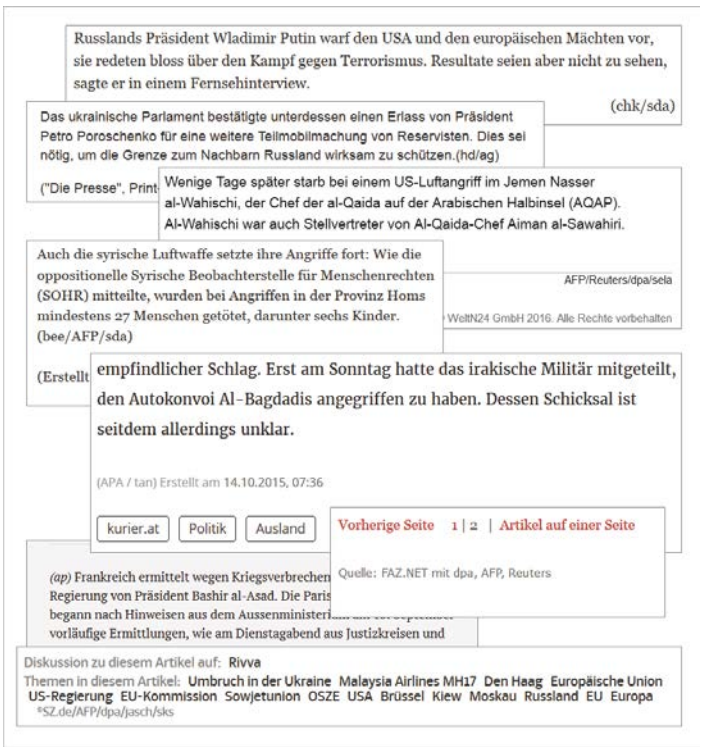
Das Motiv für diese Zurückhaltung dürfte indes klar sein: Unsere Medien sind nicht besonders stolz darauf, dass sie viele ihrer Beiträge in Wirklichkeit gar nicht selbst recherchiert haben, sondern aus den immer gleichen Quellen beziehen.

Die folgende Abbildung zeigt einige Beispiele zur Quellenkennzeichnung in bekannten deutschsprachigen Zeitungen. Neben den Agenturkürzeln finden sich die Kürzel von Redakteuren, die den jeweiligen Agenturbericht bearbeitet haben.

Hin und wieder verwenden die Zeitungen aber auch Agenturmaterial, ohne dies klar zu kennzeichnen. Das Forschungsinstitut für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich kam in einer Studie von 2011 unter anderem zu folgendem Ergebnis:

„Agenturbeiträge werden integral verwertet, ohne sie zu kennzeichnen, oder sie werden partiell umgeschrieben, um sie als redaktionelle Eigenleistung erscheinen zu lassen. Zudem herrscht eine Praxis vor, Agenturmeldungen mit wenig Aufwand ‚aufzupeppen‘; hierzu werden etwa Visualisierungstechniken eingesetzt: Ungezeichnete Agenturmeldungen werden mit Bildern und Grafiken angereichert und als umfangreiche Berichte dargeboten.“ (FOEG 2011)

Der Propaganda-Multiplikator: Regierungen, Geheimdienste und Militärs verbreiten ihre Botschaften über die globalen Agenturen und die angeschlossenen Medien an das weltweite Publikum.



Kürzel der Nachrichtenagenturen in den Quellenangaben von Zeitungsartikeln

Dabei spielen die Agenturen nicht nur in der Presse eine herausragende Rolle, sondern ebenso im privaten und öffentlichen Rundfunk. Dies bestätigt Volker Bräutigam, der zehn Jahre für die Tagesschau der ARD gearbeitet hat und die Dominanz der Agenturen kritisch sieht: „Ein grundsätzliches Problem liegt darin, dass (die Nachrichtenredaktion) ARD-aktuell ihre Informationen hauptsächlich aus drei Quellen bezieht: den Nachrichtenagenturen DPA/AP, Reuters und AFP: Eine deutsche, eine US-amerikanische, eine britische und eine französische. Der ein Nachrichtenthema bearbeitende Redakteur kann gerade noch einige wenige für wesentlich erachtete Textpassagen auf dem Schirm auswählen, sie neu zusammenstellen und mit ein paar Schnörkeln zusammenkleben.“

Manche Medien gingen sogar noch einen Schritt weiter und haben ihre Auslandsredaktion mangels Ressourcen inzwischen komplett an eine Agentur ausgelagert. Auch auf vielen Newsportalen im Internet werden vorwiegend Agenturberichte publiziert (vgl. Paterson 2007; Johnston 2011; MacGregor 2013).

Hinzu kommt, dass nicht nur die Texte, sondern auch die Bilder, Ton- und Videoaufnahmen, denen man in unseren Medien Tag für Tag begegnet, zumeist von denselben Agenturen stammen. Was für das uneingeweihte Publikum wie ein Beitrag in der Lokalzeitung, dem Lieblings-Radiosender oder der altbekannten Tagesschau aussieht, sind in Wirklichkeit (übersetzte) Meldungen aus New York, London, Paris und Berlin.

Im Endeffekt entsteht durch diese Abhängigkeit von den globalen Agenturen eine frappierende Gleichartigkeit in der internationalen Berichterstattung: Von Wien bis Washington berichten unsere Medien oftmals über dieselben Themen und verwenden dabei sogar vielfach dieselben Formulierungen – ein Phänomen, das man sonst eher mit „gelenkten Medien“ in autoritären Staaten in Verbindung bringen würde.

Publiziert auf Free21 am 009.06.2016, 15:28 Uhr, von „Swiss Propaganda“ auf swisspropaganda.wordpress.com

Die folgende Abbildung zeigt einige Beispiele aus deutschsprachigen und internationalen Publikationen. Wie man sieht, schleicht sich trotz der angestrebten Objektivität der Agenturen mitunter eine leichte (geo-)politische Färbung ein.

Die Rolle der Korrespondenten

Ein Großteil unserer Medien besitzt keine eigenen Auslandskorrespondenten und hat folglich keine andere Wahl, als sich für die Auslandsnachrichten vollständig auf die globalen Agenturen zu verlassen. Doch wie sieht es bei den großen Tageszeitungen und TV-Stationen aus, die über eigene internationale Korrespondenten verfügen? Im deutschsprachigen Raum sind dies beispielsweise eine NZZ, FAZ, Süddeutsche Zeitung, Welt und die öffentlichen Rundfunkanstalten.

Zunächst sind die Größenverhältnisse im Auge zu behalten: Während die globalen Agenturen weltweit über mehrere Tausend Mitarbeiter verfügen, unterhält selbst eine für ihre internationale Berichterstattung bekannte NZZ nur gerade 35 Auslandskorrespondenten (inklusive den Wirtschaftskorrespondenten). In riesigen Ländern wie China oder Indien ist lediglich ein Korrespondent stationiert, ganz Südamerika wird von nur zwei Journalisten abgedeckt, während im noch größeren Afrika gar niemand fest vor Ort ist.

Auch in Kriegsgebiete wagen sich die Korrespondenten nur selten vor. Über den Syrienkrieg berichten die Journalisten der deutschsprachigen Medien beispielsweise aus Städten wie Istanbul, Beirut, Kairo oder gar aus Zypern. Zudem fehlt vielen Journalisten die Sprachkenntnis, um Menschen und Medien vor Ort zu verstehen.

Wie erfahren die Korrespondenten unter solchen Umständen, was die „Nachrichten" in ihrer Weltregion sind? Die Antwort lautet zur Hauptsache einmal mehr: von den globalen Agenturen. Der

„Putin droht", „Iran provoziert", „NATO besorgt", „Assad-Hochburg": Inhaltliche und sprachliche Ähnlichkeit der geopolitischen Berichterstattung aufgrund von Meldungen der globalen Agenturen.

niederländische Nahost-Korrespondent Joris Luyendijk hat die Arbeitsweise von Korrespondenten und ihre Abhängigkeit von den Weltagenturen in seinem Buch „Von Bildern und Lügen in Zeiten des Krieges: Aus dem Leben eines Kriegsberichterstatters" eindrücklich beschrieben:

„Ich hatte mir einen Korrespondenten immer als eine Art Echtzeit-Historiker vorgestellt. Wenn irgendwo etwas Wichtiges geschah, zog er los, ging der Sache auf den Grund und berichtete darüber. Aber ich zog nicht los, um irgendeiner Sache auf den Grund zu gehen. Das hatten andere längst erledigt. Ich zog nur los, um mich als Moderator an einen Originalschauplatz hinzustellen und die Informationen aufzusagen.

Die Redaktion in Holland meldete telefonisch, dass irgendwo etwas los war. Per Fax oder Mail kamen dann Agenturberichte, die ich im Radio mit meinen eigenen Worten nacherzählte und für die Zeitung zu einem Artikel zusammenschrieb. Es war den Redaktionen stets wichtiger, dass ich vor Ort erreichbar war, als dass ich im Bilde war. Die Presseagenturen lieferten genug Informationen, um sich durch jede Krise durchzuboxen.

Und so kommt es, dass man beim Blättern in Zeitungen und beim Zappen durch die Fernsehnachrichten häufig immer wieder den gleichen Bildern und Geschichten begegnet.

Unsere Männer und Frauen in London, Paris, Berlin und Washington – alle fanden, dass oft die falschen Themen die Nachrichten beherrschten und dass wir uns allzu sehr und allzu sklavisch nach den Vorgaben der Presseagenturen richteten.

Die Vorstellung vom Korrespondenten ist, dass er „die Story" hat, aber in Wirklichkeit sind die Nachrichten wie ein Fließband in der Brotfabrik. Am hinteren Ende stehen die Korrespondenten, und wir tun hin und wieder so, als hätten wir die Brötchen selber gebacken, dabei haben wir sie nur eingetütet.

Später wollte ein Freund einmal wissen, wie ich während der ganzen Interviews mit dem Sender immer ohne zu zögern die richtige Antwort auf alle Fragen wusste. Als ich ihm schrieb, dass die Fragen genau wie in den Fernsehnachrichten vorher abgesprochen werden, bekam ich eine E-Mail voller Verwünschungen zurück, denn meinem Freund dämmerte, was ich bereits früher erkennen musste: Jahrzehntelang war er in den Nachrichten auf Schauspieler hereingefallen." (Luyendijk 2015)

Mit anderen Worten: Der typische Korrespondent kann im Allgemeinen keine eigenständige Recherche betreiben, sondern bearbeitet und verstärkt vor allem diejenigen Themen, die von den Nachrichtenagenturen ohnehin vorgegeben werden – der berüchtigte „Mainstream-Effekt".

Hinzu kommt, dass sich die Medien im deutschsprachigen Raum ihre wenigen Auslands-Korrespondenten aus Kostengründen sogar noch teilen müssen: So greifen die deutsche Weltund die österreichische Presse bisweilen auf dieselben Korrespondenten zurück, während dieSüddeutsche Zeitung und der Zürcher Tagesanzeiger ihre Korrespondentennetze bereits weitgehend zusammengelegt haben. Innerhalb der einzelnen Medienkonzerne werden die Auslandsberichte dann oft noch von mehreren Publikationen verwertet – all dies trägt nicht gerade zur medialen Vielfalt bei.

„Was die Agentur nicht meldet, findet nicht statt"

Die zentrale Rolle der Nachrichtenagenturen erklärt ferner, warum bei geopolitischen Konflikten die meisten Medien dieselben Quellen verwenden. Im Syrienkrieg hat es insbesondere die„Syrische Beobachtungstelle für Menschenrechte", eine zweifelhafte Ein-Mann-Organisation in London, zu einiger Bekanntheit gebracht. Es ist nun nicht etwa so, dass sich die Medien einzeln und direkt bei dieser „Beobachtungsstelle" erkundigen, denn tatsächlich ist ihr Betreiber selbst für Journalisten oft schwer zu erreichen.

Vielmehr liefert die „Beobachtungsstelle" ihre Meldungen an die

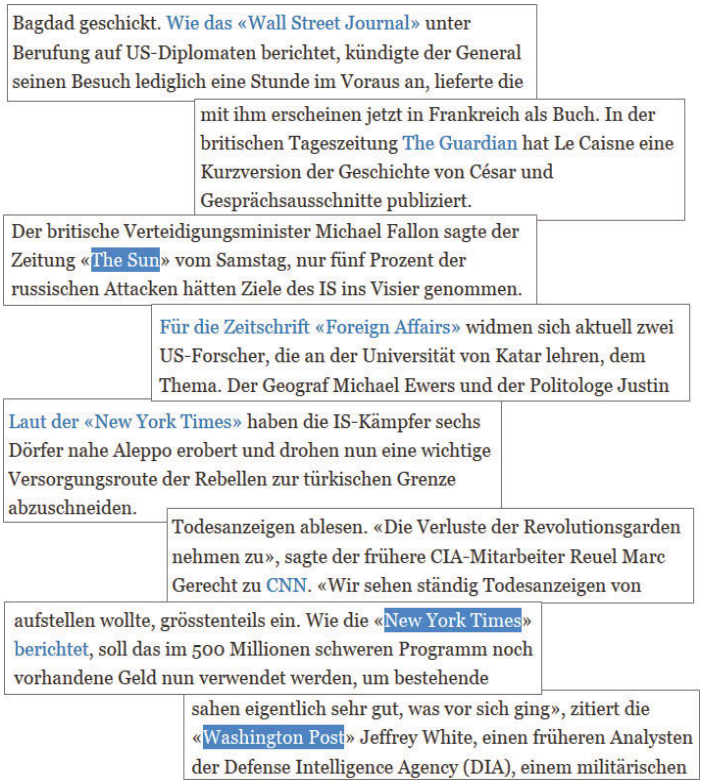
globalen Agenturen, die diese sodann an tausende Medien weiterleiten, welche damit hunderte Millionen von Lesern und Zuschauern weltweit „informieren“. Warum die Agenturen ihre Informationen ausgerechnet bei dieser seltsamen „Beobachtungsstelle“ beziehen – und wer diese wirklich gegründet und finanziert hat – das ist eine andere Frage, die jedoch selten gestellt wird.

Der ehemalige leitende DPA-Redakteur Manfred Steffens gibt in seinem Buch „Das Geschäft mit der Nachricht“ deshalb zu bedenken:

„Eine Nachricht wird nicht dadurch richtiger, dass man für sie eine Quelle angeben kann. Es ist deshalb durchaus fragwürdig, einer Nachricht deshalb mehr Vertrauen zu schenken, weil eine Quelle zitiert wird. Hinter dem Schutzschild, den so eine „Quelle“ für eine Nachricht bedeutet, ist mancher dann durchaus geneigt, auch recht abenteuerliche Dinge in alle Welt zu verbreiten, selbst wenn er selber berechtigte Zweifel an ihrer Richtigkeit hegt; die Verantwortung, zumindest moralisch, kann jederzeit der zitierten Quelle angelastet werden.“ (Steffens 1969)

Die Abhängigkeit von den globalen Agenturen ist zudem ein wesentlicher Grund, warum die mediale Berichterstattung zu geopolitischen Konflikten oftmals oberflächlich und sprunghaft wirkt, während historische Zusammenhänge und Hintergründe bruchstückhaft bleiben oder gänzlich fehlen. Denn: „Nachrichten-Agenturen empfangen ihre Impulse fast ausschließlich aus dem Tagesgeschehen und sind ihrer Natur nach deshalb ahistorisch. Würdigenden Rückblicken werden dementsprechend nur ungern mehr Raum gegeben als unerlässlich.“ (Steffens 1969) Je mehr sich unsere Medien auf die Agenturen verlassen, desto episodenhafter gerät mithin ihre eigene Berichterstattung (vgl. z.B. FOEG 2011).

Schließlich erklärt die Dominanz der globalen Agenturen, warum gewisse geopolitische Themen und Ereignisse – die oft nicht so


Bagdad geschickt. Wie das «Wall Street Journal» unter Berufung auf US-Diplomaten berichtet, kündigte der General seinen Besuch lediglich eine Stunde im Voraus an, lieferte die

mit ihm erscheinen jetzt in Frankreich als Buch. In der britischen Tageszeitung The Guardian hat Le Caisne eine Kurzversion der Geschichte von César und Gesprächsausschnitte publiziert.

Der britische Verteidigungsminister Michael Fallon sagte der Zeitung «The Sun» vom Samstag, nur fünf Prozent der russischen Attacken hätten Ziele des IS ins Visier genommen.

Für die Zeitschrift «Foreign Affairs» widmen sich aktuell zwei US-Forscher, die an der Universität von Katar lehren, dem Thema. Der Geograf Michael Ewers und der Politologe Justin

Laut der «New York Times» haben die IS-Kämpfer sechs Dörfer nahe Aleppo erobert und drohen nun eine wichtige Versorgungsroute der Rebellen zur türkischen Grenze abzuschneiden.

Todesanzeigen ablesen. «Die Verluste der Revolutionsgarden nehmen zu», sagte der frühere CIA-Mitarbeiter Reuel Marc Gerecht zu CNN. «Wir sehen ständig Todesanzeigen von

aufstellen wollte, grösstenteils ein. Wie die «New York Times» berichtet, soll das im 500 Millionen schweren Programm noch vorhandene Geld nun verwendet werden, um bestehende

sahen eigentlich sehr gut, was vor sich ging», zitiert die «Washington Post» Jeffrey White, einen früheren Analysten der Defense Intelligence Agency (DIA), einem militärischen

Häufiges Zitieren von britischen und amerikanischen Medien am Beispiel der Syrienberichterstattung des Zürcher Tagesanzeigers von Anfang Oktober 2015

gut ins atlantische Narrativ passen oder zu „unwichtig“ sind – in unseren Medien überhaupt nicht erwähnt werden: Wenn die Agenturen nicht darüber berichten, dann erfahren auch die meisten westlichen Medien nichts davon.

Als beispielsweise die syrische Armee Mitte November 2015 die Luftwaffenbasis Kuweires nach über zweijähriger Belagerung durch die IS-Miliz zurückeroberte – einer ihrer ersten strategischen Erfolge seit Eingreifen der russischen Luftwaffe – erschien darüber in unseren Medien keine einzige Mitteilung. Wie anlässlich des 50. Jubiläums der DPA einmal pointiert angemerkt wurde: „Was die Agentur nicht meldet, findet nicht statt.“ (Wilke 2000)

Mitunter werden westliche Darstellungen von Ereignissen auch in Form von prominenten Schlagzeilen gemeldet, Gegendarstellungen und Dementis jedoch nicht erwähnt, unauffällig am Ende einer Meldung platziert oder erst nachträglich und diskret ergänzt. Dadurch entsteht in den meisten geopolitischen Konflikten bereits auf Ebene der globalen Agenturen eine tendenziell einseitige Perspektive, die sich zwangsläufig auf unsere Medien überträgt.

„Fragwürdige Nachrichten einschleusen“

Während einige Themen in unseren Medien gar nicht auftauchen, erscheinen andere Themen sehr wohl – obwohl sie es eigentlich nicht sollten: „So berichten denn die Massenmedien vielfach gar nicht über die Wirklichkeit, sondern über eine konstruierte oder inszenierte Wirklichkeit. Verschiedene Studien kamen zum Schluss, dass die Massenmedien überwiegend durch die PR-Aktivitäten der Akteure determiniert seien und dass bei den Medienschaffenden die passive, rezeptive Haltung überwiege und nicht die aktiv-recherchierende.“ (Blum 1995)

Tatsächlich ist es aufgrund der eher geringen journalistischen Eigenleistung unserer Medien und ihrer hohen Abhängigkeit von einigen wenigen Nachrichtenagenturen für interessierte Kreise ein Leichtes, Propaganda und Desinformation in einem vermeintlich seriösen Format an ein weltweites Publikum zu verbreiten. Auch DPA-Redakteur Steffens warnte vor dieser Gefahr:

„Der kritische Sinn wird um so mehr eingeschläfert, je angesehener die Nachrichten-Agentur oder die Zeitung ist, die eine Nachricht bringt. Derjenige, der eine fragwürdige Nachricht in die Weltpresse einschleusen will, braucht also nur zu versuchen, seine Nachricht bei einer halbwegs seriösen Agentur unterzubringen, um sicher zu sein, dass sie dann wenig später auch bei den anderen auftaucht. Manchmal geschieht es so, dass eine Falschmeldung von Agentur zu Agentur weitergereicht und dabei immer glaubwürdiger wird.“ (Steffens 1969)

Zu den aktivsten Akteuren im „Einschleusen“ von fragwürdigen geopolitischen Nachrichten gehören dabei die Militärs und Verteidigungsministerien: Im Jahre 2009 machte der damalige Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, Tom Curley, publik, dass beispielsweise das Pentagon über mehr als 27.000 PR-Spezialisten verfügt, die mit einem Budget von fast fünf Milliarden Dollar pro Jahr die Medien bearbeiten und gezielte Manipulationen in Umlauf bringen. Zudem hätten hohe US-Generäle gedroht, dass man die AP und ihn „ruinieren“ werde, falls die Reporter allzu kritisch über das US-Militär berichten sollten. (Siehe auch: Becker 2015)

Trotz – oder wegen? – solcher Drohungen publizieren unsere Medien regelmäßig Schlagzeilen wie die folgende:

In diesem Artikel vom Oktober 2015 zum Syrienkrieg geht es nicht etwa darum, dass tatsächlich vier russische Marschflugkörper im Iran eingeschlagen sind, obschon der Titel dies nahelegt. Vielmehr handelt es sich um eine Meldung europäischer Nachrichtenagenturen, wonach

Publiziert auf Free21 am 009.06.2016, 15:28 Uhr, von „Swiss Propaganda“ auf swisspropaganda.wordpress.com

zwei namentlich nicht genannte „Gewährsleute“ aus „US-Verteidigungskreisen“ dies gegenüber der amerikanischen Agentur AP behauptet haben. Belege gibt es keine – die Geschichte könnte deshalb genauso gut erfunden und Teil einer Propaganda-Operation gewesen sein. Dennoch werden Berichte wie dieser von nahezu allen etablierten Medien veröffentlicht – eigene Recherchen oder kritische Rückfragen scheinen tabu zu sein (Beispiele zu obiger Meldung: NZZ, FAZ, Welt, Spiegel, Focus, Tagesanzeiger, Kurier, Die Presse).

Ulrich Tilgner, der langjährige Nahost-Korrespondent des ZDF und Schweizer Fernsehens, warnte bereits 2003 im Rückblick auf den Irakkrieg vor medialen Täuschungsmanövern durch die Militärs:

„Mit Hilfe der Medien bestimmen die Militärs die öffentliche Wahrnehmung und nutzen sie für ihre Planungen. Sie schaffen es, Erwartungen zu wecken und Szenarien und Täuschungen zu verbreiten. In dieser neuen Art von Krieg erfüllen die PR-Strategen der US-Administration eine ähnliche Funktion wie sonst die Bomberpiloten. Die Spezial-Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit im Pentagon und in den Geheimdiensten sind zu Kombattanten im Informationskrieg geworden. Dabei nutzen die amerikanischen Militärs die mangelnde Transparenz der Berichterstattung in den Medien gezielt für ihre Täuschungsmanöver. Die von ihnen gestreuten Informationen, die von Zeitungen und Rundfunk aufgenommen und verbreitet werden, können Leser, Zuhörer oder Zuschauer unmöglich bis zur Quelle zurückverfolgen. Somit gelingt es ihnen nicht, die ursprüngliche Absicht der Militärs zu erkennen.“ (Tilgner 2003)

Was dem US-Militär bekannt ist, das dürfte auch dem US-Geheimdienst nicht fremd sein. In einer bemerkenswerten Reportage des britischen Channel 4 sprachen ehemalige Mitarbeiter der CIA und der Agentur Reuters offen über die systematische Verbreitung von Propaganda und Desinformation in der Berichterstattung zu geopolitischen Konflikten:

Einige der führenden deutschsprachigen Medien, von denen Schlüsselpersonen (Herausgeber, Geschäftsführer, Chefredakteure, Journalisten etc.) in die transatlantischen Netzwerke der Atlantik-Brücke oder der Bilderberg-Konferenz eingebunden sind oder waren.

Der ehemalige CIA-Offizier und Whistleblower John Stockwell sagte zu seiner Arbeit im Angola-Krieg: „Das grundsätzliche Ziel war, es wie eine gegnerische Aggression in Angola aussehen zu lassen. In diesem Sinne schrieben wir irgendwelche Geschichten und brachten sie in den Medien unter. Ein Drittel meines Teams in dieser Mission waren PR-Experten, deren Aufgabe es war, Nachrichten zu erfinden und sie in der Presse zu platzieren. Die Redakteure in den meisten westlichen Zeitungen sind nicht allzu skeptisch bei Meldungen, die den allgemeinen Ansichten und Vorurteilen entsprechen. Einige unserer Geschichten liefen während Wochen. Aber es war alles erfunden.“

Fred Bridgland blickte auf seine Tätigkeit als Kriegskorrespondent bei der Agentur Reuters zurück: „Wir basierten unsere Berichte auf offiziellen Mitteilungen. Erst Jahre später erfuhr ich, dass in der US-Botschaft ein Desinformations-Experte der CIA saß und diese Mitteilungen erfand, die überhaupt keinen Bezug zur Realität hatten. Aber ehrlich gesagt, die Agenturen können irgendeinen Mist publizieren, und es wird von den Redaktionen aufgenommen.“

Und der ehemalige CIA-Analyst David MacMichael beschrieb seine Arbeit im Contra-Krieg in Nicaragua mit diesen Worten: „Man sagte, unser Geheimdienstwissen über Nicaragua sei so gut, dass wir sogar das Spülen einer Toilette registrieren können. Ich hatte aber eher das Gefühl, dass die Geschichten, die wir der Presse zuspielten, direkt aus der Toilette kamen.“ (Hird 1985)

Natürlich verfügen die Geheimdienste auch über zahlreiche direkte Kontakte in unseren Medien, denen bei Bedarf „Informationen“ zugespielt werden können. Doch ohne die zentrale Rolle der globalen Agenturen wäre die weltweit synchronisierte Verbreitung von Propaganda und Desinformation unmöglich so effizient realisierbar.

Durch diesen medialen Propaganda-Multiplikator erreichen die zweifelhaften Botschaften der PR-Experten von Regierungen, Militärs und Geheimdiensten mehr oder weniger ungeprüft und ungefiltert die breite Öffentlichkeit. Die Journalisten beziehen sich dabei auf die Agenturen, und die Agenturen berufen sich auf ihre Quellen. Zwar wird oft versucht, mit Ausdrücken wie „offenbar“, „angeblich“ und dergleichen auf Unsicherheiten hinzuweisen (und sich selbst abzusichern) – doch da ist das Gerücht längst in die Welt gesetzt und entfaltet seine Wirkung.

Wie die „New York Times“ berichtete …

Neben den globalen Nachrichtenagenturen gibt es aber noch eine weitere Quelle, die oft genutzt wird, um über geopolitische Konflikte zu berichten: Es sind dies die großen und bekannten Medien in England und den USA.

Eine New York Times oder BBC verfügen beispielsweise über bis zu 100 Auslandskorrespondenten und weitere externe Mitarbeiter. Nahostkorrespondent Luyendijck gibt jedoch zu bedenken:

„Die westlichen Nachrichtenredaktionen, also auch ich, orientierten sich an der Nachrichtenauswahl angesehener Medien wie CNN, der BBC und der New York Times. Sie gingen davon aus, dass deren Korrespondenten einen Überblick über die arabische Welt hätten. Wie sich aber herausstellte, konnten viele von ihnen nicht einmal Arabisch, zumindest nicht genug, um ein Gespräch zu führen oder das Fernsehen zu verstehen. Das galt für viele Topleute bei CNN, der BBC, dem Independent,

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

The Guardian, The New Yorker und der New York Times."

Hinzu kommt, dass die Quellen dieser Medien oftmals nicht leicht zu überprüfen sind („Militärkreise", „anonyme Regierungsbeamte", „Geheimdienstmitarbeiter" und dergleichen) und deshalb ebenfalls für die Streuung von Propaganda genutzt werden können. Auf jeden Fall aber führt die verbreitete Orientierung an den angelsächsischen Publikationen zu einer weiteren Angleichung in der geopolitischen Berichterstattung unserer Medien.

Die folgende Abbildung zeigt einige Beispiele solcher Zitierungen anhand der Syrien-Berichterstattung des Zürcher Tagesanzeigers – immerhin die größte Tageszeitung der Schweiz und wie erwähnt ein Partner der Süddeutschen Zeitung. Die Artikel stammen alle aus den ersten Oktobertagen 2015, als Russland direkt in den Syrienkrieg eingriff:

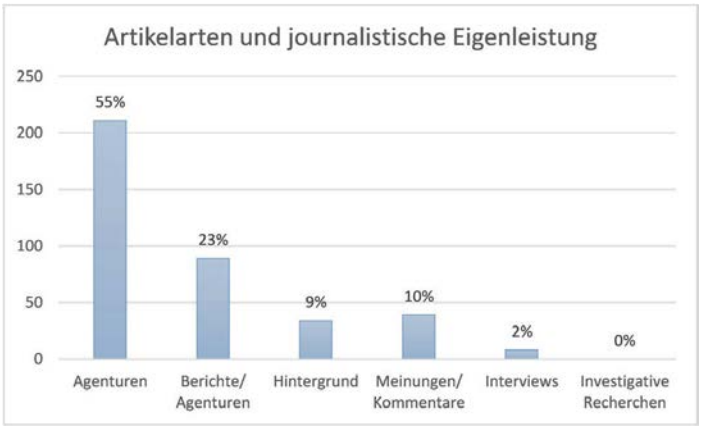


Abbildung 1: Artikelarten und journalistische Eigenleistung (insgesamt; n=381)

Das gewünschte Narrativ

Doch warum versuchen Journalisten in unseren Medien nicht einfach, selbstständig zu recherchieren und unabhängig von den globalen Agenturen und den angelsächsischen Medien zu berichten? Nahost-Korrespondent Luyendijk beschreibt seine diesbezüglichen Erfahrungen:

„Jetzt könnte man fragen: Warum sucht er (der Journalist) sich dann nicht vernünftige Quellen? Das habe ich ja probiert, aber immer wenn ich an den Presseagenturen, den großen angelsächsischen Medien und den talking heads (westliche Gesprächspartner und NGOs in arabischen Ländern) vorbei eine Reportage machen wollte, ging das daneben. Offenbar konnte ich als Korrespondent ganz verschiedene Geschichten über ein und dieselbe Situation erzählen. Doch die Medien konnten nur eine davon bringen, und oft genug war das genau diejenige Geschichte, die das bereits vorherrschende Bild bestätigte." (Luyendijk 2015)

Der Medienforscher Noam Chomsky hat diesen Effekt in seinem Aufsatz „Was die Mainstream-Medien zum Mainstream macht" wie folgt beschrieben: „Wenn du die offizielle Linie verlässt, wenn du abweichende Berichte produzierst, dann wirst du das bald zu spüren bekommen. Es gibt viele Möglichkeiten, wie man dich rasch wieder auf Linie bekommt. Wenn du die Vorgaben nicht beachtest, dann wirst du deine Stelle nicht lange behalten. Dieses System funktioniert ziemlich gut, und es widerspiegelt die etablierten Machtstrukturen." (Chomsky 1997)

Auch in deutschsprachigen Medien sind solche Fälle dokumentiert. Als beispielsweise ein ARD-Korrespondent im Libanesischen Bürgerkrieg über die mit eigenen Augen beobachtete materielle Unterstützung einer Miliz durch ein Nachbarland berichtete, kontaktierte der damalige Intendant der ARD ob des politisch inopportunen Beitrags sogleich den Chefredakteur, welcher dem betroffenen Journalisten umgehend einen Wechsel nach Südafrika nahelegte. (Mükke 2014, S.33)

Ebenso verließ der langjährige Nahost- und Afghanistan-Korrespondent Ulrich Tilgner das ZDF, weil er aufgrund von „Bündnisrücksichten" und „Eingriffen in seine Arbeit" nicht mehr frei berichten konnte: „[Früher] wollte man wissen: Was haben die Leute vor Ort zu sagen? Heute werden Beiträge nur zu oft in den Redaktionen zusammengebaut und der Sendeablauf wird designed." (siehe auch: Tilgner 2003)

In der Schweiz traf es unter anderem den ehemaligen Auslandschef der Weltwoche, der den „Fehler" beging, mitten im Bosnienkrieg über nachweisliche Kriegslügen der westlichen Allianz zu berichten: Er erhielt ein Schreibverbot und sah sich mit seiner möglichen Absetzung konfrontiert. Zuletzt „erwischte" es den ehemaligen Tagesschau-Korrespondenten Helmut Scheben, der auf dem Newsportal Watson – ein Partner von Spiegel Online – die westliche Berichterstattung zu Syrien als einseitig und manipulativ kritisierte. Keine zwei Tage später wurde er in einem aufgebrachten Rückruf von der Redaktion als „Putin-Troll" beschimpft.

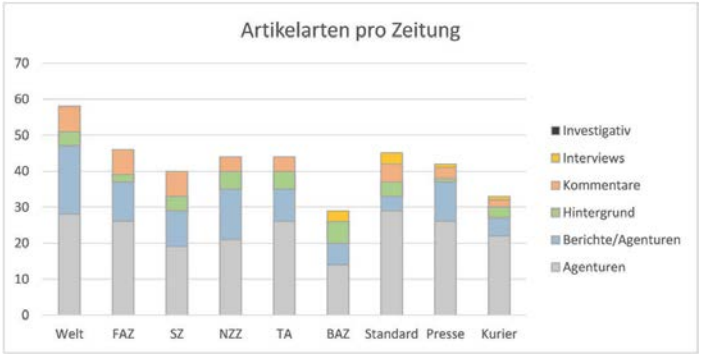


Abbildung 2: Artikelarten pro Zeitung

Trotz solcher Beispiele sind einige der führenden Journalisten weiterhin der Ansicht, ihnen würde niemand vorschreiben, was sie zu sagen haben. Wie passt dies zusammen? Medienforscher Chomsky klärt den scheinbaren Widerspruch auf:

„Der entscheidende Punkt ist folgender: Diese Journalisten wären ihren Job längst los, wenn sie nicht schon lange bewiesen hätten, dass ihnen niemand sagen muss, was sie zu schreiben haben – weil sie ohnehin das „Richtige" schreiben werden. Wenn sie zu Beginn ihrer Karriere die „falschen" Storys verfolgt hätten, wären sie gar nicht erst in die Position gekommen, in der sie jetzt „alles sagen können, was sie wollen". Mit anderen Worten: Diese Journalisten durchliefen bereits einen Sozialisierungsprozess." (Chomsky 1997)

Im Endeffekt führt dieser „Sozialisierungsprozess" zu einem Journalismus, der über geopolitische Konflikte im Allgemeinen nicht mehr unabhängig recherchiert und kritisch berichtet, sondern mittels geeigneter Leitartikel, Kommentare und Interviewpartner das gewünschte Narrativ zu festigen versucht. (Siehe auch: Gritsch 2010)

Eine der beliebtesten Methoden hierfür beschrieb der französische Journalist und Medienkritiker Jean Queval in seinem Buch „Première page, cinquième colonne":

„Das sicherste Mittel, die öffentliche Meinung zu verändern, ist heutzutage das der gesteuerten Nachricht. Um den Propaganda-Krieg zu gewinnen, lenke man also die Nachricht, bringe man sie kaltblütig unter einem falschen Gesichtswinkel, indem man gelegentlich ruhig zur schlichten Fälschung greift, am häufigsten dergestalt, dass man die Perspektiven und die Bezüge verschiebt, was sich auf verschiedene Weisen

Publiziert auf Free21 am 009.06.2016, 15:28 Uhr, von „Swiss Propaganda" auf swisspropaganda.wordpress.com

machen lässt, von denen die einfachste und die häufigste die Lüge durch Weglassen und Verschweigen ist.“ (Queval 1945)

Fazit: Das „Erste Gesetz des Journalismus“

Der ehemalige AP-Journalist Herbert Altschull nannte es das Erste Gesetz des Journalismus: „In allen Pressesystemen sind die Nachrichtenmedien Agenten derer, die die politische und wirtschaftliche Macht ausüben. Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender handeln also nicht unabhängig, obwohl sie die Möglichkeit unabhängiger Machtausübung besitzen.“ (Altschull 1984/1995)

Insofern ist es folgerichtig, wenn unsere etablierten Medien – die ja überwiegend durch Werbung finanziert oder aber quasi-staatlich organisiert sind – die geopolitischen Interessen der Transatlantik-Allianz vertreten. Denn sowohl die werbetreibenden Banken und Konzerne wie auch die Staaten selbst sind nolens volens auf die transatlantische Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur amerikanischer Prägung angewiesen.

Zudem sind unsere führenden Medien bzw. deren Schlüsselpersonen – ganz im Sinne von Chomskys „Sozialisierung“ – oftmals selbst in die Netzwerke der transatlantischen Elite eingebunden. Die folgende Abbildung illustriert dies am Beispiel der Atlantik-Brücke und der jährlichen Bilderberg-Konferenz – zwei der wichtigsten derartigen Institutionen (siehe auch: Krüger 2013).

Wie man sieht, sind die meisten führenden deutschsprachigen Publikationen der Sparte „Transatlantik-Medien“ zuzurechnen. Vielleicht gerade deswegen ging dieser wichtige Aspekt bisweilen vergessen und es entstand beim Publikum der Eindruck einer vermeintlichen Vielfalt, die es jedoch insbesondere im tagesaktuellen Bereich eigentlich nie gab: Der theoretischen Medienfreiheit standen hier allzu hohe praktische Eintrittshürden entgegen (Senderkonzessionen, limitierte

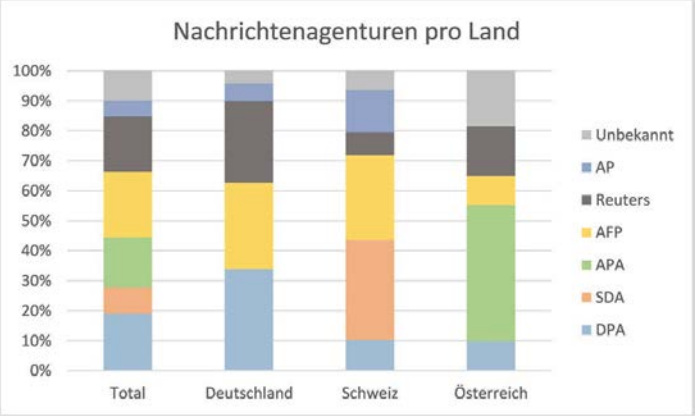


Abbildung 3: Anteil der Nachrichtenagenturen, insgesamt (n=277) und pro Land.

Frequenz- und Programmplätze, Anforderungen an Finanzierung und technische Infrastruktur, beschränkte Verkaufskanäle, Abhängigkeit von Werbung und Agenturen etc.)

Erst durch das Internet ist Altschulls Erstes Gesetz ein Stück weit durchbrochen worden. In den letzten Jahren konnte so ein qualitativ hochwertiger, leserfinanzierter Journalismus entstehen, der die herkömmlichen Medien in Bezug auf kritische Berichterstattung und Ausleuchtung von Hintergründen oft deutlich übertrifft. Einige dieser „alternativen“ Publikationen erreichen inzwischen allein im deutschsprachigen Raum weit über 100’000 Leser und Zuschauer, was zeigt, dass die „Masse“ für die Qualität eines Mediums keineswegs ein Problem sein muss – im Gegenteil.

Andererseits gelang es den konventionellen Medien bis anhin, auch im Internet die große Mehrzahl der Besucher auf sich zu vereinen (siehe Statistiken für die Schweiz, Deutschland,und Österreich). Dies hängt wiederum eng mit den Nachrichtenagenturen zusammen, deren stets aktuelle Meldungen das Rückgrat der meisten Newsportale bilden.

Die kommenden Jahre werden es zeigen: Wird die „politische und wirtschaftliche Macht“ gemäß Altschulls „Gesetz“ die Kontrolle über die Nachrichten behalten – oder werden „unkontrollierte“ Nachrichten das politische und ökonomische Machtgefüge verändern?

Fallstudie: Syrien-Berichterstattung

Im Rahmen einer Fallstudie wurde die Syrien-Berichterstattung von je drei führenden Tageszeitungen aus Deutschland, Österreich

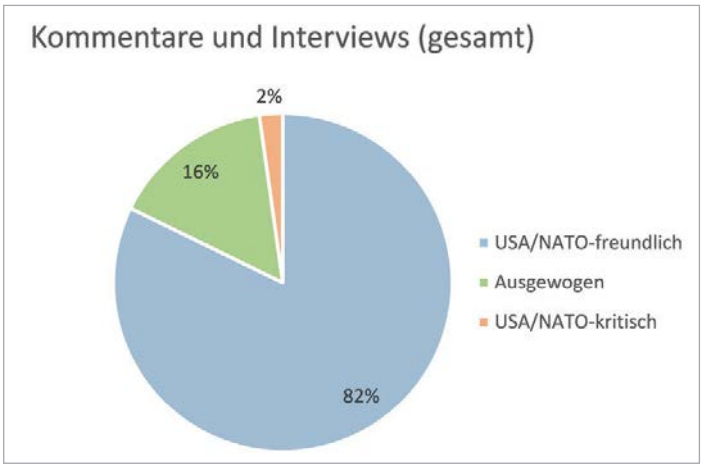


Abbildung 4: Grundsätzliche Ausrichtung der Meinungsbeiträge, Gastkommentare und Interviewpartner (insgesamt; n=45).

und der Schweiz auf Vielseitigkeit und journalistische Eigenleistung hin untersucht. Ausgewählt wurden hierfür die folgenden Zeitungstitel:

- Für Deutschland: Die Welt, die Süddeutsche Zeitung (SZ), und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
- Für die Schweiz: Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), der Zürcher Tagesanzeiger (TA), und die Basler Zeitung (BaZ)
- Für Österreich: Der Standard, der Kurier, und die Presse

Als Untersuchungszeitraum wurde der 1. bis 15. Oktober 2015 definiert, d.h. die ersten beiden Wochen nach dem direkten Eingreifen Russlands in den Konflikt. Berücksichtigt wurde die gesamte Print- und Online-Berichterstattung der genannten Zeitungen. Nicht berücksichtigt wurden allfällige Sonntagsausgaben, da nicht alle untersuchten Zeitungen über eine solche verfügen. Insgesamt entsprachen 381 Zeitungsartikel den genannten Kriterien.

In einem ersten Schritt wurden die Artikel anhand ihrer Eigenschaften in folgende Gruppen eingeteilt:

1. Agenturen: Meldungen und Berichte von Nachrichtenagenturen (mit Agenturkürzel)
2. Berichte/Agenturen: Einfache Berichte (mit Autorennamen), die ganz oder teilweise auf Meldungen von Agenturen basieren
3. Hintergrund: Redaktionelle Hintergrundberichte und Analysen
4. Meinungen/Kommentare: Meinungsbeiträge und Gastkommentare
5. Interviews: Interviews mit Experten, Politikern etc.
6. Investigativ: Investigative Recherchen, die neue Informationen oder Zusammenhänge aufdecken

Die folgende Abbildung 1 zeigt die Zusammensetzung der Artikel für die neun untersuchten Zeitungen insgesamt. Wie ersichtlich bestanden 55% der Artikel aus Meldungen und Berichten von Nachrichtenagenturen; 23% aus redaktionellen Berichten auf Basis von Agenturmaterial; 9% aus

Hintergrundberichten; 10% aus Meinungen und Gastkommentaren; 2% aus Interviews; und 0% aus investigativen Recherchen.

Die reinen Agenturtexte – von der kurzen Meldung bis hin zum ausführlichen Bericht – befanden sich dabei mehrheitlich auf den Internetseiten der Tageszeitungen: Auf diesen ist einerseits der Aktualitätsdruck höher als in der gedruckten Ausgabe, andererseits bestehen keine Platzbeschränkungen. Die meisten übrigen Artikelarten fanden sich sowohl in der Online- wie in der gedruckten Ausgabe; einige exklusive Interviews und Hintergrundberichte fanden sich nur in den gedruckten Ausgaben. Sämtliche Artikel wurden für die Untersuchung nur einmal erfasst.

Die folgende Abbildung 2 zeigt dieselbe Klassifikation aufgeschlüsselt pro Zeitung. Die meisten Zeitungen publizierten im Beobachtungszeitraum (zwei Wochen) zwischen 40 und 50 Artikel zum Syrienkonflikt (Print und Online). Einzig bei der deutschen Welt waren es mehr (58), bei der Basler Zeitung und dem österreichischen Kurier hingegen deutlich weniger (29 bzw. 33).

Der Anteil der Agenturmeldungen liegt je nach Zeitung bei knapp 50% (Welt, Süddeutsche, NZZ, Basler Zeitung), knapp 60% (FAZ, Tagesanzeiger), und 60 bis 70% (Presse, Standard, Kurier). Zusammen mit den agenturbasierten Berichten liegt der Anteil bei den meisten Zeitungen zwischen circa 70% (Basler Zeitung) und 80%, bei der österreichischen Presse bei 88%. Diese Anteile decken sich mit früheren medienwissenschaftlichen Studien (siehe z.B. Blum 1995; Johnston 2011; MacGregor 2013; Paterson 2007).

Bei den Hintergrundberichten lagen die Schweizer Zeitungen vorne (fünf bis sechs Stück), gefolgt von der Welt, der Süddeutschen und dem Standard (je vier) sowie den übrigen Zeitungen (ein bis drei). Die Hintergrundberichte und Analysen widmeten sich insbesondere der Situation und Entwicklung im Nahen Osten, sowie

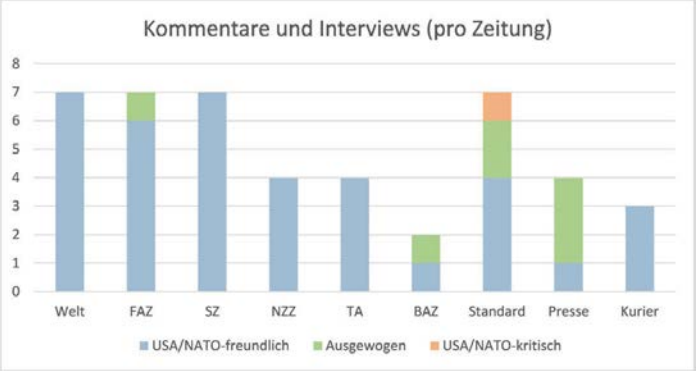


Abbildung 5: Grundsätzliche Ausrichtung der Meinungsbeiträge, Gastkommentare und Interviewpartner (insgesamt).

den Motiven und Interessen einzelner Akteure (z.B. Russland, Türkei, „Islamischer Staat“).

Am meisten Kommentare waren indessen bei den deutschen Zeitungen zu beobachten (je sieben Kommentare), gefolgt vom Standard (fünf), der NZZ und dem Tagesanzeiger (je vier). Die Basler Zeitung brachte im Beobachtungszeitraum keinen Kommentar, dafür zwei Interviews. Weitere Interviews führten der Standard (drei) sowie der Kurier und die Presse (je eines). Investigative Recherchen konnten hingegen bei keiner der Zeitungen festgestellt werden.

Insbesondere bei den drei deutschen Zeitungen wurde zudem eine aus journalistischer Sicht problematische Vermischung von Kommentaren und Berichten festgestellt, d.h. Berichte enthielten starke Meinungsäußerungen, obwohl sie nicht als Kommentar gekennzeichnet waren. Die Erfassung für die vorliegende Studie basierte aber in iedem Fall auf der Artikel-Kennzeichnung durch die Zeitung.

Die folgende Abbildung 3 zeigt die Aufschlüsselung der Agenturmeldungen (anhand der Agenturkürzel) auf die einzelnen Nachrichtenagenturen, insgesamt und pro Land. Die 211 Agenturmeldungen trugen insgesamt 277 Agenturkürzel (eine Meldung kann aus Material von mehr als einer Agentur bestehen). Gesamthaft stammten 24% der Agenturmeldungen von der AFP; je rund 20% von der DPA, APA und Reuters; 9% von der SDA; 6% von der AP; und 11% waren unbekannt (keine Kennzeichnung oder pauschal „Agenturen“).

Die Anteile der DPA und AP dürfte tatsächlich höher liegen, da Meldungen der SDA und APA aufgrund von Kooperationsabkommen Material von DPA und AP (und ev. anderen Agenturen) verwenden.

In Deutschland teilen sich die DPA. AFP und Reuters ie etwa einen Drittel der Meldungen. In der Schweiz führen die SDA und die AFP, und in Österreich die APA und Reuters. SDA und APA beziehen ihre Informationen jedoch wie erwähnt hauptsächlich von anderen Agenturen.

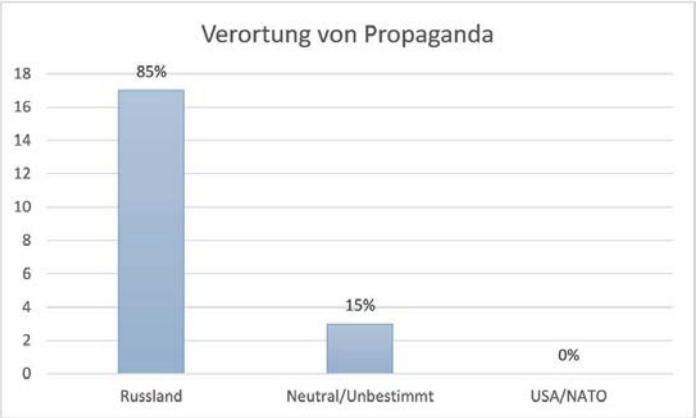


Abbildung 6: Verortung von Propaganda durch die untersuchten Zeitungen (insgesamt; n=20).

Anzumerken ist noch, dass die globalen Agenturen aus historischen Gründen unterschiedlich stark in den verschiedenen Weltregionen vertreten sind. Bei Ereignissen im Nahen Osten wird der Anteil der einzelnen Agenturen deshalb ein anderer sein als beispielsweise bei Ereignissen in Asien, der Ukraine oder in Afrika.

In einem nächsten Schritt wurde anhand der zentralen Aussagen die Ausrichtung von redaktionellen Meinungsbeiträgen (28), Gastkommentaren (10) und Interviewpartnern (7) bewertet (insgesamt 45 Artikel). Wie Abbildung 4 zeigt, fielen 82% der Beiträge grundsätzlich USA/NATO-freundlich aus, 16% waren neutral oder ausgewogen, und 2% waren überwiegend USA/NATO-kritisch.

Zu den Gastkommentatoren und Interviewpartnern zählten unter anderem ein ehemaliger NATO-Generalsekretär („Staaten der Region sollen Truppen stellen“), der Präsident des amerikanischen Council on Foreign Relations („Syrien und Europas Krise“), der Direktor einer US-Menschenrechtsorganisation („Assad kann nicht bleiben“), die Büro-Leiterin eines NATO-affinen Think Tanks („Die Spieler von Damaskus“), ein ehemaliger Senior Transatlantic Fellow beim German Marshall Fund („Putin und Syrien: Der Diplomatie eine Gasse“), ein ehemaliger deutscher Außenminister und Befürworter des Kosovo-Krieges („Europa darf seine Grundwerte nicht opfern“), sowie ein Senior Associate am Carnegie Moscow Center („Putins krummer Weg nach Damaskus“). Hinzu kamen einige Akademiker an westlichen Universitäten, (zumeist Kreml-kritische) russische Intellektuelle, sowie der Direktor des Archäologischen Museums von Aleppo („Die Zerstörung der Antike wird weitergehen“).

Publiziert auf Free21 am 009.06.2016, 15:28 Uhr, von „Swiss Propaganda“ auf swisspropaganda.wordpress.com

Beim einzigen überwiegend USA/NATO-kritischen Beitrag handelte es sich um einen redaktionellen Meinungsbeitrag im österreichischen Standard vom 2. Oktober 2015 mit dem Titel: „Die Strategie des Regime Change ist gescheitert. Eine Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Terrorgruppen in Syrien macht die westliche Politik unglaubwürdig.“

Die folgende Abbildung zeigt die Ausrichtung der Meinungsbeiträge, Gastkommentare und Interviewpartner wiederum aufgeschlüsselt auf die einzelnen Zeitungen. Wie ersichtlich brachten die Welt, die Süddeutsche Zeitung, die NZZ, der Zürcher Tagesanzeiger und der österreichische Kurier ausschließlich USA/NATO-freundliche Meinungs- und Gastbeiträge, dieFAZ mit Ausnahme eines neutralen/ausgewogenen Beitrags ebenfalls. Der Standard brachte vier USA/NATO-freundliche, drei ausgewogene/neutrale, sowie den bereits genannten USA/NATO-kritischen Meinungsbeitrag. Die Presse brachte als einzige der untersuchten Zeitungen überwiegend neutrale/ausgewogene Meinungs- und Gastbeiträge. Die Basler Zeitung brachte je einen USA/NATO-freundlichen und einen ausgewogenen Beitrag. Kurz nach dem Beobachtungszeitraum (am 16. Oktober 2015) erschien in der Basler Zeitung zudem ein Interview mit dem Präsidenten des russischen Parlaments. Dieses hätte selbstredend als ein USA/NATO-kritischer Beitrag gezählt.

In einer weiteren Analyse wurde mittels einer Volltext-Stichwortsuche nach „Propaganda“ (und Wortkombinationen damit) untersucht, in welchen Fällen die untersuchten Zeitungen selbst Propaganda bei einer der beiden geopolitischen Konfliktparteien USA/NATO oder Russland identifizierten (nicht berücksichtigt wurde die Konfliktpartei „IS/ISIS“). Insgesamt wurden zwanzig solcher Fälle ermittelt. Abbildung 6 zeigt das Ergebnis: Demnach wurde in 85% der Fälle die Propaganda auf Seiten der Konfliktpartei Russland identifiziert, in 15% war die Verortung neutral oder unbestimmt, und in 0% der Fälle wurde Propaganda auf Seiten der Konfliktpartei USA/NATO verortet.

Anzumerken ist, dass es in ca. der Hälfte der Fälle (neun) die NZZ war, die von russischer Propaganda sprach („Kreml-Propaganda“, „Moskauer Propagadamaschine“, „Propagandamärchen“, „russischer Propagandaapparat“ etc.), gefolgt von der FAZ (drei), der Welt und der Süddeutschen (je zwei) und dem Kurier (einmal). Die anderen Zeitungen sprachen nicht von Propaganda oder nur in einem neutralen Kontext (oder im Zusammenhang mit dem IS).

Fazit

Diese Fallstudie bestätigt einerseits die hohe Abhängigkeit der geopolitischen Berichterstattung von den globalen Nachrichtenagenturen (63 bis 90%; ohne Kommentare und Interviews) bei gleichzeitigem Fehlen von eigener investigativer Recherche, sowie die einseitige Kommentierung der Ereignisse zugunsten der Konfliktpartei USA/NATO (82% positiv vs. 2% kritisch). Am ausgewogensten kommentierten dabei der Standard und die Presse aus Österreich sowie die kleinere Basler Zeitung aus der Schweiz.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Forschungsprojekt Swiss Propaganda

ist ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien. Studien und Webseite wurden von einem politisch und publizistisch unabhängigen Forscherteam in eigener privater Initiative und ohne Finanzierung oder Beauftragung erstellt.

Dieser Text wurde zuerst unter der URL ‹https://swisspropaganda.wordpress.com/der-propaganda-multiplikator/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=22503›

Literatur:

Altschull, Herbert J. (1984/1995): Agents of power. The media and public policy. Longman, New York.

Becker, Jörg (2015): Medien im Krieg – Krieg in den Medien. Springer Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Blum, Roger et al. (Hrsg.) (1995): Die AktualiTäter. Nachrichtenagenturen in der Schweiz. Verlag Paul Haupt, Bern.

Chomsky, Noam (1997): What Makes Mainstream Media Mainstream. Z Magazine, Massachusetts. (PDF)

Forschungsinstitut für Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich (FOEG) (2011): Jahrbuch Qualität der Medien, Ausgabe 2011. Schwabe, Basel. (PDF)

Gritsch, Kurt (2010): Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der „Kosovo-Krieg“ 1999. Georg Olms Verlag, Hildesheim.

Hird, Christopher (1985): Standard Techniques. Diverse Reports, Channel 4 TV. 30. Oktober 1985. (Link)

Höhne, Hansjoachim (1977): Report über Nachrichtenagenturen. Band 1: Die Situation auf den Nachrichtenmärkten der Welt. Band 2: Die Geschichte der Nachricht und ihrer Verbreiter. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Johnston, Jane & Forde, Susan (2011): The Silent Partner: News Agencies and 21st Century News. International Journal of Communication 5 (2011), p. 195–214. (PDF)

Krüger, Uwe (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Herbert von Halem Verlag, Köln.

Luyendijk, Joris (2015): Von Bildern und Lügen in Zeiten des Krieges: Aus dem Leben eines Kriegsberichterstatters – Aktualisierte Neuausgabe. Tropen, Stuttgart.

MacGregor, Phil (2013): International News Agencies. Global eyes that never blink. In: Fowler-Watt/Allan (ed.): Journalism: New Challenges. Centre for Journalism & Communication Research, Bournemouth University. (PDF)

Mükke, Lutz (2014): Korrespondenten im Kalten Krieg. Zwischen Propaganda und Selbstbehauptung. Herbert von Halem Verlag, Köln.

Paterson, Chris (2007): International news on the internet. The International Journal of Communication Ethics. Vol 4, No 1/2 2007. (PDF)

Queval, Jean (1945): Première page, Cinquième colonne. Arthème Fayard, Paris.

Schulten-Jaspers, Yasmin (2013): Zukunft der Nachrichtenagenturen. Situation, Entwicklung, Prognosen. Nomos, Baden-Baden.

Segbers, Michael (2007): Die Ware Nachricht. Wie Nachrichtenagenturen ticken. UVK, Konstanz.

Steffens, Manfred [Ziegler, Stefan] (1969): Das Geschäft mit der Nachricht. Agenturen, Redaktionen, Journalisten. Hoffmann und Campe, Hamburg.

Tilgner, Ulrich (2003): Der inszenierte Krieg – Täuschung und Wahrheit beim Sturz Saddam Husseins. Rowohlt, Reinbek.

Wilke, Jürgen (Hrsg.) (2000): Von der Agentur zur Redaktion. Böhlau, Köln.

Schießbefehl, **Druckausgleich** und Volksentscheid

Die Wirtschaftsflüchtlinge sind ein Ergebnis der extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen in der globalisierten Welt, ein Druckausgleich. Ein Druckausgleich zwischen Extremwerten, so wie der Wind ein Druckausgleich zwischen Tiefdruck und Hochdruck ist. Wind verhindert man nicht, in dem man Schilder aufstellt, auf denen „Sturm verboten!“ steht.

von Dirk Pohlmann

Seit die AfD-Vorsitzende Frauke Petry und die stellvertretende Vorsitzende Beatrix von Storch ihre unsäglichen Äußerungen zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge abgegeben haben, kocht die Öffentlichkeit über. Einerseits zu recht. Das Menschenbild, das hinter solchen Aussagen steht, ist furchterregend.

Andererseits: Was bei den derzeitigen Debatten außer acht bleibt, sind die wesentlichen Fragen.

1. Warum flüchten so viele Menschen?
2. Wie soll mit dem Problem kurzfristig umgegangen werden?
3. Kann man zukünftig solche Völkerwanderungen verhindern?

Sich über AfD-Schießbefehlphantasien an der deutschen Grenze aufzuregen, ist selektive Wahrnehmung und Heuchelei, wenn wir nicht darüber reden, dass fast alle Flüchtlinge realen Schießbefehlen und Bombenangriffen in ihrer Heimat entkommen wollen – tödlichen Bedrohungen, für die unsere gewählten Regierungen mitverantwortlich sind.

Unsere Regierung unterstützt die geopolitische Hegemonialstrategie der USA, die planmäßig „sieben Länder in fünf Jahren“ in das totale Chaos stürzen will – und das weitgehend geschafft hat.

Libyen, einst das Land mit dem höchsten Lebensstandard in Afrika, dessen kostenloses Gesundheitssystem von der WHO mit Bestnoten ausgezeichnet wurde, dessen kostenloses Erziehungssystem 30% der Bevölkerung studieren ließ, die Mehrheit davon Frauen, in denen es zinslose Kredite des Staates für jeden Bürger gab, wurde mit einer „humanitären Intervention“ ins Mittelalter zurückgebombt, in einen gescheiterten Staat verwandelt, eine Hölle auf Erden.

Lizenz: CCo Public Domain | by Michael Gaida

Hillary Clinton sagte anlässlich des Todes von Gaddafi, den ein Freischärler-Mob durch ein Bajonett in den Anus und Skalpieren tötete: „We came, we saw, he died“. („Wir kamen, wir sahen, er starb“, in Anlehnung an das Julius Caesar Zitat „Ich kam, ich sah, ich siegte.)

Diese Frau könnte Präsidentin der USA werden. Welches Menschenbild und Rechtsverständnis demaskiert sich mit solchen Äußerungen? Beatrix von Storch ist in den Augen unserer Medienelite der Untergang des Abendlandes, aber Hillary Clinton ist die europakompatible, fortschrittliche Alternative zu Donald Trump? Und was ist mit Donald Trump selbst, der über eine Gaza-Mauer nach Mexiko und ein Einreiseverbot für Muslime phantasiert und dabei so wirkt, als ob er unter Kokaineinfluss den Programmentwurf des Naziflügels der AfD ausplaudert?

Wie ehrlich ist der einstimmige Aufschrei unserer Medien über die AfD, wenn Heute, Süddeutsche und FAZ bei den mörderischen Angriffskriegen unserer Hegemonialmacht stets handzahm, transatlantisch und russophob bleiben?

Woher stammt dieser bizarre Welpenschutz für die mächtigsten Politiker der Welt?

Libyen war kein Einzelfall, sondern das Modell, das den anderen arabischen Staaten bevorsteht. In Ägypten hatte die Bevölkerung falsch gewählt, das musste „von oben“ korrigiert werden. Jetzt ist wieder das Militär am Ruder. Im Irak rennt die Bevölkerung sofort in Deckung, wenn jemand „Demokratie“ ruft, weil das erfahrungsgemäß mit Kampfjets, Drohnenangriffen oder anderen Feuerüberfällen endet. Annähernd eine Million Iraker haben ihre Befreiung durch die USA mit dem Leben bezahlt. Die Zustände in Afghanistan sind so übel, dass 50% der Asylanträge von Flüchtlingen aus diesem Land in Deutschland bewilligt werden, Zusätzlich dürfen 30% der Antragsteller ohne Anerkennung geduldet bei uns bleiben. Das ist das Ergebnis von mehr als einem Jahrzehnt Freiheitsverteidigung Deutschlands am Hindukusch?

Syrien ist mit Hilfe der USA, Saudi-Arabiens, der Golfstaaten und ihrer Halsabschneider-IS-Terroristen in ein mörderisches Desaster verwandelt worden. IS ist ein Frankenstein-Monster der US-Allianz. Eine selbstgeschaffene Katastrophe, die sich selbstständiger gemacht hat, als man geplant hat – wenn dahinter nicht noch finsterere Absichten stehen. Bin Laden reloaded.

Was hat das alles mit Freiheit, Demokratie und Menschenwürde zu tun? Noch 50 Jahre Weltherrschaft der USA, und alle Worte stinken.

Neben den Kriegsflüchtlingen gibt es auch noch Wirtschaftsflüchtlinge. Und da sind sich wieder alle einige: Wirtschaftsflüchtlinge sind Menschen, die bei uns nichts zu suchen haben.

Warum eigentlich? Die Globalisierung, die uns seit Jahren als Naturgesetz dargestellt wird, schwappt jetzt eben als Völkerwanderung zurück vor unsere Haustür. Wer ist überrascht? Der Kapitalismus hat schon immer seine Kinder gefressen. Das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl gehört nicht zu seinen Kernaufgaben. Kapitalismus hat als Zweck den Profit. Ende. Die soziale Komponente der Marktwirtschaft ist seit Bismarcks Sozialistengesetzen nur ein Zugeständnis gewesen, um Revolutionen zu verhindern. Der Kapitalismus mit menschlichen Antlitz ist von Sozialisten erkämpft worden.

Publiziert auf Free21 am 29.09.2016, 21:06 Uhr, von Dirk Pohlmann auf KenFM.de, Lizenz: KenFM

Dass Menschen bessere Lebensbedingungen für sich und ihre Angehörigen suchen, sollte niemanden überraschen. Schon gar nicht Eliten, die in die hintersten Winkel der Welt ziehen, um durch billigste Arbeitskräfte ihre Gewinnspannen zu erhöhen. Wieso darf nur das Kapital global beweglich sein? Warum ist Mobilität nur gut, wenn sie von Unternehmensleitungen eingefordert wird, ansonsten aber kriminell? Arbeitskräfte sollen also wie Schafe im Pferch darauf warten, dass sie aufgefordert werden, durch vorbereitete Kanäle zu wandern, um geschoren zu werden?

Warum wollen die Wirtschaftsflüchtlinge zu uns? Die moderne Telekommunikation sorgt dafür, dass Informationen über lohnende Wirtschaftszonen nicht nur an den Börsen ausgetauscht werden, sondern auch über die Handys von Armutsflüchtlingen.

Konzerne suchen Elendsgebiete, um höhere Einnahmen zu erzielen, Wirtschaftsflüchtlinge suchen die Gebiete höherer Einnahmen, um dem Elend zu entfliehen. Das eine hängt mit dem anderen zusammen.

Das Fußvolk dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, die Arbeitslosen- und Niedriglohnsklaven, kurz gesagt das Hartz-IV-Reserve-Heer, sollte nicht den Fehler begehen, sich einreden zu lassen, dass es die Asylanten sind, die für ihr wohl temperiertes Elend verantwortlich sind.

Womit sie aber sehr wohl rechnen müssen, ist, dass die Armen von außen dafür genutzt werden, um die Löhne der Armen im Inland noch weiter zu verringern. Das ist ein reales Problem, eine echte Konkurrenz. So hetzt man die Verlierer aufeinander, damit die Gewinner feiern können. Diese Menschen brauchen eine Lösung, die sie nicht das letzte Hemd kostet, keine Arroganz der Medien- und Politikelite.

Die Wirtschaftsflüchtlinge sind ein Ergebnis der extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen in der globalisierten Welt, ein Druckausgleich. Ein Druckausgleich zwischen Extremwerten, so wie der Wind ein Druckausgleich zwischen Tiefdruck und Hochdruck ist. Wind verhindert man nicht, in dem man Schilder aufstellt, auf denen „Sturm verboten!“ steht.

Libyen, das bis dahin wohlhabendste Land Afrikas nach den Bombardements der Nato. Gaddafis Heimatstadt Sirte liegt in Schutt und Asche.

Die Unternehmen der reichen Länder nutzen dieses Druckgefälle für ihre Profitinteressen, die Kosten des Druckausgleiches (Flüchtlinge) hat die Allgemeinheit zu tragen. Wer die Massenbewegungen verhindern will, muss für Druckausgleich auf andere Art sorgen und die Kosten den Verursachern in Rechnung stellen.

Durch eine Wirtschaftsordnung, die der Mehrheit der Menschen in allen Ländern ähnliche Bedingungen bietet. Die Ursache dieses Problems ist, dass der realexistierende Kapitalismus, der schon lange auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, konstant von unten nach oben umverteilt. 62 Menschen besitzen so viel wie 3,7 Milliarden. Auch in Europa geht der Zukunftstrend zum Dritt-Welt-Staat, siehe Griechenland. Es ist ein Irrtum der deutschen 99%, zu glauben, dass sie vor solchen Verhältnissen sicher sind.

Die Menschen fliehen also vor Krieg und vor Armut. Der Verursacher beider Probleme ist im Wesentlichen die Supermacht, die alles steuert: Die USA. Sie ist allerdings durch riesige Ozeane von den Folgen ihrer Politik geschützt. Weder die USA, noch ihre Kriegs-Alliierten Saudi Arabien und die Emirate tragen die Last des Flüchtlingssturms mit. Auch dazu herrscht Stille bei Politik und Medien. Warum? Warum gilt das vielzitierte Verursacherprinzip nicht bei Kriegs- und Kriegsfolgekosten?

Die vielbeschworene Einigung Europas wird durch diese Entwicklungen verhindert. Zwietracht wird gesät, ein Zerfall der EU ist möglich geworden. Wem nützt das? Die Antworten auf diese Fragen sollte uns stutzig machen.

Aber was sollen wir kurzfristig tun? Die AfD-Sympathisanten, CSU-Wähler und die 90% der CDU-Wähler, die der Politik Merkels gemeinsam negativ gegenüber stehen, sollten sich fragen, wie ihre Optionen aussehen.

Glauben Sie wirklich, dass Zäune, Lager in der Türkei und Griechenland oder sogar Schusswaffen diese Völkerwanderung verhindern? Wenn die AfD oder CSU an der Regierung wäre, würde sich niemand mehr trauen, aus Syrien zu flüchten, um sein Leben zu retten? Das würde nur funktionieren, wenn Flüchtlinge mit Maschinengewehren an den Grenzen niederkartätscht würden, d.h. wenn die Perspektive eines potentiellen Flüchtlings der sichere Tod an der Grenze wäre, statt des wahrscheinlichen Todes in Syrien. Wer will das?

Was müssen wir kurzfristig tun? Was macht ein Mensch, wenn er einen anderen Menschen ertrinken sieht? Er rettet ihn. Was macht ein Mensch, der einem Flüchtling begegnet? Er hilft ihm. Sonst ist er kein Mensch, sondern eine minderwertige Realversion der Möglichkeit Homo sapiens sapiens.

Es gibt keine einfache Antwort auf das Problem der Massenflucht. Aber wie human und klug wir die dadurch entstehenden Schwierigkeiten meistern werden, wird die Messlatte unseres zukünftigen Selbstwertgefühls werden. Wie es sich noch Generationen später anfühlt, wenn die meisten angesichts so einer Schicksalsprüfung komplett versagen, sollten uns die Erfahrungen der Nazi-Zeit gelehrt haben. Allerdings sollte die Erinnerung an das Versagen der westlichen Welt, angesichts der jüdischen Flüchtlinge vor dem Nazi-Terror, auch andere Länder wie die USA und England dazu bewegen, ihre Flüchtlingspolitik zu ändern.

Wir brauchen kurzfristig Mut und Entschlossenheit zur Ersten Hilfe, mittel- und langfristig weltweite Gerechtigkeit. Wir brauchen die weltweite Herrschaft des Rechts, statt einer weltweiten Herrschaft des „Recht des Stärkeren“ mit inszenierten „Regime Changes“. Wir brauchen eine multipolare Welt mit einer Wirtschaftsordnung, die allen eine Perspektive bietet. Wir brauchen eine echte Friedenspolitik statt der machiavellistischen Perfiditäten der Welt-Hegemonialmacht USA mit ihren Angriffskriegen und ihrem Casino-Kapitalismus.

Das ist keine Utopie, sondern die einzig realistische Methode, eine friedliche Zukunft zu ermöglichen. Es ist die einzige wirksame Kur gegen Völkerwanderungen mit all ihren Folgeproblemen.

Ohne diese fundamentalen Veränderungen kann man nur Staudämme bauen, Druckgefäße und Auffangbecken – Bankrott-

erklärungen des Humanismus, Monumente unseres Versagens. Und sichere Rezepte für Explosionen und Überschwemmungen.

Es ist wichtig, dass unsere Problemlösung nicht nur aus Gefahrenabwehr besteht, sondern aus einem Konzept für eine bessere, gerechtere und vernünftiger regierte Welt. Ist es nicht erschreckend, wie wenig wir darüber diskutieren, was wir wollen, weil wir keine Hoffnung haben, dass sich irgendetwas an den bestehenden Verhältnissen ändert? Was ist eine Demokratie wert, die sich selbst nicht zutraut, die Verhältnisse zu gestalten? Wieso akzeptieren wir das Gestaltungsmonopol des Finanzkapitalismus? Das führt dazu, dass der falsche Teil der Bevölkerung Angst vor der Zukunft hat.

Die vor uns liegende Aufgabe ist sehr groß. Sie kann nicht nur von der Kanzlerin „Per ordre de Mutti" verordnet werden. Sie muss vom Parlament beschlossen werden. Aber auch das reicht nicht, ist nicht wirklich angemessen.

Das Thema Flüchtlingspolitik braucht eine offene, verantwortungsbewusste Debatte in den Medien, eine Diskussion, in der wirklich alle Aspekte zu Wort kommen – und das nicht nur im Internet, sondern von Angesicht zu Angesicht, in Schul-Turnhallen, Uni-Auditorien, Bürgerhäusern und auf Marktplätzen.

Eine Schicksalsfrage dieser Bedeutung ist Stoff für einen Volksentscheid. Selbst wenn die Politik letztlich darüber entscheidet, wie unsere Flüchtlingspolitik aussieht: Sie braucht dafür einen breiten Bevölkerungs-Konsens als Legitimation. Von den Bürgern ist zu fordern: Nörgeln, wohlfeiles Schimpfen auf „Die da oben" und der leichtfertige Ruf nach drakonischen Maßnahmen passen nicht zum Ernst der Lage!

Die Bürger müssen zeigen, dass sie wirklich Bürger sind, nicht nur Untertanen. Sie müssen zeigen, dass sie der vernunftbegabte Souverän ihres eigenen Staates sind. Keine leichte Aufgabe ohne Einarbeitungsfrist – aber: Wir schaffen das. Yes, we can. Nicht, wenn es von oben verordnet wird, aber es kann klappen, wenn es rundherum gemeinsam beschlossen wird.

Und wenn wir das schaffen – wer oder was hindert uns, das Prinzip der direkten Demokratie allgemeingültig einzuführen? Der Souverän sollte sich die Krone selbst aufsetzen. Er allein hat das Recht dazu.

Also: Wie wollen wir mit diesem Problem umgehen? Wie sieht unsere gemeinsame Strategie aus? Was ist unser gemeinsames Ziel? Wir haben ein Recht auf einen Volksentscheid, weil wir alle gemeinsam mit den Konsequenzen und dem Urteil unserer Kinder über unsere Handlungen werden leben müssen – oder dürfen.

Autor:

Dirk Pohlmann

(geb. 1959) ist ein deutscher Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist. eit 2004 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. Seit Herbst 2015 ist Pohlmann für das freie Journalistenportal KenFM als Reporter tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 4. Februar 2016 auf KenFM.de unter der URL ‹https://kenfm.de/schiessbefehl-und-druckausgleich/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=24112›

Anzeige

Regime-Change in der **Ukraine?**

Das Buch zum Vortrag – brisant, zeitlos und entlarvend:

Der Vortrag von Dr. Daniele Ganser zum Umsturz in der Ukraine und vor allem auch zu Regime-Changes in aller Welt, exklusiv bei free21.org als Taschenbuch zum Nachlesen, Archivieren, Weitergeben oder Verschenken.

Inklusive großem Extra-Interview mit Dr. Daniele Ganser.

Wer in Kulissen lebt, sollte wissen, was gespielt wird.

Oliver Tietze

Hier bestellen: free21abo.de

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält in 2016 je Magazin-Ausgabe zehn gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2016: 15.2.16/15.4.16/15.6.16/15.8.16/15.10.16/15.12.16

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2016 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein Free21-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org